

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Ercheint täglich mit Ausnahme der Montage und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementspreis für Danzig monatlich 30 Pf. (täglich frei ins Haus), in den Abbestellen und der Expedition abgeholt 20 Pf. Vierteljährlich 90 Pf. frei ins Haus, 60 Pf. bei Abholung. Durch alle Buchhandlungen 1,60 Mk. pro Quartal, einschließlich Postgebühren 1 Mk. 40 Pf. Sprechanstalten der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Pötkersgasse Nr. 4. XVIII. Jahrgang.

Inseraten - Annahme Pötkersgasse Nr. 4. Die Expedition ist zur Annahme von Inseraten vom Mittwoch 8 bis Samstag 7 Uhr geöffnet. Anst. d. Annoncen-Expeditoren in Berlin, Hamburg, Frankfurt a. M., Stettin, Leipzig, Dresden N. 12. Rudolf Wiese, Danielius und Bogler, R. Steiner, G. J. Daube & Co. Emil Reiner. Inseratenpreis für 1 halbtägige Zeile 30 Pf. Bei größeren Aufträgen u. Wiederholung Rabatt.

Zur Arbeiternoth auf dem Lande

schreibt der „Danz. Ztg.“ ein angesehenes westpreussischer Gutsbesitzer:

Die Arbeiternoth vermehrt sich mit jedem Jahre. Deneliches Gefinde, Dienstmädchen und unverheiratete Knechte sind fast gar nicht, und nur gegen unverhältnismäßig hohe Löhne zu miethen, die sogenannten Scharwerker, Mädchen und Burken, die von den Arbeitern (Insulten), gemietet und gegen Tagelohn und Deputat zur Arbeit geschickt werden, sind fast ganz verschwunden. Von ihnen aber wurde vor wenig Jahren noch ein großer Theil der ländlichen Arbeiten verrichtet. Der Zug dieser Leute geht theils in die Städte, theils zur Sommerarbeit in die westlichen Provinzen. Hierdurch gezwungen, haben die Landwirthe die Löhne stetig erhöhen müssen, um die notwendigen Arbeiten überhaupt ausführen und den landwirthschaftlichen Betrieb erhalten zu können. So ist es gekommen, daß in den östlichen Provinzen schon ebenso hohe, theilweise selbst höhere Löhne gezahlt werden, als im Westen. Der ursprüngliche Grund der Wanderungen, das Streben nach höherem Erwerb, ist nun größtentheils hinfällig geworden, im Gegentheil, die Arbeiter leben in der Heimath billiger, bei gleichem Lohn eriparen sie hier den Lebensunterhalt und die Reichthümer. Der Magnet, der die Leute mit immer stärkerer Anziehungskraft hinauslockt, ist in der Neigung zum Vergnügen zu suchen. Ganz abgesehen von dem landwirthschaftlichen Standpunkte, ist es für den Menschenfreund ein Jammer, wenn er sieht, wie im Frühjahr 16jährige Mädchen und Burken in die Ferne ziehen und im Herbst verlottert zurückkehren.

Dieser Zug der Zeit wird nur schwer bekämpft werden können. Auf einzelnen Gütern hat man den Versuch gemacht, den Arbeitern Gelegenheit zu Vergnügungen zu geben, die nicht notwendig mit dem Ganapagnen verbunden sind. Von den leer stehenden Wohnungen sind einzelne vergrößert und zu Tanzlokalen eingerichtet. Da kann die Jugend sich an den Sonntagabenden vergnügen, eine Zithharmonika genügt zur Tanzmusik, Schnaps und Verlockung zu Streit und anderen Ausschreitungen fällt möglichst fort und es kostet kein Geld. Ein Gutsbesitzer hat in diesem Sommer eine Angelbahn hergestellt und erregt gern, daß die männliche Jugend ihre Freude an dem Spiele hat. In dieser Richtung kann gewiß manches geschehen, ein schneller Umstimmung aber ist schwerlich davon zu erwarten.

Die einzige Hilfe in der Noth bringen jetzt die russischen Arbeiter, übrigens ein sehr mittelmäßiger Ertrag, da die Leute meist ungeschult, unfechtiger und merkwürdigerweise viel empfindlicher gegen unfreundliches Wetter sind, als die hiesige abgehärtete Arbeiterbevölkerung. Aber als Nothbehelf sind sie schon willkommen. Aber auch diese Hilfe ist oft schwer zu erlangen, und es werden seitens unserer Regierung große Schwierigkeiten gemacht. So dürfen sie z. B. nicht vor dem 1. April die Grenze überschreiten. Diese Bestimmung ist von der russischen Regierung mütterlich übernommen worden, da dort aber der 1. April nach unserer Rechnung auf den 13. fällt, gehen zwei kostbare Wochen verloren. Es ist nicht einzusehen, weshalb die Arbeiter nicht, wenn Bedarf vorhanden ist, schon vor den 1. April eingelassen werden sollen.

Die Russen werden nur für landwirthschaftliche Arbeiten zugelassen; für Ziegeleien und ähnliche Arbeiten dürfen sie nicht verwendet werden. Nun liegt es doch auf der Hand, daß diese Arbeiten,

wo die Bedingungen dafür vorhanden sind, ausgeführt werden müssen, und daß hierdurch der Landwirthschaft eine gefährliche Konkurrenz gegenübergestellt wird. Die Gründe hierfür sind völlig unverständlich, und man muß immer aufs neue darauf hinweisen und auf Besserung hoffen.

Man hat davon gesprochen, Italiener zu werden, die ja zu Wege- und Pflasterarbeiten vielfach in Deutschland verwendet werden. Sollte das gelingen, so würden sie wohl zunächst nach dem Westen ziehen und uns dadurch nützen, daß der Bedarf der dortigen Provinzen zum Theil von Italienern gedeckt wird.

Was haben wir sonst für Ausichten auf Besserung in der Zukunft? Es scheint uns eine vor, die freilich erst nach Jahren wirksam werden kann, und die nur von wenig Landwirthen gewünscht wird. Das ist eine Stärkung der Industrie im Osten. Die Auffassung, daß die Entwicklung der Industrie der Landwirthschaft schädlich sein würde, halte ich für verkehrt. Was macht die Landwirthschaft im Westen rentabler? Zum großen Theil der bessere Absatz der Landwirthschaftsproducte an die dichte, kaufkräftige Bevölkerung. Bei höherer Verwerthung der Producte kann und muß der Betrieb intensiver werden. Die Cultur muß steigen, die Production wird vermehrt, es können höhere Löhne bezahlt werden. Mit der Stärkung der Industrie braucht keineswegs das Land noch mehr entvölkert zu werden als bisher. Im Gegentheil wird, wenn der gesammte Lebenszustand (Standard of Life) in Folge besserer Erwerbsverhältnisse steigt, die vermehrte Bevölkerung sich zwischen Stadt und Land gleichmäßig vertheilen, denn naturgemäß passen nicht alle Menschen für die städtische Fabrikarbeit, viele werden bei gutem Verdienste den Aufenthalt auf dem Lande, die ländliche Arbeit vorziehen. Coprivis Ausspruch: „Deutschland muß Industriestaat werden“, darf gewiß nicht so aufgefaßt werden, daß gegenüber der industriellen Entwicklung die Landwirthschaft zurückgehen solle, sondern er hat gemeint, die Industrie solle sich in höherem Maße entwickeln als bisher, unbeschadet der Landwirthschaft. Das Gleiche erstrebt unser Oberpräsident, der freilich dafür von agrarischer Seite arg angefeindet ist. Die Einseitigkeit ist der verhängnisvolle Fehler unserer Wirthschaftspolitik. Was haben denn die Steuer- und Wirthschaftsreformer, der Bund der Landwirthe erreicht? Unzufriedenheit und Zorntracht ist ausgebreitet und dadurch die Coalition verschiedener Interessengruppen erschwert worden. Das allgemeine Interesse aber kann nur gefördert werden, wenn Landwirthschaft, Handel und Gewerbe zusammen wirken. In dieser Richtung sollte jeder Geschäftsmann, jeder Vaterlandsfreund wirken!

Der Kampf steht wieder.

So reichlich wie gestern fließen heute die Nachrichten nicht. Ihr Kern ist der, daß die Landwirthschaft die Dinge im großen und ganzen noch stehen wie bisher, nachdem die Briten einen erneuten Angriff der Boeren zurückgeschlagen haben, daß aber inzwischen Colenso inhaltlich in die Hände der Boeren gerathen ist. Es wurde von den Briten „geräumt“, als sie die Unhaltbarkeit des Ortes gegenüber der überlegenen Boerenartillerie erkannten, bei dem Rückzuge der bisherigen Besatzung scheint jedoch abermals eine Truppenabtheilung in Gefangenschaft gerathen zu sein. Nachstehend verzeichnen

Freund, die falsche Frau. Darum hatte Brückner ihm zugeredet, seine unglückliche Ehe zu lösen. Darum hatte auch Käthe endlich die Stirn gebogen, ihm zu sagen: Ich will frei sein! Darum hatte sie seit Jahren gezerrt und gerissen an ihren Ketten, war sie ihre eigenen Wege gegangen, die immer weiter von ihm fortführten. Eine Frau, die ihren Mann wahrhaft liebt, erkennt in ihm demüthig ihren Herrn. Nun, gab es einen schlagernden Beweis für ihre Untreue — und sie's auch nur eine Untreue in Gedanken — als ihr dämonisches Streben, sich frei zu machen von seinem Willen?

Und Ernst Haupt zählte sich diese Beweiskette so oft vor, daß es Zeiten gab, in denen er selber, gegen seine bessere Ueberzeugung, an ein Complot der beiden glaubte. Lieber das, als annehmen, Brückner habe ihm selbstlos und in gutem Glauben Unrecht geben und zu einer Lösung seiner Ehe rathen können! Tausendmal lieber auf einen bloßen Argwohn hin andere verdammten und verdächtigen, als sich selber die geringste Schuld jumeßeln!

Aber nun hieß es, ihnen den Spieß verderben. Sie glaubten wohl schon, gemonnenes Spiel zu haben, da er selber so tölpelhaft treuherrig dem Brückner sein ganzes Glend enthüllt hatte. Doch! Jetzt wollte er schon auf dem Posten sein! Das war ja so herrlich bequem; eine Liebschaft im selben Hause! Da schläft man leicht unter irgend einem Vorwand hinaus zu der biedern Mutter Rötsch, der Schulpatronin der beiden Verbrecher. Und da werden Pläne geschmiedet, ihn zu betriegen, den Ahnungslosen; da werden Zusammenkünfte verabredet — da lachen sie über ihn, über seine kindische Vertrauensseligkeit!

Wenn er so weit war in seinen Trugschlüssen, verfiel er entweder in ein kaltes Grauen vor seinen eigenen Phantasiegebilden, tauchte ihm der Gedanke auf: Das ist ja Wahnsinn! Du belügst dich selbst! Du willst eine Schuld seh'n, wo vielleicht nicht einmal eine Verirrung, ein verzeihliches Abweichen ist — oder er steigerte sich zu

wir zunächst die eingegangenen Meldungen über die Lage um Ladysmith:

London, 7. November. Reuters Bureau meldet aus Estcourt vom 4. November Mittags: Hier ist soeben ein glaubwürdiger Bote aus Ladysmith eingetroffen, welcher bestätigt, daß Donnerstag ein heftiges Gefecht rund um Ladysmith stattgefunden hat, welches bei Tathams Farm am heftigsten tobte. Die Engländer trieben die Boeren, welche schwere Verluste erlitten, in ihr Lager zurück. 30 Boeren wurden gefangen. Am Freitag wurde das Gefecht wieder aufgenommen. Der Feind wurde wiederum mit Verlusten nach dem Lager zurückgetrieben. Bei Colenso haben die Engländer keine Verluste erlitten. Eine Abtheilung Marinemannschaften kehrt heute zum Schutze der Einwohner nach Pietermaritzburg zurück. Die Verluste der Boeren sollen in dem Gefecht bei Tathams Farm an Toden, Verwundeten und Gefangenen 800 Mann betragen.

Die „Morning Post“ meldet aus Pietermaritzburg vom 4. November: Es geht das Gerücht, daß die Boeren eine empfindliche Schlappe bei Ladysmith am Donnerstag erlitten hätten und auch am Freitag hätten die englischen Truppen erfolgreich gefochten.

Der „Daily News“ wird aus Estcourt vom 3. November gemeldet: Bevor die Räumung von Colenso beschlossen wurde, machte der Feind einen Versuch, die Vorpostenkette der Infanterie abzuschneiden. Die kleine Truppenabtheilung erhielt aber rechtzeitig erfolgreiche Unterstützung. Das Feuer der britischen Geschütze war wirksam. Viele Boeren fielen; ein Dutzend derselben wurde als todt auf dem Kampplatze gelassen. Dem Feinde wurden außerdem 20 Pferde getödtet, die übrigen gingen durch. Der Rückzug der britischen Streitkräfte von Colenso wurde hauptsächlich deswegen beschlossen, weil der Feind eine lange Reihe von Geschützen aufgeföhren hatte, welche die Stellung unhaltbar machten.

Der „Natal Advertiser“ meldet hierzu des weiteren: Die Garnison von Colenso räumte alle Vorräthe, Zelte, alles Handwerkszeug u. s. w. Der Feind war etwa 5000 Mann stark, darunter eine neuzugewonnene Abtheilung Freistaatboeren. Ein gepanzerter Zug leistete glänzende Dienste, indem er eine Abtheilung des Dublin-Regimentes zum Entsaße eines von Freiwilligen gehaltenen Aufenforts herausbrachte. Bezüglich der Lage von Pietermaritzburg sind beruhigende Nachrichten eingelaufen.

In London fehlt es aber auch nicht an Leuten, welche den Nachrichten von den siegreichen Gefechten vor Ladysmith mit Mißtrauen begegnen. Es verlautet, daß in Folge des Bombardements von Ladysmith und Colenso am letzten Donnerstag die zur Vertheidigung der Zugelabrücke aufgestellten englischen Batterien von den Boeren zum Schweigen gebracht, und daß die Truppen, welche diese Stellung vertheidigten, zum schleunigen Rückzuge gezwungen wurden. Da die Boeren die die Rückzugslinie nach Ladysmith beherrschenden Punkte besetzt hielten, habe die flüchtige Truppenabtheilung einen Weg nach Süden einschlagen müssen, welcher ebenfalls bereits in Händen der Boerentruppen war. Man zweifle in Natal nicht daran, daß die Truppenabtheilung abgeschnitten und den Boeren in die Hände gefallen sei, da auch in Durban keinerlei Naachricht über dieselbe vorlag. Auch geht das Gerücht, daß Lebensmittel und die Munition der Garnison von Ladysmith nahezu erschöpft und daß es undenkbar sei, die Garnison zu verproviantiren.

einem wahren Paroxysmus der Wuth. Wehe seiner Frau, wenn sie in solchen Momenten in seine Nähe kam, eine Frage an ihn richtete, oder eine notwendige wirthschaftliche Besprechung mit ihm hatte. Trohdem sie immer all ihren Muth zusammennahm, wenn sie ihm gegenübertraten mußte — manchmal überkam es sie doch wie Todesangst vor dem wilden Glühen in seinen Augen.

Sie vermied alles, was ihn reizen und aufbringen konnte. Er erkannte ihr wie ein Schmerkranker, den man mit aller Vorsicht und Schonung behandeln mußte. Und so hatte sie auch noch nicht gewagt, zu Rötschs hinaufzugehen. Sie wußte, daß er sie unaufhörlich belauerte und beobachtete. Ja, eigentlich schien dies jetzt seine einzige Beschäftigung. Niemals sah sie ihn mehr arbeiten. Er las ab und zu leichte Lecture, französische und italienische Romane. Selbst sein Colleg hatte er ein paar Mal abgefragt. Sie bildete sich ein, daß er bei seiner Arbeit auf ein schweres Hinderniß gestoßen sei und für eine Weile das Interesse daran verloren habe, und daß dies der eigentliche Grund seiner abnormen Seelenstimmung sei.

Nicht einmal wenn Ernst ausgegangen war — und das kam jetzt noch seltener vor als früher — hatte sie sein Gebot übertreten mögen. Wenn er sie gefragt hätte — nein, sie hätte nicht lügen können. Und was an ihr lag, ihm eine böse Stunde zu ersparen, das wollte sie thun. Seit acht Tagen hatte sie keinen von den Freunden gesehen. Aber sie wußte ja, die waren vernünftige Leute, die sich den Grund ihres Fortbleibens schon selber zusammenreimen konnten. Und doch hätte sie so brennend gern gewußt, was geschehen war, um ein so ernstes Jermürfniß heraufzubekommen. Sie qualte sich mit Muthmaßungen, eine immer schrecklicher als die andere. Und in ihrem vereinsamen Herzen, das seines einzigen Trostes entbehren mußte, stieg die Sehnsucht oft so verzehrend auf, daß sie sich gewaltsam zwingen mußte, ruhig zu bleiben.

Weitere Depeschen besagen: London, 7. November. Aus Capstadt wird vom 4. d. Mts. gemeldet: Die Natalregierung erklärt in einer Proclamation die Proclamation des Drangjeseitsaates betreffend die Einverleibung des Gebietes von Upper-Zugela für null und nichtig. In mehreren Städten Natals sind die Schühencorps einberufen worden.

Aus Majeru im Basutoland wird gemeldet, daß die Regierung das Unglück von Ladysmith nicht verheimliche, vielmehr den Eingeborenen und Europäern zu versichern gegeben habe, daß dasselbe als ein bloßer Kriegswischensfall angesehen werde. Sie hielte es für besser, daß nicht nach dem Beispiel der Boeren das vorgekommene Unglück verheimlicht werde.

In den capländischen Städten De Aar und Drangjerider ist das Kriegsrecht verkündet worden.

Von den übrigen Theilen des Kriegsschauplatzes verlautet heute bisher nichts.

Die Aaperbrief-Sensationsnachricht.

Die gestrige Nachricht eines Pariser Blattes, monach Transvaal Aaperbriefe gegen England ausstellen wolle, ist natürlich falsch. Es handelt sich bei der Sache jedenfalls um ganz ungläubwürdige Sensationsmeldungen. Aaper gelten, so bemerkt die „Danz. Ztg.“, nur dann zu Kriegshandlungen berechtigt, wenn sie unter dem Flottenbefehl der kriegführenden Macht stehen, von deren Seeoffizieren befehligt werden und die Flagge dieses Staates führen. Die Ausrüstung von Aapern darf nur von eigenen Angehörigen des Staates und in dessen Häfen erfolgen. Dieser Satz ist namentlich im Genfer Schiedspruch von 1872 anerkannt worden. Während des amerikanischen Bürgerkrieges waren in Liverpool die „Florida“ und die „Alabama“ gegen die Nordstaaten ausgerüstet worden. Dafür mußte England an die Vereinigten Staaten 15 1/2 Millionen Dollar Entschädigung zahlen. Die Mannschaft der Aaperschiffe ist auf die Kriegsartikel zu vereinigen. Die Beute ist als gute Preise in einen Hafen des kriegführenden Staates zu bringen, wo über die Berechtigung der Aufbringung und über den dem Aaper gebührenden Ergrößertheil die Preisgerichte erkennen. Die von einem neutralen Staat ertheilte Erlaubniß, daß Aaper mit der Preise in seinen Häfen einlaufen, ist eine Verletzung der Neutralität. Aus diesen Bestimmungen, die heute allgemein anerkannt sind, soweit die Aaper überhaupt noch als zulässig erachtet wird, geht hervor, daß Transvaal nicht in der Lage ist, Aaperbriefe auszustellen, da es weder über eine eigene Flotte, noch über einen Hafen verfügt. Alle Verluste der Aaperet müßten mithin nicht nur von England, sondern auch von den neutralen Mächten nicht als erlaubte Mittel der Kriegsführung, sondern als gemeinsames Seeräubereisen angesehen und behandelt werden. Daß aber die Boerentregierung weit entfernt ist, zu Kampfmitteln zu greifen, die völkerrechtlich ansehbar, militärisch aussichtslos und politisch schädlich sind, kann nach der bisherigen Haltung Transvaals kaum einem Zweifel unterliegen.

Trohdem lassen es die Engländer an Wachsamkeit nicht fehlen, wie folgende Meldung beweist: Las Palmas (Canarien), 6. Nov. Englische Kreuzer üben fortgesetzt eine strenge Ueberwachung gegen alle verdächtigen Schiffe aus.

Berlin, 7. November. Die (von uns gleich zweifelhafte) Nachricht, daß eine Intervention Deutschlands, Rußlands und Frankreichs bezüglich Transvaals im Gange sei, wird von der „Köln. Ztg.“ officiös dementirt.

Eines Tages aber, als sie im Hintergarten Peterllie schnitt, sah sie plötzlich die runde, behagliche Gestalt ihrer alten Freundin. In einem Impuls, der stärker war als ihre Ueberlegung, stürzte sie auf sie zu und fiel ihr um den Hals. Dies liebe, warme, grundute Gesicht mit den jungen Augen machte ihr auf einmal die Entbehrung fühlbar, als etwas Unerträgliches, etwas, das über ihre Kräfte ging.

„Ei, Kindchen, wir haben uns lange nicht gesehen“, jagte die Rötsch und schlang den Arm um die feine Frauengestalt, so herzlich und mütterlich, daß sich Käthe wie geborgen vorkam. Wie ein Blitz flog es ihr durch den Kopf, daß Ernst ausgegangen sei. Gott sei Dank, nun konnte sie doch ruhig ein Weichen mit der alten Frau plaudern. Wie vieles lag ihr auf dem Herzen!

„Ich konnte ja nicht!“, murmelte Käthe beschämt. Dieser starken und festen Natur gegenüber, die unbeirrt that, was das Rechte schien, kam sie sich so klein, so feig vor mit ihrer Angst vor ihrem Mann.

„O Gott, wie habe ich mich nach Ihnen gesehnt!“ rief sie dann.

„Ja, ja“, meinte die Rötsch, das schmale Gesicht der jungen Frau mit einem langen Blide messend. „s war auch 'ne Dummheit von dem Brückner. Er selber hat sich geh'n, nein hundertmal 'nen Esel geschimpft, daß ers dahin hat kommen lassen!“

„Wo hin?“ fragte Käthe tonlos. Sie begann so heftig zu jähern vor Erregung, daß die Rötsch beruhigend ihren Arm drückte.

„Na, na, wohin denn? Wohin man leicht kommt mit Ihrem Mann. Gejankt, Uebelgenommen. Na, da war's fertig!“

„Wissen Sie, warum sie sich entweilt haben?“

„Nu ja. Gewiß weiß ich's.“

„Sagen Sie mir's, bitte, bitte!“

„Nein, Kindchen, nichts für Sie. Häßlich!“

„Hui!“ Sie schüttelte sich.

(Fortf. 1.)

Stark wie das Leben.

Roman von Gertrud Franke-Schievelbein.

53) (Nachdruck verboten.)
Und Ernst Haupt, der unaufhörlich Sensationen brauchte, die ihn schlafelten und qualten, der wie ein Kind sein Spiechzeug, sich jedes ruhige Glück selber zerstört haben würde, um sich darüber aufzuregen zu können, Ernst Haupt hatte wieder ein Körndchen Wahrheit gefunden, um das seine Phantasie ihre trunkenhaften Spukgebilde spinnen konnte.

Sie hatten bisher friedlich gelebt im Vergleich zu den Zeiten, die jetzt kamen. Es war kein summes Messen der Kräfte mehr zwischen ihnen. Jetzt war's ein Kampf auf Tod und Leben, mit blanker Waffe, mit schauerlich naher Distanz.

Mit der Wollust des Illusionärs, der immer ins Ungemessene vergrößert, hielt er das Unwahrscheinliche für das einzig Mögliche.

Daß Brückner sich in langen Jahren als ein zuverlässiger Freund bewährt, daß er kein Opfer gebracht und trotz der immer fragwürdigeren Stellung Haupt's in der Gesellschaft sich auf dessen Seite geschlagen hatte — das alles war auf einmal spurlos vergessen.

Denn Brückner hatte sich des Verbrechens schuldig gemacht, Ernst Haupt Unrecht zu geben. Das konnte ein so eiliger Mensch ihm nie verzeihen. Das mußte Gründe haben, tiefe, geheimnissvolle Gründe.

Und in der langen, durchwachten Nacht, die seinem Streit mit Brückner gefolgt war, hatte er sich denn auch ein ganzes Gebäude von Verdachtsmomenten zusammengetragen. Da stimmte alles. Das Weib, die Sängin aus dem Paradiese, die ihn ins Glend gerissen, hatte ihm auch den Freund geraubt mit ihrer heuchlerischen Sanftmuth, mit ihrer leidvollen, rührenden Märtyrereitelnschönheit.

Ja, sie waren gegen ihn verbündet, der abtrünnige

Hamburg, 7. November. Der hiesige Verein von ... hat bereits die Summe von 44 500 Mk. für die Opfer Transvaals zusammengebracht.

London, 6. Nov. Zu dem „Transvaalkriegs-Fonds für Wittwen und Waisen“ hat die Königin 1000 Pfund Sterling, und der Prinz von Wales 250 Guineen beigeuert.

Politische Uebersicht.

Danzig, 7. November.

Das Reich und die Wohnungsfrage.

Zur die erste Sitzung des Reichstages nach dem Wiederauftritt, die 100. der laufenden Session, stehen auf der Tagesordnung zunächst mehrere Berichte der Petitions-Commission. Zu erledigen ist u. a. eine die Wohnungsfrage betreffende Petition des bekannten Pfarrers von ...

Das Bestehen einer ausgedehnten Wohnungsnot ist so allgemein anerkannt, daß es besonderer Belege nicht bedarf. Die Versuche zur Abhilfe haben sich in den letzten Jahren in erfreulicher Weise gemehrt; so sind in Preußen über hundert gemeinnützige Baugenossenschaften für Arbeiterhäuser tätig, auch eine Reihe großer industrieller sind mit dem Bau guter Arbeiterwohnhäuser rüftig vorangeschritten, desgleichen der Militär- und Eisenbahnsinus, sowie verschiedene Kommunen und die meisten Invalidentät- und Altersversicherungsanstalten. Die letzten Jahresberichte der preussischen Gewerbeämter konnten eine weitere erhebliche Zunahme der auf solche Weise bisher entstandenen, den modernen Anforderungen entsprechenden Arbeiterwohnhäuser verzeichnen. Das bisher Erreichte ist jedoch nur ein Anfang, und es bleibt viel zu thun. Die oben erwähnten Petitionen schlagen die Gründung einer Reichs-Centralstelle für Wohnungsfürsorge, sowie von besonderen Landescommissions und Reichscredit-Wohnungscommissions vor.

Was die Durchführbarkeit dieser Petitionen anlangt, so ist das Reich nur zum Erlaß sanitäts-polizeilicher Vorschriften für den Bau von Wohnungen nach Artikel 4 Absatz 15 der Verfassung befugt. Diesen Standpunkt hat auch der gegenwärtige Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums, Dr. v. Miquel, seiner Zeit schon als Abgeordneter vertreten, der seit langer Zeit ein lebhaftes Interesse für die Wohnungsfrage bekundet hat. Die verbündeten Regierungen waren aus diesem Grunde, obwohl sie sich der hohen Bedeutung der Wohnungsfrage nicht verschließen, zur reichsgesetzlichen Durchführung weitergehender Maßnahmen nicht in der Lage. Um aber trotzdem einen umfangreichen Credit für den Bau von Arbeiterwohnungen gewähren zu können, ist bei dem neuen Invalidentätversicherungsgesetz darauf Bedacht genommen, die Möglichkeit der Hergabe von Kapitalien durch die Versicherungsanstalten für diesen Zweck zu erweitern und zu erleichtern. Es wird anerkannt, daß auch fernherhin wichtige Aufgaben auf diesem Gebiete durch die Gesetzgebung und Verwaltung zu lösen sind; auf ein Reichsgesetz ist jedoch wenig Aussicht, und die betreffenden Maßnahmen werden der Initiative der einzelnen Bundesstaaten überlassen bleiben. Auch mit Rücksicht auf die große Verschiedenheit der örtlichen Bedürfnisse steht die Reichsregierung auf dem Standpunkte, daß die positive Wohnungsfürsorge durch behördliche Tätigkeit und Gewährung öffentlichen Credits Sache der Einzelstaaten bleiben müsse.

Jedenfalls kann nur lebhaft gewünscht werden, daß diese Fragen bald in regeren Fluß kommen, besonders auch im Interesse von Danzig, wo die Arbeiterwohnungsnot so schlimm liegt, wie nur irgendwo, nicht gerade wegen Mangels an Wohnungen der Zahl nach, sondern wegen ihrer vielfach geradezu unqualifizierbaren Besorfenheit und horrend theuren Preise.

Zur Flottenfrage.

In der öffentlichen Discussion über die Flottenfrage ist man vielfach von der Voraussetzung ausgegangen, als ob beabsichtigt werde, ähnlich wie eine Art gesetzliche Bindung auf sechs Jahre im vorigen Flottengesetze ausgesprochen ist, nunmehr bei der bevorstehenden Flottennovelle eine Bindung auf 16 Jahre erfolgen zu lassen. Daß die Reichsregierung auf diesem Gedanken ihre Flottennovelle aufzubauen gedenkt, ist jedoch aus den officiellen Rundgebungen zur Flottenfrage in keiner Weise zu ersehen. Die „Vib. Corresp.“ hält deshalb eine ihr zugegangene Nachricht für zutreffend, wonach der Gedanke einer Bindung auf 16 Jahre nicht ernsthaft in Frage kommt, vielmehr das jährliche Bestimmungsrecht des Reichstages durchaus gewahrt bleiben soll. Daß daneben eine Verhandlung zwischen Regierung und Reichstag über die weitere Ausgestaltung der Kriegsstärke in einer Weise erfolgen muß, daß die Reichsregierung daraus ersehen kann, ob sie bei ihren kundgegebenen Plänen auf die Zustimmung der Volksvertretung im großen und ganzen rechnen kann, liegt in der Natur der Sache.

Die von der Leitung des Flottenvereins geplante Organisation von Rundgebungen an Gunsten der zu erwartenden Flottenvorlage anlangt, so ist die conservativ „Arensztg.“ der Meinung, daß solche Rundgebungen der Vorlage nicht nützen, sondern nur schaden werden. Derselben Meinung ist auch die conservativ-agrarische „Deutsche Tagesztg.“, welche u. a. äußert: Tappisches Ungelächel beunruhigt den Flottenvereinsgeschäftsführer (Herr Schweinburg) auch in dem neuesten Flugblatte des deutschen Flottenvereins, in dem zu officiellen Rundgebungen für die Flottenverstärkung aufgefordert wird. Daß Rundgebungen, die auf diese Art „gemacht“ werden, dem Flottenplane nur schaden, liegt auf der Hand. Dafür scheint Herr Schweinburg noch kein Verständnis zu haben.

Den „Gipsel plumpen Ungelächel“ bezeichnet es ferner die „D. Tagesztg.“, daß Herr Schweinburg in der von ihm herausgegebenen „Pol. Corr.“ bei der Kostenfrage für die Flottenvermehrung die Erhöhung der Betriebszölle ins Feld führte. Wenn Herr Schweinburg nicht Ge-

schäftsführer des Flottenvereins wäre, so könnte man, meint das Blatt, beinahe annehmen, daß er mit dieser Verkoppelung der Flottenvorlage habe ein Bein stellen wollen.

Mit größter Entschiedenheit sträubt sich auch das Berliner Organ des Centrums, die „Germania“, gegen den Gedanken, die Kosten der Verdoppelung einer Kriegsflotte durch eine Brodvertheuerung gerade den ärmeren Klassen der Bevölkerung abzunehmen“, und erklärt: „Ein solcher Gedanke kann vielleicht aus — Mähren (Herrn Schweinburgs Heimath) kommen, oder im Rastanienwäldchen eingeworfen sein; einem deutschen Gemüth muß es die Scham ins Gesicht treiben, diesem Gedanken auch nur Raum zu geben. Also empfehlen wir den Officiösen die Kostenfrage und die Deckungsfrage zur eingehenden Behandlung.“

Die Officiösen haben eben selten an einem Uebermaße von Geiz gelitten, die heutigen aber erst recht nicht.

Württemberg, Baiern und die Einheitspostmarken.

Ein süddeutsches Blatt, das die Tendenz der Einführung von Einheitsmarken im übrigen billigt, befürchtet, daß durch diese die billigeren Tarife der württembergischen Postverwaltung aufgehoben werden könnten. Diese Befürchtung ist, wie heute die ministerielle „Berl. Corresp.“ hervorhebt, durchaus unbegründet. Der in Württemberg bestehende Oberamts- und Zehnkilometerarif, der Paketarif und die Befreiungsbücherei bei Paketen und Postanweisungen würden durch Einführung der Einheitsmarken überhaupt nicht berührt werden; ebenso würde es dem Erbesen der württembergischen Postverwaltung überlassen bleiben, die dortigen Postanweisungsbriefe beizubehalten, wobei dann die letzteren selbstverständlich mit den neuen Markenzeichen zu versehen sein würden. Was die billigeren Kohaltaxe und das niedrigere Drucksachenporto anlangt, so könnten auch diese nach Einführung der Einheitsmarken beibehalten werden, sobald nach Derabscheidung des Gesetzes betreffend einige Änderungen von Bestimmungen über das Postwesen auch für das Reichspostgebiet die Einführung von Zweifelhennig-Marken angeordnet sein wird, wie dies in der Begründung zu dem genannten Gesetze, sowie in den Commissions-Verhandlungen ausdrücklich seitens der Reichspostverwaltung in Aussicht genommen ist.

Wie den Münchener „Neuest. Nachr.“ wahrscheinlich aus der Umgebung des Staatssecretärs v. Poddbielski mitgeteilt wird, hat sich die Reichspostverwaltung „aus Gründen, die in der Entwicklung des Weltpostvereins zu suchen sind, zu der Auflösung der deutschen Briefmarkenfrage entschlossen. Der wahrscheinlich 1902 stattfindende Weltpostcongrès wird voraussichtlich über die Einführung eines einheitlichen Postwertzeichens für die Länder gleicher Währung zu beraten haben und auch die Frage der Einführung eines einheitlichen Postwertzeichens im Verkehr zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn ist auch auf der Tagesordnung. Mit Rücksicht auf diese viel weitergehenden Projekte, die der Derallgemeinerung und Ausdehnung des Verkehrs ihre Entstehung verdanken, hielt das Reichspostamt die Zeit für gekommen, wenigstens einmal innerhalb der Grenzen des deutschen Reiches eine Einheitlichkeit der Postwertzeichen anzustreben zu sollen.“

Baiern aber will bisher durchaus nicht von seinem Standpunkte abgehen, wie auch nachstehende heute eintreffende Meldung zeigt:

München, 7. November. Die „Münc. Allg. Ztg.“ befähigt officiös, daß es zu eingehenden Verhandlungen bezüglich der Einführung einheitlicher Briefmarken zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem Staatssecretär des Reichspostamts v. Poddbielski überhaupt nicht gekommen sei, weil der Ministerpräsident von vornherein erklärt habe, von dem von der bayerischen Regierung früher eingenommenen Standpunkte nicht abzuweichen zu können.

Antisemitischer Stimmengang.

Die vor vier Wochen vom „Vorwärts“ veröffentlichten zwei Erlasse des Reichs-Verkehrsinspectors Marx über Erkrankungen von Eisenbahnbeamten werden jetzt von der „Staatsbürger-Ztg.“ benützt, um die deutsch-socialen (antisemitische) Reformpartei der Wählerchaft in empfehlende Erinnerung zu bringen. Sie schreibt: „Der leitende Grundgedanke der deutsch-socialen Reformpartei, die stets für die kleineren und mittleren Beamten aller Ressorts eingetreten ist, wird bleiben: Menschenleben sind mehr werth, als jene Ueberflüsse, welche durch Personalersparrnisse und auf Kosten der Betriebssicherheit gemacht werden.“

Als ob nicht bei den anderen Parteien ebenfalls Uebereinstimmung darüber herrschte, daß Forderungen, die durch die Betriebssicherheit geboten erscheinen, bewilligt werden müssen. Die Besserstellung der Beamten, sowohl was ihre Gehaltsverhältnisse, wie ihre Dienstzeit anbelangt, ist nicht minder ein Gegenstand der Fürsorge auch der anderen Parteien. Für das Gros der preussischen Beamten, die Eisenbahnbeamten, ist der Landtag zuständig, in dem sich nur ein antisemitischer Abgeordneter befindet. Das Ganze läuft auf Stimmengang hinaus, der aber nur bei denjenigen Beamten von Erfolg sein kann, die ihre politischen Kenntnisse einzig und allein aus der antisemitischen Presse entnommen haben.

Die Demonstrationen der tschechischen Bevölkerung

in Böhmen und Mähren hören nicht auf. Es kommen immer neue Nachrichten. So fand am Sonntag bei Prag am Weißen Berge eine öffentliche Versammlung statt, welche wegen tumultuarischen Verlaufes aufgelöst wurde. Die über 700 Personen zählende Volksmenge versuchte hierauf in geschlossenem Zuge nach Prag zu gehen, was die Polizei verhinderte.

An demselben Tage sammelten sich in Kofel (Mähren) etwa 500 Personen an, um Demonstrationen zu veranstalten. Der Bezirkshauptmann von Böding veranlaßte sofort mit militärischer Assistenz nach Kofel. Es gelang ihm, die Ruhe wiederherzustellen, ohne daß das Militär einschritt.

Prinz Albrecht in Madrid.

Madrid, 6. Nov. An dem gestrigen Galadiner zu Ehren des Prinzen Albrecht nahmen die Casinomitglieder, der deutsche Botschafter und eine größere Anzahl hoher Würdenträger Theil. Prinz Albrecht sprach in spanischer Sprache auf den König und die spanische Nation und drückte den Wunsch aus, daß Gott der Königin-Regentin und dem Könige ein langes Leben verleihen

möge. Dies sei der Wunsch aller wahren Freunde Spaniens. Er komme noch einem besonderen Auftrage des Kaisers nach, wenn er diesen Wunsch ausspreche. Die Königin-Regentin brachte sodann einen Toast auf den Kaiser, die kaiserliche Familie und die Wohlthat Deutschlands aus. Nach den Trinksprüchen intonierte die Musik die betreffenden Nationalhymnen, welche stehend angehört wurden. Dieses war das erste Mal, daß entgegen dem sonstigen Brauche am spanischen Hofe Trinksprüche ausgedrückt wurden. Heute besuchte Prinz Albrecht in Begleitung der Infantin Isabella des Escorial. Um 8 Uhr Abends findet zu Ehren des Prinzen ein Festmahl in der deutschen Botschaft statt.

Ein französisch-chinesischer Conflict

steht in Sicht. Einem Telegramm des Admirals Courrepolles zufolge sind die Verhandlungen bezüglich der Abgrenzung des Gebietes von Amangschouman, welche seit einiger Zeit mit Aussicht auf Erfolg geführt wurden, in Folge der feindlichen Haltung des Dschingis von Ananton abgebrochen worden. Der französische Marine-Minister de Lanessan hat die nöthigen Maßregeln zur Verstärkung der Truppen in Tongking getroffen.

Deutsches Reich.

Berlin, 7. Nov. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, erwiderte der Kaiser auf die telegraphische Anzeige über die Bildung eines Provinzialausschusses des Flottenvereins in Königsberg an den Oberpräsidenten Grafen Bismarck: „Aus dem Mir heute zugegangenen Telegramm entnehme ich mit Genugthuung und Freude, daß sich in Königsberg ein die ganze Provinz umfassender Ausschuss des deutschen Flottenvereins gebildet hat. Indem ich für diese Versicherung der Treue und Anhänglichkeit an Meine Person herzlich danke, spreche ich die Hoffnung aus, daß es mit Hilfe des deutschen Flottenvereins gelingen möge, das deutsche Volk immer mehr und mehr von der Nothwendigkeit einer starken, seinen Interessen entsprechenden, sie zu schützen vermögenden Flotte zu überzeugen. Ganz besonders hat es Meinem Herzen wohlgethan, daß die Provinz Ostpreußen, trotzdem ein großer Theil ihrer landwirtschaftlichen Bevölkerung mit bedeutenden Schwierigkeiten zu kämpfen hat, in altbewährter Treue, wenn es das Wohl des ganzen Vaterlandes gilt, mit freudigem Herzen Opfer zu bringen bereit ist wie sie ein Vorbild war in schwerer Zeit am Anfang dieses Jahrhunderts.“ Wilhelm.

Berlin, 7. Nov. Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen der 3. Abtheilung behaupteten die Liberalen von neun Mandaten sechs, verloren ein Mandat und kommen in zwei Bezirken zur Stichwahl. Die Socialdemokraten behaupteten ihre sechs Mandate und gewannen eins, sowie von den neu gebildeten sechs Bezirken fünf. Die Antisemiten (Rechtsanwalt Ulrich) kommen in einem Bezirk mit den Socialdemokraten in Stichwahl. Stöcker ist in einem anderen Bezirk durchgefallen.

Berlin, 6. Nov. Nach der ministeriellen „Berl. Corresp.“ entbehrt das Gerücht, daß die Regierung beabsichtige, die Budgetvorlage zurückzuziehen, jeder thatsächlichen Grundlage.

Wie aus Potsdam gemeldet wird, wird das russische Kaiserpaar erst am Donnerstag früh in Potsdam eintreffen. Der Jar wird auch der Rekrutenvereidigung in Potsdam beiwohnen.

Die ministerielle „Berliner Correspondenz“ schreibt: Verschiedene Blätter haben die Nachricht gebracht, daß der Regierungs-Referendar v. Roser (einer der Angeklagten im Harmlosen-Prozess) auf seinen Antrag aus dem Dienste entlassen sei. Dem gegenüber ist festzustellen, daß ein solcher Antrag seitens Rosers allerdings gestellt, von dem zuständigen Minister aber nicht berücksichtigt worden ist. Vielmehr ist Roser auf Grund des § 84 des Disziplinar-Gesetzes von 1852 vom Minister des Innern und dem Finanzminister aus dem Dienste entlassen worden. Es ist damit unabweislich zum Ausdruck gebracht, daß die Lebensführung Rosers, wie sie durch den bekannten Spielerprozeß offenbar geworden, als mit den Pflichten eines Staatsbeamten schlechterdings unvereinbar angesehen werden muß.

In Dresden wurde der antisemitische Schriftsteller Karl Alexander Wald auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft in Hamburg wegen nicht unbedeutender Wechseltäuschungen und Unterschlagungen gegen denselben erlassenen Steckbriefes verhaftet.

[Goldboten und Lotterie.] Bei den Truppen- theilen ist dieser Tage nachgefragt worden, welche Leute sich am Lotteriespiel betheiligen. Dabei wurde in Erinnerung gebracht, daß Militär- personen nur mit besonderer Erlaubnis ihrer Vorgesetzten in der Lotterie spielen dürfen. Wer diese Erlaubnis nicht einholt, hat Arreststrafe zu gewärtigen. Durch diese Kontrolle ist auch das Spielen in einer für Preußen verbotenen Lotterie hinfällig und unmöglich.

[Eine Anzahl junger Rumänen] ist mit Genehmigung des Kaisers in das preussische Heer auf Avancement eingetreten.

[Duell mit tödtlichem Ausgang.] Aus Bonn wird der „Dtsch. Tagesztg.“ telegraphirt: Zwischen zwei Einjährig-Genossen des 160. Infanterie-Regiments fand gestern ein Pistolenduell statt, wobei einer so schwer verwundet wurde, daß er Mittags starb. Der andere wurde verhaftet. Die Ursache soll in einem geringfügigen Wortwechsel liegen. (1) — Geringfügiger Wortwechsel — und solche Folgen. Wird denn nicht scharfer gegen solche barbarische Unfälle eingeschritten werden?

[Unlauterer Wettbewerb.] In einer dieser Tage zu Berlin abgehaltenen Versammlung des etwa 4000 Mitglieder zählenden Deutschen Uhrmacher-Bundes wurde einstimmig beschlossen, eine Anzahl von Projekten anzustrengen. Die genannte Vereinigung will auf Grund des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb gegen diejenigen Uhren-Verhandlungshäuser vorgehen, die unter der Bezeichnung „vorbereitete Bezugsquelle für den Uhrmacher“ bei dem kaufenden Publikum den Eindruck zu erwecken suchen, als käufe der Uhrmacher bei ihnen, während sie in Wirklichkeit nur geringwertige Qualitäten liefern, für die der Uhrmacher gar keine Verwendung habe.

Hamburg, 7. Nov. Sämtliche bei den Abdrücken beschäftigten Bauarbeiter legten gestern die Arbeit nieder. Der Streik ist dadurch von Bedeutung, weil in Folge der Arbeiten im Centralbahnhof und der Erweiterung des Freihamms ungewöhnlich viel Abdrucksarbeiten vorliegen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 7. Nov. Die Nachricht von der unmittel- bar bevorstehenden Berehelichung des österreichischen Thronfolgers, Erzherzogs Franz Ferdinand, wird (zur Abwechslung wieder einmal) demotivirt. (Andere Nachrichten bleiben dabei, daß der Kaiser die Zustimmung zu der Heirath zwar gegeben, dabei aber dem Thronfolger ausdrücklich eine einjährige Wartefrist bis zur Berehelichung auferlegt habe.)

Wenn der Erzherzog Franz Ferdinand die Gräfin Chotek wirklich heirathen sollte, so braucht er um deswillen nicht auf die Thronfolge zu verzichten. Der König Friedrich Wilhelm III. von Preußen hatte die Fürstin von Liegnitz zur morganatischen Frau, der Kaiser Alexander II. von Rußland die Fürstin Dolgoruch, der König Victor Emanuel II. von Italien die Gräfin von Mirafiori — alle drei hatten unebenbürtige Frauen und regierten trotzdem. Einige mediatisirte Häuser haben die Bestimmung, daß ein Fürst ohne standesgemäße Frau nicht Majoratsherr sein könne, allein in Oesterreich besteht kein Hinderniß, daß Franz Ferdinand Thronfolger und Kaiser und doch der Gemahl einer nicht ebenbürtigen Dame sein kann. Aber eine „Aron-prinzessin“, „Erzherzogin“ oder „Kaiserin“ kann niemand, auch nicht Franz Ferdinand, aus der Gräfin Chotek machen, denn ein Hausgesetz kann kein Familiengesetz allein ändern, und über den Begriff der „Ebenbürtigkeit“ macht die gemeinsame Hofgesellschaft.

Frankreich.

Paris, 6. Nov. Das Zuchtpolizeigericht verurtheilte den ehemaligen Major Eberhartz auf die gegen denselben von seinem Vetter Christian Eberhartz angelegte Klage wegen Betruges in contumaciam zu 3 Jahren Gefängniß und zur Wiedererstattung von 33 500 Fracs. an den Kläger.

Holland.

Amsterdam, 3. Nov. Der Handel zwischen den Niederlanden und Südafrika steht völlig. Circa 600 Diamantgräber sind arbeitslos.

Von der Marine.

* Die von der Yachtbauergesellschaft des kaiserlichen Yachtklubs 1895 erbaute Segelyacht „Gertha“ von 30,5 Segeleinheiten ist von ihren Besitzern der kais. Marine geschenkt worden. Der Kaiser hat die Annahme des Geschenkes genehmigt und bestimmt, daß die Yacht besonders zur Ausbildung der Offiziersaspiranten der Marine- schule in Kiel verwendet werden solle.

* Contreadmiral Prinz Heinrich von Preußen trifft bereits im Februar nächsten Jahres in Kiel ein. Der Prinz verläßt die asiatische Station an Bord des Kreuzers „Deutschland“, geht nach Anknst in San Francisco von Bord und setzt die Rückreise über Newyork fort. Der Kreuzer „Deutschland“ wird erst im Mai nach Kiel zurückkehren.

Schiffs-Nachrichten.

* Ueber ein fürchterliches Unglück in Norwegen, bei dem mindestens 300 Fischer in einer Nacht umgekommen und für viele hunderttausend Kronen an Fahrzeugen, Booten und Geräthen verloren gegangen sind, schreibt man:

Ein Sturm, dessen Gleiches an Stärke und Heftigkeit man sich kaum erinnern kann, hat Freitag, den 13., und die Nacht zum 14. Oktober über große Theile der langgestreckten Küste gerast. Der norwegische Fischer arbeitet unter harten Bedingungen, um für sich und die Seinen das tägliche Brod zu erwerben. Es hat sich in jedem Jahrhundert mehrere Male wiederholt, daß ein fürchterlicher Orkan in einer der langen Winter- nächte der Fischerflotte Tod und Verheerung gebracht hat. Doch kaum je zuvor hat das Unglück den fürchter- lichen Umfang gehabt und ist die Zahl der umge- kommenen Fischer so groß gewesen wie am Freitag, den 13., und die Nacht zum 14. Oktober d. Js. Aufser- halb Haugefunds liegt ein kleiner Fischerort „Kovaer“, dessen gesammte Bevölkerung, Groß und Klein mit- gerechnet, ungefähr 100 Menschen betrug. Einer der Bewohner hatte seine Frau verloren. Die Leiche war, um begraben zu werden, nach Haugefund geschickt worden, und der Mann mit seinen vier ältesten Kindern war mit zur Stadt geeifert. Drei kleinere, von denen das Jüngste nur 9 Monate, waren daheim geblieben. Der größte Theil der erwachsenen Be- völkerung der Insel war auch zugegen, um der Todten die letzte Ehre zu erwiesen. Diese alle, 30 an der Zahl, wurden am Abend des 13. auf einer Yacht heim; es wurde aber ihre letzte Reise. Die Yacht zerfiel und alle fanden in den Wellen ihr Grab. Von der kleinen Insel blieben 11 Wittwen und 35 Vaterlose vereint zurück. Das zweite und an Umfang noch größere Unglück trat sich weiter nördlich zu. Außerhalb der Mündung der Trondhjem-Fjords liegen zwei größere Inseln „Ätteren“ und „Fröien“, beide von einer Anzahl kleinerer Inseln, Alppen und Riffen umgeben. Westlich von Fröien liegt eine Insel- gruppe, „Ätteren“ genannt, und außerhalb dieser lagen gerade in jener Sturmnacht hunderte von Booten, Fahrzeugen und zum Theil Dampfern, um mit dem Treibholz fest zu fangen; ebenso waren meilen- weit im Umkreise an den angrenzenden Inseln Leute auf See. Im Laufe der Nacht brach dann der Orkan von Nordwest los, also gerade vom offenen Meere herein. Fast allen gingen die Geräthchaften gleich verloren, und es begann nun eine schreckliche Flucht den Häfen zu. Die See erhob sich in kurzem zu ungläublicher Höhe und toste mit fürchterlicher Gewalt. Klippen und gefährliche Stellen waren überall; viele Boote wurden in den Wellen begraben, andere zer- schellten an der Küste. Einige erreichten den Hafen, doch kaum hatten sie hier versucht, die Segel herab und das Anker herunter zu lassen, so wurden sie von anderen übersegelt. Man konnte nichts sehen, da jedes Licht den Dienst versagte. So ertranken und gingen viele im Hafen selber unter. Die Leute am Lande vernahmen das Hillegeschrei, das Krachen der scheiternden Schiffe, konnten jedoch nichts sehen noch helfen. Nur Einzelne sind auf die wunderbarste Weise gerettet worden. Zuerst schlug man die Zahl der Um- gekommenen auf 100 an, dann auf 200, dann über 250, und noch hat sich die richtige Zahl nicht feststellen lassen, denn die vorhergehenden Tage waren fort- während Leute auf dem Fischplatz angekommen, so daß niemand genau weiß, wer und wie viele zugegen waren. Man nimmt an, daß an Dampfmaschinen, Fahr- zeugen und Booten 60—80 untergegangen sind.

Danziger Lokal-zeitung.

Danzig, 7. November.

Wetterausichten für Mittwoch, 8. Nov., und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolzig mit Sonnenschein. Nachts frostig, ziemlich kalt.

* [Herr Oberpräsident v. Coschier], welcher sich gestern nach Könitz zur Besichtigung der dortigen Arbeitercolonie begeben hatte, ist heute hierher zurückgekehrt.

[Schutz der Wassermeßer gegen Einseitigen.] Durch eine im Annoncencourier veröffentlichte Bekanntmachung des Magistrats werden die Hauseigentümer darauf hinarbeiten, die Wassermeßer rechtzeitig gegen Einseitigen zu schützen. Nach den bestehenden Vorschriften sind die Hauseigentümer verpflichtet, wenn ein Wassermeßer durch Einseitigen beschädigt wird, die nicht unerheblichen Reparaturkosten zu bezahlen.

[Bazar.] Der vom Vaterländischen Frauenverein im Franziskanerkloster veranstaltete Bazar hat, so weit bis jetzt zu übersehen ist, einen Reingewinn von über 4000 Mk. ergeben.

[1900 ist kein Schaltjahr.] Obwohl die Jahreszahl 1900 durch vier theilbar ist, wird der Februar k. Js. doch nur 28 Tage enthalten. Nach dem Gregorianischen Kalender unterbleibt im letzten Jahre eines Jahrhunderts die Einführung eines Schalttages, außer, wenn die Zahl der nach Ablauf des Jahres verfloßenen Jahrhunderte durch vier theilbar ist. So waren die Jahrhunderte 1700 und 1800 keine Schaltjahre, 1900 wird auch keins sein, wohl aber 2000, 2400 u. s. w.

[Gesellschaftsreisen der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft durch Ost- und Westpreußen.] Nachdem die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft bereits seit einigen Jahren landwirtschaftliche Studienreisen in das Ausland veranstaltet hat, begann sie neuerdings auch Inlandsreisen durchzuführen. Vom 14. bis 24. Juni fand eine solche durch die Provinz Sachsen statt, um den Stand der Landwirtschaft in dieser Provinz an einer Reihe von Beispielen vor Augen zu führen. Der Sonderausflug für landwirtschaftliche Gesellschaftsreisen hat nun in seiner Sitzung vom 11. Oktober beschlossen, im nächsten Jahre eine Gesellschaftsreise durch Ost- und Westpreußen zu arrangieren. Der Direktor des landwirtschaftlichen Instituts der Universität Königsberg, Herr Prof. Dr. Bachhaus, war als Gast zu diesen Beratungen eingeladen worden, um über die provinziellen Verhältnisse Auskunft zu geben. Als Zeit wurde der 8. bis 20. Juni 1900 in Aussicht genommen, so daß also die Reise gleich nach Pfingsten beginnt, um mit Anfang der Posener landwirtschaftlichen Ausstellung zu endigen. Der Reiseplan ist daher auch vorläufig so projektiert, daß die Zusammenkunft der Teilnehmer etwa in Marienburg stattfindet, um von hier aus die Weichselniederung und Danzig zu besuchen, dann über Elbing nach Königsberg zu reisen, zwecks Besichtigung der landwirtschaftlichen Sehenswürdigkeiten von Stadt und Umgegend, sodann über Tapiau, Insterburg, Traubehnen nach Cöthen und weiter durch Magdeburg über Rastenburg, Allenstein zurück in das westpreussische Zuckerbaugebiet von Graudenz und Kulm, worauf die Fahrt über Bromberg nach Posen gehen würde. Als Maximum der Teilnehmer ist vorläufig die Zahl 50 festgesetzt.

[Zwiergschweine.] Nach amtlicher Erhebung herrichte Anfangs November die Maul- und Klauenseuche in Westpreußen auf 17 Gehöften des Kreises Elbing, 89 Gehöften des Landkreises Elbing, 491 des Kreises Marienburg, 32 des Kreises Danziger Niederung, 16 des Kreises Dirschau, 69 des Kreises Stuhm, 16 des Kreises Marienwerder, 32 des Kreises Rosenberg, 86 des Kreises Eddau, 42 des Kreises Stargard, 28 des Kreises Briesen, 12 des Kreises Thorn, 11 des Kreises Kulm, 31 des Kreises Graudenz, 18 des Kreises Sambeh, 13 des Kreises Tuchel, 10 des Kreises Königsberg, 78 des Kreises Schlochau, 149 des Kreises Flatow, 23 des Kreises Di. Krone; in Ostpreußen auf 8 Gehöften des Kreises Pr. Eylau, 10 des Kreises Heiligenbeil, 8 des Kreises Braunsberg, 1 des Kreises Heilsberg, 13 des Kreises Rößel, 9 des Kreises Allenstein, 15 des Kreises Orlasburg, 218 des Kreises Neidenburg, 124 des Kreises Osterode, 26 des Kreises Mohrungen, 67 des Kreises Pr. Holland, 1 des Kreises Willhalden, 5 des Kreises Darkehmen, 14 des Kreises Angerburg, 3 des Kreises Olekko. Pommern hatte auf 496 Gehöften Geucheseuche. Die Schweineuche herrichte in Westpreußen auf 4 Gehöften in 4 Kreisen, in Ostpreußen auf 28 Gehöften in 13 Kreisen, in Pommern auf 9 Gehöften in 7 Kreisen, im Bromberger Bezirk auf 9, im Posener Bezirk auf 22 Gehöften. In diesen beiden Bezirken war auch die Maul- und Klauenseuche noch immer am stärksten vertreten, und zwar im Bromberger auf 792, im Posener auf 985 Gehöften. Die Lungenseuche herrichte in West- und Ostpreußen gornicht, im Posener Bezirk nur auf 2 Gehöften. Neue Fälle von Pferdeuche waren in den Ostprovinzen nur auf einem Gehöft im Bezirk Gumbinnen aufgetreten.

[Zur Erforschung von Fritz Reuters Festungszeit.] Speziell in Bezug auf Graudenz, kam eben von dort nach Danzig Herr Professor Karl Theodor Gaedert, um hier im Generalkommando, Kommandanturgericht etc. weitere Forschungen anzustellen. Bei den engen Beziehungen zwischen Danzig und Graudenz dürften manche Familien hier leben, welche Erinnerungen, Skizzen, Porträts, sowie sonstige Mittheilungen über Zustände und Persönlichkeiten aus Festungszeit zur Zeit von Reuters unheimlichem Aufenthalte daselbst, im Jahre 1838/39, bewahren. Auch in unserer Provinz Westpreußen sind wohl noch Manche im Besitze von hierauf bezüglichem schriftlichen oder bildlichen Material, das sie gewiß gern im Interesse der Sache dem um Fritz Reuters Biographie hochverdienten Gelehrten leihweise anvertrauen (wohnhaft zu Berlin S.W., Belleallianceplatz 14, 1 Tr.). In Graudenz hat Professor Gaedert u. a. Joeben auch die richtige Kalematische entdeckt, in der Fritz Reuter seine Festungszeit abspil, und dabei festgestellt, daß die bisher gezeigte nicht die richtige gewesen ist.

[Evangelische Kirche in Schidlich.] Der Kirchenbau-Fonds für den Bau einer evangelischen Kirche in Schidlich ist nunmehr auf etwa 70000 Mark angekommen. Der Gemeinde-Rath von Schidlich hat die Kaiserin gebeten, auch über diese zu erbauende Kirche das Protektorat zu übernehmen und es soll das bezüglich Bittgesuch seitens des königl. Konsistoriums warm befürwortet worden sein. Falls die Kaiserin das Protektorat übernimmt, soll, sobald der Fonds etwa 100000 Mk. erreicht hat, mit dem Bau der Kirche begonnen werden.

[Preuß. Klassenlotterie.] Bei der heute Vormittag fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse der 201. preuß. Klassen-Lotterie fielen:

1 Gewinn von 75 000 Mk. auf Nr. 43 807.
1 Gewinn von 30 000 Mk. auf Nr. 117 995.
3 Gewinne von 10 000 Mk. auf Nr. 30 598
56 951 113 003.
2 Gewinne von 5000 Mk. auf Nr. 47 221
80 378.
30 Gewinne von 3000 Mk. auf Nr. 3681
12 962 23 379 36 376 46 827 46 737 49 005 49 834
52 620 55 027 55 803 63 578 68 165 73 996 81 370
103 083 114 445 115 273 122 257 128 523 165 197
166 446 179 635 180 441 180 962 201 714 202 965
213 453 214 811 218 164.

[Landtags-Jubiläum.] Auf ein 75jähriges Bestehen blickt der Provinzial-Landtag in Königsberg in diesem Monat zurück. Der erste Provinzial-Landtag der aus Ost- und Westpreußen bestehenden Provinz Preußen wurde am 14. November 1824 in Königsberg feierlich eröffnet. Am 24. Dezember wurde die erste Session dieses Landtages nach einer Dauer von 40 Tagen geschlossen. 1877 erfolgte bekanntlich die Theilung der Provinz und im Frühjahr 1878 trat der erste westpreussische Provinzial-Landtag in Danzig zusammen.

[Ausgabe von Rückfahrkarten Berlin-Konstantinopel.] Vom 1. d. M. ab werden auf den Eisenbahnstationen in Berlin einschließlich Charlottenburg nach Konstantinopel (Hafen) Rückfahrkarten mit 60tägiger Geltungsdauer über Breslau-Katowitz-Damietin-Arakau-Lemberg-Tchagan-Buzul-Taurai-Konstantinopel zum Preise von 266,20 Mk. für die erste Klasse, 183,20 Mk. für die zweite Klasse und 140,70 Mk. für die dritte Klasse ausgegeben. Den Anschlag an den rumänischen Dampfer Konstantin-Konstantinopel (13-tägige Fahrt bei 188 Seemeilen) erreicht man bei Abfahrt von Berlin (Friedrichstraße) Mittwoch und Sonnabend um 8,25 Vormittags. Die Gesamtreisebauzeit beträgt 51 oder 53 Stunden.

[Begründung von Schulpfarrschaften.] Die vielfach ventilirte Frage über die Einführung von Schulpfarrschaften wird durch ein Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten an sämtliche Landräthe und Magistrate des Regierungsbezirks Marienwerder einer eingehenden Erörterung unterzogen, und sodann die Einführung dieser Klassen an hierfür geeigneten Schulorten warm empfohlen. In dem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß durch die Einrichtung neben der Anregung des Sparflusses bei den Kindern dem Lehrer vielfach auch Gelegenheit geboten wird, mit den Eltern der Schulkinder in Verbindung zu treten, und es ist wünschenswert, daß der Lehrer mit den Eltern durch Antheilnahme an deren wirtschaftlichen Interessen in nähere Fühlung tritt und dadurch auch auf die den Schulpfarrschaften notwendigen ergänzenden häusliche Sacht Einfluß gewinnt.

[Ueber die Oberlehrerstellen an den höheren Mädchenschulen.] Hat sich der Kultusminister in einer Verfügung geäußert, in welcher es heißt: Nach wie vor halte ich grundsätzlich daran fest, daß der Zutritt zu den etatsmäßigen Oberlehrerstellen an den höheren Mädchenschulen den seminaristisch vorgebildeten Lehrern nicht verschlossen werden darf. Die geistigere methodische Handhabung des Unterrichts und die reichere praktische Erfahrung, wie sie ältere, seminaristisch gebildete Lehrer in der Regel besitzen, sind schwerwiegende Vorzüge und wohl geeignet, selbst bei einem etwa geringeren Maße wissenschaftlicher Ausbildung ausgleichend ins Gewicht zu fallen. Auch ist die Befähigung zu erfolgreichem Unterricht auf der Oberstufe der Mädchenschule wesentlich abhängig von der persönlichen Begabung des Lehrers für diese eigenthümliche Art unterrichtlicher und erzieherischer Thätigkeit. Ob aber die Patronate in eine erledigte Oberlehrerstelle einen Mann mit akademischer oder mit seminaristischer Bildung berufen wollen, muß ihnen in jedem Falle allein überlassen bleiben. Bei der großen Wichtigkeit der provinziellen und örtlichen Bedürfnisse und Einrichtungen lege ich ein besonderes Gewicht darauf, daß der Freiheit der Wahlberechtigten in dieser Hinsicht keinerlei Schranken gezogen werden.

[Jahresfest des Gustav Adolf-Vereins.] Am Sonntag, den 12. November, feiert der hiesige Zweigverein der Gustav Adolf-Stiftung sein Jahresfest in der St. Marienkirche. Die Festpredigt um 5 Uhr Abends wird Herr Pfarrer v. Hülsen aus Di. Eylau halten. Derselbe hat bis vor kurzem in Marlubien im Kreise Sambeh das Amt verwaltet und dort eine stattliche Kirche aus Mitteln der Gustav Adolf-Stiftung erbaut, er kennt daher sowohl die Nähe der evangelischen Diasporagemeinden als auch die Segnungen des Gustav Adolf-Vereins aus eigener Erfahrung. Beitrittserklärungen von neuen Vereinsmitgliedern sollen gleich nach dem Gottesdienste in der Kirche der Kirche entgegengenommen werden. Von einer Nachfeier an demselben Tage, wie sie früher stattgefunden hat, wird diesmal Abstand genommen, weil der Vorstand des hiesigen Vereins die Veranstaltung eines Familienabends im großen Saale des Schützenhauses für später in Aussicht genommen hat.

[Veränderungen im Grundbesitz.] Es sind verkauft worden die Grundstücke: Langsuhrt Blatt 417 von den Architekten Wagner'schen Eheleuten an die Frau Hauseigentümer Holstein, geb. Zonn, für 60 500 Mk.; Stabsgebiet niedere Seite Blatt 79 von der verewittweten Frau Fleischermeister Schneider, geb. Pröckel, an das Fräulein Eugenie Mühl für 28 000 Mk.; Neufahrwasser Blatt 135 und Oliva Blatt 140 und 149 von dem Eigentümer Nicias in Semlin bei Carthaus an den Kaufmann Moritz Fleischer, Kaufmann Jacob Eöwenthal in Posen und Kaufmann Wianasse Werner in Posen für zusammen 50 000 Mk.; Stadtgebiet Nr. 61a von der Frau Meyer, geb. Berold in Budau-Wagdeburg an den Tischler Franz Lunkeit für 4300 Mk.; eine Parzelle von Steinbamm Nr. 25 von dem Kaufmann Jacoby an den Zimmermeister Schneider für 1500 Mk.; Weichmündchenhintergasse Nr. 2 von der Frau Rohde, geb. Caedt, an den Architekten Richard Auh für 12 950 Mk.

[Feuer.] In dem Geschäftshause der Firma Agl in der Langgasse war gestern Nachmittag gegen 1/2 Uhr der Dachstuhl in Brand gerathen. Die Feuerwehr eilte sofort mit zwei Zügen und der Dampfstrahl zur Brandstelle. Bei ihrem Eintreffen schlugen bereits helle Flammen aus den Dachsparren, so daß mit zwei Rohren aus den beiden Gaspritzen und mit sprühendem Wasser gegeben werden mußte, worauf die größte Gefahr in kaum einer Stunde beseitigt war und die Dampfstrahl, ohne in Thätigkeit getreten zu sein, zurückkehren konnte. Um 5 1/2 Uhr konnten auch die beiden anderen Züge die Brandstelle verlassen und es wurde nur noch eine Brandwache von zwölf Mann und zwei Oberfeuerwehren aus an Ort und Stelle zurückgelassen. Das ganze Innere des Dachstuhles ist ein Raub der Flammen geworden.

[Unfall.] Auf einem Ladeplatz in Neufahrwasser fiel gestern Nachmittag dem Arbeiter August Biegus ein schwerer Schieferstein auf den linken Fuß, wodurch er eine Quetschung des Fußblattes erlitt. Er wurde mittels des städtischen Sanitätswagens nach dem chirurgischen Stadtlazareth gebracht.

[Schwurgericht.] Heute stehen ebenfalls zwei Anklagesachen zur Verhandlung an. Zuerst betreten die noch in jugendlichem Alter stehenden Arbeiter Albert Matys, Emil Herrmann, Albert Reichart, Karl Lich und Ernst Herrmann die Anklagebank. Da der letztgenannte taubstumm ist, fungirt Herr Taubkammer-Anstalts-Dorchester Rabau als Sachverständiger. Sämtliche Angeklagten sind mehr oder weniger erheblich, meistens wegen Diebstahls vorbestraft. Dismal haben sich dieselben wegen Raub zu verantworten.

Der Thatbestand, welcher zur Anklage geführt hat, ist folgender: Am 10. Juni d. Js. befanden sich die Angeklagten in einem Schanklokal in der Plappergasse. Dort war auch der Dalergeselle Joh. Schöna anwesend. Dieser hatte, das es gerade ein Sonnabend war, seinen Wochenlohn im Betrage von ca. 20 Mk. bei sich, was die Angeklagten bemerkten. Als Schöna um 12 Uhr Nachts das Lokal verließ, entfernten sich auch die Angeklagten. Draußen machte sich zuerst Emil Herrmann an Schöna heran und zog, nach seiner eigenen Angabe, dem Schöna unbemerkt 3,20 Mk. aus der Westentasche. Schöna ging dann allein weiter, wurde aber von den Angeklagten verfolgt, die ihm später seine ganze Baarhaft fortnahmen. Wie dies zugegangen ist, darin widersprechen sich die Angeklagten und der Beraubte. Während die Angeklagten behaupten, Matys und Emil Herrmann hätten Schöna unter die Arme gegriffen, um ihn zu begleiten und dabei ihm die Westentasche mit dem übrigen Gelde ausgerissen, wird von dem Beraubten behauptet, er sei bei vor seiner Wohnung in der Jacobsthorngasse allein gegangen. Dort angelangt, sei er plötzlich von hinten umfaßt, hochgehoben und ihm die Westentasche ausgehändigt worden.

Die Verhandlung dauerte beim Schluß des Blattes noch fort. Die zweite am gestrigen Tage verhandelte Anklagesache richtete sich gegen den Anecht Joh. von Cepinski-Barkochin (Ar. Berent) wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit. Die Verhandlung wurde unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt. Das Urtheil lautete auf acht Monat Gefängnis, nachdem dem Angeklagten von den Geschworenen mildernde Umstände bemittelt worden waren.

Außer den bereits von uns mitgetheilten Strafsachen gelangen vor dem jetzt tagenden Schwurgericht noch folgende zur Verhandlung: Am 9. November gegen die Arbeiter Hermann Blawat und Robert Müller, beide aus Emaus, wegen Verbrechens gegen die Sittlichkeit und am 10. November gegen den Arbeiter, früheren Schneider Franz Purtsche aus Schwialken (Kreis Dirschau) wegen Todtschlages. P hat vor ganz kurzer Zeit bei Dirschau seine Frau mit einer Art erschlagen und sich dann selbst dem Gericht gestellt.

Aus den Provinzen.

g. Rahlbude, 5. Nov. Die Drisarme Dreming aus Abl. Gr. Capielken, 78 Jahre alt, ist am 1. d. Mts. an der sogenannten Bemberrn, einem Nebenflüßchen der Rabaune, als Leiche aufgefunden worden. Jedemfalls hat die arme Greisin auf ihrem Heimwege am Rahlbude am Dienstag Abend in der Dunkelheit den Weg verfehlt, ist vor Altersschwäche niedergebunken und hat so den Tod gefunden. Gestern fand die Secirung der Leiche in Capielken statt. Ein Verbrechen scheint ausgeschlossen zu sein.

Puhig, 6. Nov. Zum Besten der hiesigen grauen Schwefelern fand gestern im Mühlihi'schen Saale eine musikalisch-theatralische Abendunterhaltung statt, zu welcher Gäste aus den entlegenen Theilen unseres Kreises erschienen waren. An Eintrittsgeld und Ertrag eines reichhaltigen Büffets kamen in Folge dessen ungefähr 1000 Mk. ein. Das fünftägige Drama „Elisabeth von Thüringen“ wurde sehr wirkungsvoll, die Mose'sche Poesie „Moritz Sänbröche“ recht flott gespielt.

Bülow, 7. Nov. Beim Spielen mit dem Gewehr des Försters Wendt zu Somin zerstückte sich durch einen Schuß der 16jährige Arbeiter Benigna den Unterkeifer. In Folge des starken Blutverlustes starb der junge Mensch alsbald.

g. Berent, 6. Nov. [Neuer Fahrplan.] Wie bereits gestern mitgetheilt, wird vom 1. k. Mts. ab der Personenverkehr auf der Nebenbahnstrecke Hohenstein-Berent von dem Güterverkehr vollständig getrennt werden und es sollen dann in jeder Richtung drei Personenzüge in folgendem Fahrplan verkehren:

Zug 912 ab Hohenstein 6,35 U., an Berent 8,18 U.
„ 914 „ „ 2,18 U., „ „ 4,01 U.
„ 916 „ „ 8,15 U., „ „ 10,00 U.
„ 911 ab Berent 4,39 U., an Hohenstein 6,22 U.
„ 913 „ „ 11,31 U., „ „ 1,14 U.
„ 915 „ „ 5,40 U., „ „ 7,24 U.

Für die Güterbeförderung auf dieser Strecke sind von dem gleichen Zeitpunkt ab besondere Güterzüge vorgegeben.

U. Berent, 5. November. Schlimm erging es gestern dem Arbeiter Rehlaff auf einer Hochzeit in Fußpetershütte. Derselbe war dorthin zu einer Hochzeit geladen und da der Fräulein seitens der Hochzeitsgäste gehörig zugeprochen wurde, gab es bald erhitzte Gemüther, wobei es zu einer Prügelei kam, in welcher dem Rehlaff der Bauch mit einem Messer aufgeschliffen wurde. Der Verletzte liegt jetzt hier im Krankenhaus.

Marienburg, 6. Nov. Das Opfer eines Ueberfalles wurde gestern Abend der Bauunternehmer Mag. Raminski aus Kreuzburg-Rothhof. Als selbstiger durch die Langgasse ritt, fielen etwa acht junge Burschen über ihn her und nahmen ihm das Pferd, den Ueberzieher und 175 Mk. bares Geld weg. Einer der Uebelthäter ist bereits in der Person eines Arbeiters aus Canhof ermittelt worden. Eine Resolventenschleifaffaire trug sich heute Mittag auf dem hiesigen Marktplatz zu. Zwei Maurer geriethen in Streit, in dessen Verlauf der eine dem anderen eine Schußwunde am Kopfe beibrachte.

Garnsee, 4. Nov. In Herminendorf brannten vor drei Wochen Wohnhaus und Stallgebäude des Eigenthümers Kruschinski nieder. Die betagten A'schen Eheleute haben hierbei den Tod in den Flammen gefunden. In den Verdacht der Brandstiftung gerieth sogleich die gefesselschwache Ehefrau des in demselben Hause wohnenden Kruschinski Jun., die seit dem Brande verschwunden war. Gestern nun wurde die Vermisste mit sursichtbaren Brandwunden an den Händen und im Gesicht in einem benachbarten Walde als Leiche aufgefunden.

Geeburg, 5. Nov. [Eine jugendliche Mörderin.] Gestern wurde hier ein erst 15jähriges Mädchen, das bei dem Abbaubesther Hoppe in Dienst stand, verhaftet und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert. Um vom Rinderwahn befreit und dann aus dem Dienst entlassen zu werden, hatte dasselbe dem kleinen Kinde seines Dienstherrn Phosphor von Streichhölzern eingegeben und dann noch versucht, ihm eine Säure beizubringen, die gegen Rothlauf der Schweine aufbewahrt wurde.

Snawrazlaw, 6. Nov. Eine gewaltige Feuersbrunst zerstörte in der Nacht vom 5. zum 6. November das Wohnhaus und die umfangreichen Speicher des Großkaufmanns Pankowski am Markt. Ansehnliche Vorräthe gingen in Flammen auf. Der Löschabtheilung des 140. Regiments gelang es, die Nachbargrundstücke, auf denen sich große Mengen von Asphalt, Kohlen und anderen brennbaren Stoffen befanden, zu schützen.

M. Rügenwalde, 5. Nov. Eine Versammlung liberaler Wähler fand heute hier im Plath'schen Saale statt. Herr Reichsgerichtsrath Steinbauer-Diermühle erstattete Bericht über die parlamentarischen Ereignisse der letzten Monate. Im Anschluß an die Eröffnungsansprache des Hrn. Hünke-Abts haben erörterte Herr Steinbauer die Maulwurfsarbeit der extremen Agrarier gegen ihn bei den letzten Wahlen, legte dann den Standpunkt der „Freisinnigen Vereinigung“ gegenüber der Heeresverköstigungsvorlage dar, wies an der Hand von Vorkommnissen bei seiner eigenen Wahl die Berechtigung des Antrages Richard betreffend Wahrung des Waiggeheimnisses nach, besprach in knappen Sätzen das Reichsgerichtsgesetz und schloß schließlich die aller Voraussicht nach bevorstehende Stimmenvorlage.

Vermischtes.
[In der Ehecheidungssache des Grafen Euno v. Moltke.] Flügeladjutanten des Grafen, stand Sonnabend Termin vor dem Berliner Landgericht I an. Nach langer Verhandlung erfolgte die Trennung der Ehe. Die Gräfin Althalie v. Moltke, geb. v. Seyden, auf Neehow in Dorspommern, wurde für den allein schuldigen Theil erklärt und zur Tragung der Kosten verurtheilt. Die Zerwürfnisse zwischen dem gräflichen Paar wurden schon seit längerer Zeit in der vornehmen Gesellschaft von Berlin und Wien — der Graf war der deutschen Botschaft in Wien attachirt — vielfach besprochen.

[Eine Rüste Hinrichtung.] Aus Hamburg, 5. November, wird der „Volksztg.“ mitgetheilt: Die auf Montag Vormittag 8 Uhr angeetzte Hinrichtung des Raubmörders Fischer ist laut Beschluß des Hanseatischen Oberlandesgerichts einstweilen sistirt worden. Da das Gerüst für die Guillotine bereits auf dem Hofe des Untersuchungsgefängnisses aufgebaut worden war, wurde nach dem Beschluß des Oberlandesgerichts sofort mit dem Wiederabbruch begonnen. Der Bertheidiger des zum Tode Verurtheilten hat am Sonnabend in Bergedorf die Pfandleiherin Frau Jung ausfindig gemacht, die sehr wichtige Aussagen zu Gunsten Fischer's gemacht hat. Von dem Ergebnisse der weiteren Ermittlungen wird es abhängen, ob eine neue Verhandlung anberaumt werden wird oder nicht.

Frankfurt a. M., 7. November. In der bel dem hiesigen Orte Holzappel gelegenen Kohlengrube entstand plötzlich eine starke Quelle, welche mit solcher Gewalt in den Schacht eindrang, daß drei darin beschäftigte Bergleute ertranken.

Standesamt vom 6. November.

Geburten: Conditor August Schulz, S. — Arbeiter Ernst Schöl, I. — Garnison-Bauinspector Georg Bähr, I. — Schiffseigner Gustav Boyer, S. — Arbeiter Gottfried Kaiser, S. — Schlossergeselle Oscar Wilm, S. — Kaufmann Georg Sawohki, S. — Mälergeselle Johannes Alonkowschi, I. — Heizer Alexander Glesmer, I. — Stellmachergeselle Franz Lashowski, I. — Hospital-Inspector Otto Herig, I. — Mälermeister Hermann Kapf, I. — Bäckermeister Magnus Wisniewski, I. — Kunst- und Handelsgärtner Otto Kraus, S. — Heizer Johann Wohlgemuth, S. — Hausdiener Friedrich Bieleit, S. — Tapezier Julius Gipel, S.

Aufgebots: Schalmester Aspirant Carl Reinhold Goerh und Gertrud Marie Bowersdorf zu Bülow. — Bauführer Ernst Paul Karl Horn zu Allenstein und Olga Emma Kroll hier. — Besitzersohn Adolph Balenski hier und Martha Augustine Salewski zu Czerniauf Dorf. — Arbeiter Leo Anuth zu Bielowo und Marianna Peka zu Pindschin. — Arbeiter Stanislaus Lewandowski zu Rosenbergl und Lubomira Wladkowski. — Arbeiter Albert Michael Hinz zu Stramsk und Maria Magdalena Sänger zu Kropiwo. — Volksschullehrer Joseph Dehrlitz hier und Valerie Langmesser zu Bruch. — Schmied Friedrich Dudek zu Jacobowo und Johanna Grolla zu Adamsgruh. — Arbeiter Franz Semanczyh und Marianna Lemke zu Parchau Mühle. — Arbeiter Michael Roppel und Marianna Weinkauff, geb. Belau, beide hier. — Heirathen: Corps-Giabsapotheker Carl Remels und Elisabeth Seliger. — Bademeister Valentin Volkmann und Margarethe Schult. Sämmtliche hier. — Kaufmann Maximilian Franke zu Berlin und Clara Caebele hier. — Fabrikdirector Eugen Heim zu Colmar und Katharina Gerjon hier.

Todesfälle: Frau Helene Emilie Bertha Domanski, geb. Janhen, 28 J. 9 M. — S. d. Brauers Gustav Hammerberg, 10 M. — Dienstmädchen Maria Schult, 10 J. 2 M. — S. d. Hotelbesizers Augustin Schult, 10 J. 2 M. — Frau Adesunde Wilhelmine Jablunsky, geb. Dobbarg, 68 J. 8 M. — Frau Anna Emilie Puhke, geb. Wittschinski, 64 J. — Aufsteher Rudolf Herbaum, 28 J. 10 M. — S. d. Arbeiters August Thielmann, 1 J. 2 M. — I. d. Arbeiters August Reif, 2 J. — Frau Regina Schmidt, geb. Mollauer, 47 J. — Bauführer Richard Bruno Rudolf Günkel, 30 J. — I. d. Arbeiters Johann Iröder, 1 J. 5 M. — Wittwe Rosalie Magdalene Schütz, geb. Bohra, 86 J. — S. d. Schiffsbrednergehilfen Paul Falk, 6 M. — S. d. Wajfenbauers Ernst Neubert, 12 M. — Unehel.: 1 S., 1 T.

Danziger Börse vom 7. November.

Weizen war in ruhiger Tendenz bei unveränderten Preisen. Bezahlt wurde für inländischen hellbunt 713 und 724 Gr. 136 M., 756 Gr. 142 M., 756 Gr. 144 M., hochbunt 772 Gr. 147 1/2 M., fein weiß 788 Gr. 152 M., roth 759 Gr. 142 M., 777 Gr. und 780 Gr. 146 M. per Tonne.

Roggen matt. Bezahlt ist inländischer 702, 714, 726 Gr. 136 M., Alles per 714 Gr. per Tonne. — Gerste ist gehandelt inländische große 603 Gr. 125 M., 680 und 683 Gr. 133 M., Chevalier 680 Gr. 138 M., 698 Gr. 139 M., fein weiß 698 Gr. 143 M., russ. zum Transit Futter - 96, 98 M. per Tonne. — Hafer ohne Handel. — Erben inländische Victoria-179, 180 M., russ. zum Transit Victoria-157 1/2 M., mittel 110, 112 M. per Tonne bei. — Pferdebohnen Saat-125 M. per To. gehandelt. — Weizenkleie extra grobe 4,55 M., grobe 4,45 M., feine 4,17 1/2, 4,20 M. per 50 Kilogr. bezahlt.

Central-Biehhoj in Danzig.

Auftrieb vom 7. November.
Bullen 26 Stück. 1. Vollfleischige Bullen höchsten Schlachtwerths 30—33 M., 2. mäsig genährte jüngere und gut genährte ältere Bullen 26—28 M., 3. gering genährte Bullen 24 M. — Ochsen 50 Stück. 1. vollfleischige ausgewässete Ochsen höchsten Schlachtwerths bis zu 6 Jahren 30—33 M., 2. junge fleischige, nicht ausgewässete 25—27 M., 3. ältere ausgewässete Ochsen 23—24 M., 4. mäsig genährte junge, gut genährte ältere Ochsen — M., 5. gering genährte Ochsen jeden Alters — M. — Rülhe 48 Stück. 1. vollfleischige ausgewässete Rälhen höchsten Schlachtwerths — M., 2. vollfleischige ausgewässete Rälhe höchsten Schlachtwerths bis zu 7 Jahren 30 M., 3. ältere ausgewässete Rälhe und wenig gut entwickelte Rälhe und Rälhen 26—29 M., 4. mäsig genährte Rälhe und Rälhen 23—25 M., 5. gering genährte Rälhe u. Rälhen 20—21 M. — Rälher 89 Stück. 1. feinste Masthälber (Vollmilch-Mast) und beste Saughälber 46—47 M., 2. mittl. Mast-Rälher und gute Saughälber 40—44 M., 3. geringere Saughälber 35—38 M., 4. ältere gering genährte Rälher (Fresser) — M. — Schafe 121 Stück. 1. Mastlämmer und junge Mastlämmer — M., 2. ältere Mastlämmer 22 M., 3. mäsig genährte Lämmer und Schafe (Merzschafe) — M. — Schweine 837 Stück. 1. vollfleischige Schweine im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 36—37 M., 2. fleischige Schweine 34—35 M., 3. gering entwickelte Schweine, sowie Sauen und Eber 31—32 M. — Ziegen 3 Stück. Alles pro 100 Pfund lebend Gewicht. Beschäftigung: mittelmäßig.
Direction des Schlacht- und Viehhofes.

Schiffs-Liste

Neufahrwasser, 6. November. Wind: S.
Angekommen: Ernst (S.D.), Hane, Hamburg Güter — Telegraph (S.D.), Hollenau, Leer.
Gefegelt: Abele (S.D.), Herrmann, Abnigsberg, Güter.

Verantwortlicher Redacteur A. Klein in Danzig.
Druck und Verlag von S. C. Alexander in Danzig.

Hierzu eine Beilage.

Flügel, Pianinos, Harmoniums

„Schiedmayer, Pianofortefabrik“

vormals J. & P. Schiedmayer

Königlich Preussische, Württembergische, Englische, Italienische, Niederländische, Rumänische, Grossherzoglich Sachsen-Weimarische, Herzoglich Sachsen-Coburgische und Fürstlich Hohenzollernsche Hoflieferanten

STUTTGART.

35 Ehren-Diplome und Medaillen. Große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft. Ueber 30 000 Instrumente gefertigt.

Hans von Bülow. Der zum Concert gestellte Flügel hat mich sehr befriedigt.
Eduard Grieg. Vorzüglichste Leistungen dieser rühmlichst bekannten Fabrik.
Adolf Henselt. Hervorragend im Ton, ausgezeichnet genaue Spielart.
Franz Liszt. Die hervorragenden Eigenschaften mir seit lange rühmlichst bekannt.
F. Mascagni. Unübertrefflich und aussergewöhnlich.
Anton Rubinstein. Ihre Instrumente haben mir ausserordentlich gefallen.
C. Saint-Saëns. Ausgezeichnet, kräftig und gesangreich zugleich.
F. Hottel. Ihr Flügel war bei Parsifal-Interpretation vorzüglich.

Grösste Harmoniumfabrik des europäischen Continents.

Abtheilung für Orgel-Harmoniums

nach amerikanischem System (Gaugwind). Neu ist die Anbringung von Expression und Prolongement, welche im In- und Auslande gebräuchlich sind. (14183)

Alleinige Niederlage **Robert Bull**, Brodbänkengasse 36, I.

Beleuchtungs-Gegenstände

Petroleum-Hängelampen — Ständerlampen — Tischlampen — Wandlampen — Küchenlampen — Ampeln — Gartenlampen — Kronen für Kerzen — Wandleuchter — Armleuchter — Spielleuchter — Leseleuchter etc.

empfang ich in neuesten Ausführungen und besonders großer Auswahl. (14202)

Bernhard Liedtke, Langgasse 21, Ecke Postgasse.

Bekanntmachung.

In Hinblick auf den bevorstehenden Winter erinnern wir daran, daß es nach § 5 Absatz 3 des Regulativs vom 16. April 1887 über die Abgabe des Wassers aus der städtischen Wasserleitung Sache der Hauseigentümer ist, die an den Hausleitungen aufgestellten Wassermesser gegen die Einwirkung des Frostes zu schützen und daß die häufig nicht unerheblichen Reparaturen, welche durch Einfrieren an dem Wassermesser notwendig werden, dem Hauseigentümer zur Last fallen.
 Es empfiehlt sich daher, schleunigt die zur Sicherung der Wassermesser erforderlichen Schutzmassregeln zu treffen und namentlich in allen den Fällen, wo der Wassermesser frei im Keller steht, die Kellerthüren rechtzeitig zu schließen. (14219)

Danzig, den 4. November 1899.

Der Magistrat.

Kaufgesuch.

In der Nähe von Danzig eventl. zwischen Danzig und Dirschau luche ein Gut von 3-800 Morgen zu kaufen.
 Offerten unter A. 256 an die Expedition dieser Zeitung erbitten. (14215)

Vorläufige Anzeige!

Dem geehrten Publikum von Danzig und Umgegend erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß ich in meinem Hause Langgasse 30 (früher Café Becker) eine

Medicinal-, Drogen- u. Parfümerie-Handlung

eröffnen werde. (14213)

Danzig, d. 7. Nov. 1899.

hochachtungsvoll **Georg Porsch.**

Gegründet 1865.

Eiserne Oefen, Ofenvorsetzer, Kohlenkasten, Feuergeräte,
zu soliden Preisen.

Gottfried Mischke,
Eisenwaarenhandlung. (14053)
Heilige Geistgasse Nr. 135.

Gegründet 1865.

Zu Festlichkeiten

empfehlen wir:
 Tische, Stühle, Tischdecken, Garderobenhalter, decorirte Tafelservice, Alfenidestische, sämmtliche Glas- und Porzellan-gegenstände, sowie Beleuchtungsgegenstände zu billigen Preisen
Th. Kühl Nachfgr.,
 2. Str. Wohlberggasse 2. (13887)

Hansen-Oefen,

Cadé-Oefen,

Gienanth-Oefen,

Musgrave-Oefen

empfehlen (13379)

Heinrich Aris,

Danzig, Milchmannengasse 27.

Klavierunterricht.

Anna Kayser, Fleischer-gasse Nr. 67, 2. St., ausgebildet und geprüft am Leipziger Conservatorium.

Mechanische Spielwaaren.

Lehrreich und interessant für alle meine Waaren leiste ich volle Garantie.



- Dampfmaschine „Vulk.“ wie Zeichn. St. M 4.-
- Zwillingsmotor, schöne, kräftige Maschine. „ „ 14.-
- Dampf-Motorwagen, läuft 1/2 Stunde „ „ 1.50
- Broschke mit Federwerk, 1 Kutscher, 1 Pferd „ „ 2.-
- Dynamo-Motor, solid, kräftig, genug f. Modelle „ „ 3.80
- Chromsäure-Element, 1/2 Liter Inhalt „ „ 6.-
- Glühlicht-Apparat, mit Glühlampe „ „ 7.80
- Tauchbatterie, feine 2-fach „ „ 3.40
- Laterna magica, gute in Holzkasten „ „ 13.-
- Kinematograph, originell, sehr unterhalt. „ „ 10.-
- Megascop, interessant und unterhaltend „ „ 17.50
- Phonograph, lehrreich, gefällt Jedem „ „ etc. etc. etc. etc.

Der neue Katalog über mech. Spielwaaren, elektrische Apparate, optische Instrumente, Gold- u. Silberwaaren, Glas- u. Kunstguss-artikel, Lederwaaren, Haus-Artikel, Stahlwaaren, Werkzeuge, Waffen, Musikwerke, Laternen, Leuchter, Turnapparate, Cielometer, Phonographen etc. etc. etc. etc.

Mit hübscher Beilage gratis u. franco.

Weit-Versandhaus **Walter Kirberg**
Foche bei Solingen. (14162)

Sind Sie zufrieden

mit Ihren Glühstrümpfen? Leuchten sie schön? Halten sie ca. 2000 Brennstunden aus? Thun sie den Augen nicht weh? Sind sie recht fest? Dann bleiben Sie dabei! Andernfalls versuchen Sie die Hill'schen Patent-Strümpfe, welche zuerst von der englischen Auer-Gesellschaft als vervollkommnete Glühkörper eingeführt, seitdem von anderen Auer-Gesellschaften aufgenommen wurden und in England den alten Auer-Strumpf in kurzer Zeit beinahe verdrängt haben. — Im Gebrauch die billigsten, weil bei weitem haltbarsten, Patentinhaber und alleinige Fabrikanten **Henry Hill & Co., Limited**, Berlin SW., Alexandrinenstr. 105/106. (13888)

Zum Besten

des Krieger-Denkmal-Fonds

feiert der **Danziger Angler-Club**
am 18. Novbr. 1899

in Café Behrs, Olivaerthor, ein

Winterfest
bestehend aus **Concert, Aufführungen** und nachfolgendem **Ball**,

wozu alle Freunde des Clubs sowie alle die dies patriotische Unternehmen unterstützen wollen, hiermit eingeladen werden.
 Anfang 8 Uhr Abends, Billets à 1 Mark sind in der Conditorei des Herrn Brunius Nachfgr., G. Braun, Cangermarkt, in den Cigarrengeschäften des Herrn Joh. Wiens Nachfgr., 2. Damm und Holzmarkt, sowie bei Herrn Voske, Steindamm Nr. 2, zu haben. (6836)

Der Vorstand.

Hierdurch mache ich einem verehrlichen Publikum die ergebene Anzeige, daß ich das von meinem verstorbenen Manne unter der Firma **A. Reiss** am hiesigen Platze seit 35 Jahren geführte

Friseur-Geschäft

an Herrn **Julius Stawikowski** käuflich überlassen habe. Indem ich bitte, das meinem verstorbenen Manne während der vielen Jahre in so reichem Maße erwiesene Vertrauen auch auf den Nachfolger übertragen zu wollen, zeichne hochachtungsvoll

Danzig, im Oktober 1899.

Auguste Reiss Wwe.
in Firma **A. Reiss.**

Allen werthen Kunden und Geschäftsfreunden der Firma **A. Reiss** mache hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich das seit vielen Jahren am hiesigen Ort bestehende

Friseur-Geschäft

Gr. Krämergasse 10

von der Wittve des verstorbenen bisherigen Inhabers käuflich übernommen habe und daselbe in unveränderter Weise unter der bisherigen Firma weiterführen werde. Durch meine Thätigkeit in nur ersten Geschäften bin ich in der Lage, den höchsten Anforderungen meiner werthen Kundschaft gerecht zu werden, gleichzeitig bittend, daß der alten Firma bis dahin in so reichem Maße geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen und zeichne hochachtungsvoll

Julius Stawikowski
in Firma **A. Reiss.**

Mein diesjähriger

Ausverkauf

beginnt am

Donnerstag, den 9. Novbr. cr.,
und stelle ich zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Reste u. einzelne Wäschestücke
aus allen Abtheilungen meines Lagers zum Verkauf.
Als besonders preiswerth empfehle ich einen größeren Posten

Cravatten.

Außerdem verkaufe ich

Corsetts

wegen Aufgabe des Artikels zu Jedem annehmbaren Preise.

Otto Kraftmeier.

Alttestes Spezial-Wäsche- und Aussteuer-Geschäft am Platze.

Langgasse 59.

(14182)

Pianinos,

beste eigene Fabrikate, von M. 500 an, in ganzer Eisenkonstruktion, 5 Sprossen, sowie vorzügliche Salon-Flügel von M. 950 an, in allen Holzarten, 10 Jahre Garantie. Theilzahlungen empfiehlt die einzig mit nur Ersten Preisen goldenen und silbernen Medaillen auf allen besuchten Ausstellungen prämiirte

Pianofortefabrik von **Max Lipczinsky,**

7 Jopengasse 7. (13577)
Blüthners Pianos und Flügel.
Ehrende Anerkennungsdiplome von bekannten Rünftlern über die Vortüchtigkeit der Pianos und Flügel liegen zur Einsicht 4 Mal prämiirt.
Deutsches Reichspatent Nr. 100652.
Neue beste Piano-Mechanik.
D. R. G. Nr. 90926. — Klaviaturstellschrauben.

empfehlen sich:

Für Rademanns Mandelbrot
nach Prof. von Noorden, dirig. Arzt am städt. Krankenhaus Frankfurt a. M.

Dasselbe ist völlig zucker- und mehlfrei per Stück 1.20.
Rademanns Diabetiker-Brot . . . per Stück 0.60.
Rademanns Diabetiker-Stangen per Dose 3.25 und 6.00.
Rademanns Diabetiker-See, völlig zuckerfrei und wohlschmeckend, per 1/2 Flöschle 6.50, per 1/2 Flöschle 4.00

Rademanns Nahrungsmittelfabrik,

G. m. b. H., Frankfurt a. Main.

Zu beziehen durch die Hauptniederlage: **Dr. Schuster & Köhler in Danzig.**
Detail-Niederlagen werden gesucht.



Vertreter: **Bruno Kalinski**, Jopengasse 10. (12444)

Kaiser-Café Passage, Café I. Ranges.

Täglich: **Großes Concert** (14003)
der berühmten Orig. Zigeuner-Kapelle **Palay Bertalan.**

Anfang Wochentags 1/8 Uhr Abends, Sonntags 4 Uhr Nachmittag.

Bürger-Schützenhaus

Halbe Allee.

— Jeden Mittwoch: — **Kaffee-Concert**

ausgeführt von Mitgliedern der Kapelle des Fuhrartillerie-Regiments von Hindersin (Pomm.) Nr. 2.
Entree frei, wozu ergebenst einlabet (14218)

P. Bahl.

Sommerproffen, Flecken, verunreinigen immer. Benützen Sie doch **Ruhn's Creme-Bional M. 1.30** und **Bional-Seife (50 u. 80) v. 1.10.** Ruhn, Kronenpark, Rürnberg. Hier: E. Selke, Friseur, 3. Damm 13.

Polyphon

Selbstspielende Musikwerke, zum Preise von 20 Mk. aufwärts liefern gegen Monatsraten von 3 Mk. an. 6 Monate Garantie. Kataloge gratis.
Bial, Freund & Co. Breslau.

Patent-Soda

findet in Folge ihrer Güte immer größere Verwendung. Verkauftlich in den meisten Colonial-Waaren-Geschäften.
Preis pro 3 Pf. 20 Pf.

Sprotten,

a 1/2 50 S. ferner **Räucheraal, Räucherlachs, Weichsel-Neunaugen, Caviar, Gardellen ic.** Versand nach auswärts prompt. **Ed. Müller**, Metzgergasse Nr. 17. Seefischhandl. u. Verlandgeschäft. Sämtliche Tafelfische täglich frisch vom Fang lieferbar.

Jagdstöcke,

eigenes Fabrikat, von Förkern und Jagdliebhabern als bester Stock anerkannt, empfiehlt billigst **Felix Gepp**, Brodbänkeng. 49. (6881)

Lohnender Erwerb

für Jedermann, auch mit wenig Mittel, durch Fabrikation leicht veräußl., tägl. Gebrauchsartikels. Viele Anerk. Katalog gratis durch den Verlag, **Der Erwerb**, Danzig. **Heirat!** i. Dame m. gr. Verm. wüßig bald. Heirat. Off. erb. 9. M. Berlin, Post 9.

Versammlung westpreussischer Liberalen.

Graudenz, 6. Nov.

Die gestrige Versammlung der Liberalen Westpreußens in Graudenz erfreute sich eines zahlreichen Besuchs, 300 bis 400 Personen. Die Sonne blühte freundlich auf diese Versammlung herab und half gewiß manchen Liberalen aus der Umgegend herbeigelockt. Von bekannten Persönlichkeiten waren erschienen: die Abgeordneten Richter, Ehlers und Schahnason aus Danzig, Grafmann und Ritter aus Thorn, Abg. Sieg, Gutsbesitzer Plehn-Gruppe u. a. Herr Rechtsanwalt Buch-Graudenz eröffnete die Versammlung gegen 1 1/2 Uhr mit folgender Ansprache:

Unsere Zeit ist zu gemessen, als daß ich Ihnen in längeren Ausführungen die Gründe für unser Zusammenkommen darlegen könnte. Die Berechtigung der Versammlung nachweisen für diejenigen, welche in Thorn gewesen sind, wäre überflüssig. Für diejenigen, welche dort nicht gewesen sind, wird die Berechtigung heute erwiesen werden. Der Widerspruch, welchen die Veranstaltung der Thorer Versammlung noch gefunden hat, ist diesmal nicht so heftig gewesen. Wir freuen uns darüber. Zwei Momente sind auch gegen die heutige Versammlung ins Feld geführt worden, die ich kurz berühren möchte. Es ist gesagt worden, die Versammlung sei überflüssig geworden, nachdem ein neues Project über eine Flottenvorlage angekündigt worden ist. Hierauf ist zu erwidern, daß von dem neuen Flottenplan noch nichts bekannt war, als die Versammlung veranstaltet wurde. Wir hätten allenfalls unsere Gedanken darüber austauschen können, wie weit man bereit ist, unsere Wehrmacht zur See zu stärken. Ein zweites Moment gegen die Versammlung wurde von der „Neuzeit“ angeführt. Die Versammlung habe keine Berechtigung, wenn sie nur den Zweck hätte, Unzufriedenheit zu erregen. Das schreibt die „Neuzeit“, nachdem in unserer Gegend Tag für Tag Versammlungen des Bundes der Landwirthe veranstaltet sind. Ich habe so meine Zweifel darüber, welche Versammlungen den Zweck haben, nur Unzufriedenheit zu erregen. Den Beifall der „Neuzeit“ werden und wollen wir uns nicht erwerben, aber für das Wohl des Vaterlandes wollen wir wirken. (Beifall.)

In das Bureau wurden nun gewählt die Herren Rechtsanwalt Buch-Graudenz, Stadtrat Ritter-Thorn, Geheimrer Commerzienrath Sibione-Danzig, Rittergutsbesitzer Plehn-Gruppe, Gutsbesitzer Wiens-Warnau, Rechtsanwalt Keruth-Danzig.

Der erste Verhandlungsgegenstand war die Kanalvorlage, über welche die Herren Bankdirector Strohmann-Graudenz und Fabrikdirector Benkht-Graudenz referirten.

Director Strohmann-Graudenz: Als am 19. August d. J. das Haus der Abgeordneten auch in dritter Lesung die Kanalvorlage abgelehnt hatte, da ging ein Sturm der Entrüstung durch das preussische, ja ganze deutsche Volk. Ein Culturwerk von eminentester, wirtschaftlicher Bedeutung war an dem Widerstande der Majorität der preussischen Volksvertretung gescheitert. Und weshalb mußte dieses herorrauende Project, dessen historische Entwicklung bis in den Anfang unseres Jahrhunderts zurückreicht — bekanntlich irug sich Napoleon I. im Jahre 1811 schon mit dem Plane, den Rhein, die Weser und die Elbe durch eine Wasserstraße zu verbinden — und welches wenigstens theilweise fertiggestellt in den Jahren 1817 bis 1824 von Sachverständigen und in den Parlamenten eifrig untersucht und erörtert worden war, weshalb mußte dieses Project noch an der Wende unseres an wirtschaftlicher Entwicklung doch so reichen Jahrhunderts vorläufig zusammenfallen? Weil scheinbar Interessengegenstände vorhanden sind. Meine Herren, ich bedauere es, daß derartige Anschauungen unserer politischen Himmel bewölken und den Blick weiter Kreise unserer Bevölkerung zu verfinstern vermögen. Ich bedauere es, daß das preussische, das deutsche Volk trotz seiner geistigen Potenz in wirtschaftlichen Fragen immer und immer wieder vom Standpunkte der Solidarität und des gegenseitigen Wohlwollens abweicht. Sie werden mir zugeben, daß das Concert, in welchem die Kanalvorlage gespielt worden ist, jeder Harmonie bar war; wenn es aber trotzdem dazu beitrug, die Aufmerksamkeit und das Interesse des concurrenzen Auslands zu erwecken, so mag Ihnen das Beweis dafür sein, wie sehr das unerwartete „Veto“ unseres Parlamentes dazu beitragen mußte, das Ansehen und die Erfolge, welche unser rascher Fleiß und unsere Intelligenz in den letzten Decennien errungen haben, in den Augen unserer wirtschaftlichen Concurrenten zu verkleinern. Um diese Scharte, welche wir uns momentan zugezogen haben, wieder auszuweihen, um zu zeigen, daß wir noch nichts von unserer vorwärtsgehenden Initiative eingebüßt haben, müssen wir aufklärend documentiren, daß die großangelegte, wissenschaftliche Communications-Politik unseres Königs und Kaisers durchaus die Zustimmung des Gros des preussischen Volkes findet, daß dieses durchaus der Anschauung huldigt, daß neben unserem Eisenbahnsystem eine weite Ausdehnung der Wasserwege unbedingt erforderlich ist, um den von Jahr zu Jahr in enormem Maße wachsenden Verkehr zu bewältigen und hierdurch unserer wirtschaftlichen Weiterentwicklung das Rückgrat zu stärken. Ich kann mich in eine genaue Beschreibung des projectirten Rhein-Elbe-Kanals natürlich nicht verlieren und will auch nach Möglichkeit vermeiden, die geringe Delt, welche mir heute für meine

Ausführungen zur Verfügung steht, mit zu vielen Details hinsichtlich der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Wasserweges auszufüllen.

Meine Herren, unteruchen wir doch die sogenannten Nachteile, welche weiten Gebieten unseres Vaterlandes durch den Bau des Mittellandkanals erwachsen sollen. Sie sind in Wirklichkeit garnicht vorhanden, oder doch nur ganz partiell in so geringem Maße, daß sie vor den immensen Vorteilen, welche dem Gesamtinteresse aus dieser groß angelegten Verkehrsprojekte erwachsen müssen, unbedingt zurückzutreten haben. Gegen die Kanalvorlage sind außer den grundsätzlichen Gegnern der Wasserstraßen namentlich Interessenten an der unteren Elbe, im ober-schlesischen Industriebezirk und die östliche Landwirtschaft. Für das gesammte Erwerbsleben aber — und das wird auch von den Gegnern nicht bestritten — wird der Rhein-Elbekanal durchaus vortheilhaft sein und jährlich erhebliche, nach Millionen zählende Frachtpartien gewähren. Deutschland leidet unter dem großen, nicht zu verkennenden Uebelstande, daß seine Productions-, Verarbeitungs- und Consumstufen in der Regel weit von einander getrennt liegen, während z. B. Belgien und England von dieser Misere in vielen Fällen nicht betroffen sind. Hier soll der Kanal helfend eingreifen. Damit die Rohproducte zwischen den westlichen und östlichen preussischen Provinzen besser, leichter und vortheilhafter ausgetauscht werden können, damit der östliche Landwirth zum Beispiel seine Producte dem völkereichen Westen der Monarchie auf billigerem Wege als bisher zuführen und dagegen seinen Bedarf an Kohlen, Coaks, Düngemitteln u. s. w. in ebensojcher Weise einzulösen vermag, damit unserm Osten Gelegenheit gegeben werden kann, seine Industrie durch bequemen und günstigen Bezug von Eisen und Kohlen auch auf Gebiete zu führen, welche von diesen kostbaren Rohmaterialien wesentlich abhängig sind, damit seine überschüssigen Hüter, seine Holzwaaren, seine Kalke, sein Zucker, seine Melasse, seine Kaffeebohnen als Gegenwerth für die Bezüge nach dem Westen abgeben können, deshalb soll dieses große Bindeglied zwischen dem Osten und Westen der Monarchie geschaffen, deshalb ein directer Wasserweg von der Weichsel bis zum Rhein hergestellt werden. Nun behaupten die Hauptgegner des Kanals, die Vertreter der östlichen Landwirtschaft — in den Reihen der anderen vorhin erwähnten Kanalseinde vollzieht sich schon eine merkwürdige Veränderung der Anschauungen —, daß durch dieses Culturwerk der östlichen Landwirtschaft kein Vortheil, sondern nur ein immenser Schaden entstünde; erstens würde die ausländische Concurrenz bedeutend gehoben und zweitens träte eine weitere Verschärfung des Arbeitermangels auf dem Lande ein.

Meine Herren, auch ich habe ein Herz für unsere Landwirtschaft, welche fraglos die Quelle physischer Kraft für unseren ganzen Volkshörper bedeutet und deren Angehörige mit Gut und Blut an der Vertheilung unseres Vaterlandes allezeit hervorragenden Antheil genommen haben. Aber gerade, weil ich den Kanal für die östliche Landwirtschaft ebenso segensreich halte, wie für die anderen Glieder unseres großen wirtschaftlichen Organismus, weil ich nicht glaube, daß das neue pulsirende Leben, welches der Kanal dem Gesamtorganismus zuführen soll, einem einzelnen Gliede desselben vorenthalten bleiben könnte, deshalb vermag ich auch den Gegnern höchstens eine ganz secundäre Bedeutung beizumessen. Die ausländische Concurrenz soll gegen die östliche Landwirtschaft besonders gestärkt werden! Aus den vielen Zahlen, welche zu Gunsten des Mittellandkanals zusammengestellt worden sind, greife ich nur einige heraus, um diese Behauptung zu widerlegen. Die Frachtermäßigung für ausländisches Getreide durch den Dortmund-Rhein-Kanal beträgt noch nicht 1 Mk. pro Tonne oder nur 5 Pfennig für den Centner, durch die Weserkanalisierung 3.50 Mk. für die Tonne oder 17 1/2 Pfennig für den Centner. Selbst diese Begünstigung des ausländischen Getreides erscheint unerheblich gegen den Getreide Zoll von 35 Mk. pro Tonne. Die Frachtermäßigung für inländisches Getreide wird von Bromberg bis Herne über den Mittellandkanal aber 25 Mk. für die Tonne betragen.

Die Weizen- und Roggenausfuhr ist seit 1895 erheblich gestiegen, es muß daher der Landwirtschaft daran liegen, für diese Cerealien einen weiteren billigeren Absatzweg zu erhalten. Der Verbrauch von Düngemitteln hat sich in den letzten zehn Jahren um das 2 1/2 fache gehoben, folglich muß der östlichen Landwirtschaft daran liegen, hierfür eine billigere Anfahrstraße zu erlangen.

Der Zuckerconsum im Inlande nimmt von Tag zu Tag zu und speciell hierbei mögen die Herren Landwirthe an die Zukunft denken. Wie mir von Kennern der Zuckerindustrie gesagt wird, ist man in weiten Kreisen und meines Erachtens nach mit Recht der Annahme, daß die cubanische Concurrenz, welche im Laufe der Jahre doch fraglos an uns heranrücken dürfte, zuerst unsere westlichen Zuckerfabriken und diejenigen Mitteldeutschlands über den Haufen fegen wird, weil die westlichen und mittel-deutschen Zuckerindustrien mit einem bedeutend höheren Anlagekapital für den rübenbauenden Boden zu rechnen haben, als die Zuckerindustrie des Ostens. Dort sind in dem Morgen Land 1200—1500 Mk. und theilweise noch mehr investirt, während hier für den Morgen nur 150—300 Mk. in Anschlag gebracht werden können. Wenn auch Differenzen in der Ertragsfähigkeit und noch manche andere Factoren dieses Verhältnis zu ver-schieben geeignet sind, so bleibt eine große Spannung doch bestehen. Und daß dann, wenn auch der Ruin der westlichen und mittel-deutschen Zuckerindustrie sich verzögern müßte, nach Eintritt dieser Misere für die östliche Zuckerindustrie der Augenblick gekommen sein muß, sich dem inneren Consummarkt auch in

diesen Landesgebieten zu erobern, liegt auf der Hand. Dann, meine Herren, wird es die östliche Landwirtschaft erst empfinden, von welchem Segen der so viel geschmähte Kanal sein wird. Mögen die Herren Landwirthe ferner nicht außer Acht lassen, daß sich immer mehr Signale für ein aussichtsreiches Exploiren unseres östlichen Erdreiches erkennen lassen. Kalk aller Art, Torf, Thonerde, zur Fabrikation von Glas und Steingut geeignet, alles Producte, außer dem bereits erwähnten Holz, für welche dem Osten eine billige Abfahrstraße erwünscht sein muß. Diese sich nicht ferner für die Landwirtschaft eine bessere Verwerthung überschüssiger Strohbestände durch eine vortheilhaftere Communication mit dem Westen erzielen und könnte die letztere nicht auch auf den Fleischabsatz und somit auf die Viehzucht des Ostens fördernd einwirken? Es giebt noch viele ähnliche solche Beispiele, deren Detailirung jedoch hier zu weit führen würde. Auch die Ceulenoth, hinsichtlich welcher in wieserher Gestalt Vorstellungen gegen das Kanalproject erhoben werden, ist noch zu erörtern. Die Behauptung, daß schon der Bau des Kanals der Landwirtschaft weitere Arbeitskräfte entziehen würde, ist leicht zu widerlegen, da der Bau unserer schon bestehenden Kanäle z. B. des Kaiser Wilhelm-Kanals gezeigt hat, daß für derartige schwere Arbeiten unsere Landarbeiter nicht gewonnen werden konnten, vielmehr ausländisches Arbeitermaterial herangezogen werden mußte, welches sogar zeitweilig ausspannte, um sich bei leichter Landarbeit zu erholen und somit zeitweilig der Landwirtschaft sogar Succurs brachte. Ferner glaube ich, daß die Ceulenoth sich sogar vermindern wird, wenn durch die Entwicklung unserer östlichen Industrien und Gewerbe, zu deren Förderung der Kanal ja fraglos in hohem Maße beitragen muß, intelligente Familienväter mehr als bisher Gelegenheit erhalten, ihre Fähigkeiten in der Heimath angemessen zu verwerthen. Es wird mir hierauf erwidert werden, daß ja dann gerade der Landwirtschaft immer mehr Arbeiter und zwar die besten entzogen werden müßten. Nein, dem ist nicht so; heute wendet eben der Familienvater mit seiner ganzen Familie nach dem Westen, unbeschadet, ob unter seinen, fagen wir fünf Söhnen, vielleicht zwei oder drei garnicht für jubilere Arbeiten geeignet sind; diese werden somit ebenfalls der Landwirtschaft entzogen, während im anderen Falle, wenn der Vater hier oben, wie ich erwähnte, eine seinen Fähigkeiten angemessene Beschäftigung finden würde, eben diese zwei bis drei Arbeitskräfte der Landwirtschaft erhalten blieben; und glauben Sie denn nicht, daß auch ein großer Theil der in den westlichen Bergwerken beschäftigten Leute Heimweh hat und dem Zug nach der Heimath nur nicht folgen kann, weil die Rückkehr zu viele Kosten verursachen würde? Auch für dieses Moment kann der Kanal mit seinem regen Schiffsverkehr manchem von Heimweh Ergriffenen Gelegenheit bieten, kostenlos zurückzuwandern, oder besser gesagt, zurückzuschwimmen zur heimathlichen Scholle.

Ich wende mich nach dieser Abweisung noch einem Punkte zu, welcher für uns Bewohner des Ostens der Monarchie den Bau des Mittellandkanals als besonders wünschenswerth erscheinen lassen muß. Denken Sie, meine Herren, an die Erstgattung Afriens; wenn die ungeheueren Massen der Erzeugnisse dieses Erdtheiles sich einst in Bewegung setzen werden, dann muß die große Frage uns beschäftigen, können wir für diese Erzeugnisse, soweit sie von Rußland nicht absorbiert zu werden vermögen, Commissionsstraße werden? oder sollen dieselben, wie es z. B. früher mit dem Thee geschah, das Meer zum Weiterwandern benutzen? Das scheint ja wie optimistisch componierte Zukunftsmusik zu klingen, aber ich meine, daß wir eine ephemere Politik überhaupt nicht treiben dürfen und deshalb auch solche weitaussehenden Entwicklungsverhältnisse in den Kreis unserer Berechnungen ziehen und ihnen entgegensehen müssen. Welcher Tummelplatz asiatischer Producte und Waaren aller Art könnte unser Osten werden, wenn er alsdann in der Lage wäre, die Weiterbeförderung für diese Erzeugnisse zu übernehmen. Dann würde der eine Kanal garnicht ausreichen, sondern noch ein zweiter, von Schlesien ausgehend und vielleicht in Baiern endend, würde erforderlich sein. Ja, meine Herren, ich glaube, daß dieser erste große Kanal überhaupt nur den großen Anfang für eine große Communicationspolitik bedeuten wird, in welcher unsere Wasserstraßen sich würdig den Eisenbahnen zur Seite stellen dürfen und welche die Herren Kanalgegner in absehbarer Zeit schon vor die Frage stellen wird, ob sie so viele nur durch den Kanalverkehr notwendig werdende Eisenbahnen bewilligen wollen, wie sie jetzt an Stelle des Kanals bewilligen möchten. Diese Begleiterscheinung, diese Nothwendigkeit wird sich herausstellen, denn neue Wasserstraßen schaffen auch neuen Verkehr, welchen sie allein nicht zu bewältigen vermögen. Ein glänzendes Beispiel hierfür bietet der Rhein, welcher auf beiden Seiten von wenigstens zwei Eisenbahnen begleitet wird, deren Ertragnisse trotz der Wasserstraßenconcurrentz glänzende sind. Hiermit wende ich mich noch der Rentabilität zu, ein Wort, welches von den Kanalgegnern durchaus mit dem negativen Mantel umhüllt worden ist. Erstens sollten wir froh sein, daß endlich einmal eine Verkehrsstraße geschaffen werden soll, bei welcher der Staat der Allgemeinheit die Rente von vornherein zur Verfügung stellen will, anstatt sie erst selbst einzuziehen und von den zu erhebenden Steuern in Abzug zu bringen, und zweitens stimmt die negative Berechnung der Rentabilität noch garnicht einmal mit den Thatsachen überein. Der Kanal wird die Baukosten voraussichtlich verzinsen und auch tilgen. Der Ausfall der Eisenbahnen wird im Anfang ja bedeutend erscheinen, ich glaube, er ist auf 30- bis 40 000 000 Mk. veranschlagt worden,

jedoch dürfte er dem Fiscus garnicht fühlbar werden, da die Weiterentwicklung des Verkehrs den Eisenbahnen so wie so stetig wachsende Ertragnisse bringen muß, und auch der neue, von dem Kanal zu wachende Verkehr diesen Ausfall bald ausgleichen dürfte. Außerdem zeigen die Kanäle anderer Länder ziemlich allgemein eine hohe Verzinsung der Anlagekapitalien, ich weise hin auf den Erie-Kanal, welcher das Anlagekapital schon mehrere Male herausgewirtschaftet hat, auf die belgischen Kanäle, bei denen ähnliche Resultate vorliegen, auf die schwedischen Kanäle, deren Rente zwischen 2. 13 und 33 Proc. schwankt, und auf die Kanäle Englands, von denen z. B. der Oxford-Kanal 26 Proc., der Coventry-Kanal 25 Proc. und der Trent and Mersey-Kanal sogar 30 Proc. Verzinsung erbringen. Das sind Zahlen, welche auch uns erhoffen lassen dürfen, daß unser gewaltig anwachsender Verkehr dem Mittellandkanal wenigstens eine angemessene Renten-Ertrügnung gestatten wird. Was wollen aber alle diese Erwägungen bedeuten gegen die ungeheure Frachtpartien, welche unserem Rationalvermögen und insbesondere gerade den Rohproducten, den Consumartikeln durch die projectirte Groß-Wasserstraße zu gute kommen wird. Man schätzt dieselbe bei vorsichtiger Bemessung schon im ersten Betriebsjahre auf 11 300 000 Mark und im elften Betriebsjahre sogar schon auf 55 000 000 Mark. Und hierzu treten noch die immensen indirecten Vortheile, welche der Kanal uns bringen muß; ein Schlußfolgerndes des Ostens und Westens wird auch die verschiedenartigen Fähigkeiten der verschiedenen Klassen mit einander und neue Intelligenzen zu neuer Thätigkeit anregen lassen; der Kanal wird dazu beitragen, daß in der Bevölkerungsbeziehung ein allmählicher Ausgleich stattfindet, er wird den Gewerbetreibenden in Stand setzen, durch billigeren Bezug der Rohproducte seine Fabrikate immer mehr zu veredeln und somit gewinnbringender zu machen, er wird ein Culturwerk werden, um welches uns das gesammte Ausland beneiden muß, er wird das Ausland erkennen lassen, daß deutsche Intelligenz und Initiative noch auf der Höhe der Zeit und bereit sind, in demselben Maße an dem Ausbau unseres Vaterlandes weiter zu arbeiten, wie in den vergangenen 50 Jahren. Und damit dieses großartige Werk zum Segen des preussischen und ganzen deutschen Volkes zu Stande komme, so rufen wir diesem zu: Sorgt dafür, daß die Meinung eurer Vertreter im preussischen Parlament sich dem Projecte zuneige, damit die neue in der kommenden Parlamentsession einzubringende Vorlage nicht das Schicksal der ersten erfahre. (Lebhafte Beifall.)

Fabrikdirector Benkht-Graudenz (als Correspondent): Die kurze Zeit, welche uns hier zur Besprechung der Kanalvorlage zugemessen ist, gestattet es natürlich nicht, die ganze Materie erschöpfend zu behandeln. Was im allgemeinen über dieses Thema ausgeführt werden konnte, ist von meinem Herrn Vorredner in gedrängter Kürze, aber in so klarer Form zum Ausdruck gebracht worden, daß ich kaum noch etwas hinzuzufügen habe. Ich möchte daher nur noch auf einiges Zahlenmaterial und die sogenannten Compensationsforderungen etwas näher eingehen. Es ist wohl eine unbestrittene Thatsache, eine Erscheinung, die wir täglich wahrzunehmen vermögen, daß jede gemeinnützige Einrichtung für einzelne mehr oder weniger wichtige Erwerbszweige auch ihre Noththeile mit sich bringt. Wenn z. B. durch irgend eine Gegend eine Chauffee durchgeführt wird und es bleibt dadurch ein an der Landstraße gelegener Krug abseits jener Chauffee liegen, so ist ja das allerdings für den Besitzer dieses Kruges sehr hart. Aber man wird doch diesem Krüger zu Liebe nicht etwa den Bau der Chauffee verhindern wollen. Das hieße alle die Führerbesitzer und sonstigen Interessenten dazu verurtheilen, für alle Seiten den beschwerlichen Umweg auf schlechtem Landwege zu machen, bloß damit dem Krug die Frequenz erhalten bleibt. Den Posthaltern, ja vielleicht sogar den Postkutschen zu Liebe, die zu jener unglücklichen Zeit, als wir noch mit Postkutschen durch das Land reisten, ihre wohlverdienten Erträge hatten, konnte man es doch nicht unterlassen, Eisenbahnen zu bauen. Mit der Erfindung des Dampfschiffes waren die Segelschiffe theilweise dem Untergange geweiht. Man konnte doch aber unmöglich die Benutzung der Dampfschiffe verbieten, nur um den Segelschiffen ihre bis dahin ebenfalls sehr beachtliche Erträge zu sichern. So könnte man noch hunderte von Beispielen anführen, welche den alten Satz darthun. Es ist das Loos des Schwäbischen, daß er im Kampfe ums Dasein unterliegen muß. Soweit sich ein solcher Kampf ums Dasein aber im Wirtschaftsleben eines Volkes abspielt, ist es Aufgabe des Staates, daß er das freie Spiel der Kräfte zwar nicht eindämmt, aber doch berath regelt, daß der Uebergang von einer Wirtschaftsform zu der anderen sich so allmählich vollzieht, daß den Betroffenen inwischen andere Ertragsbedingungen erschlossen werden. In der Regel vollziehen sich denn aber auch derartige Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiet schon durch die Nothwendigkeit sehr allmählich. Es konnten nicht mit einmal alle Eisenbahnen gebaut und so alle Postkutsche brodiös werden. Es war dem Nachwuchs der Postkutsche Gelegenheit gegeben, sich für den Eisenbahndienst vorzubereiten und in diesen einzutreten. Jedenfalls werden heute im Eisenbahndienst mehr Leute und zu besseren Bedingungen beschäftigt, als früher im Postkuchendienst. Die Räder und Capitäne jener alter Segelschiffe haben wahrscheinlich ob der Erfindung des Dampfschiffes sehr gemindert, weil durch dieses Aufstrebens ihre Lebensbedingungen zu Grunde gerichtet wurden. Ihr Nachwuchs läßt heute die mächtigen Dampfer durch die Meere ziehen und führt sich, das ist zweifellos, jedenfalls wohler dabei. Die wenigen Beispiele von Umwälzungen auf wirtschaftlichem Gebiet, welche ich hier gewählt, beziehen sich auf die Entwick-

lung unseres Verkehrs, weil doch das, was wir heute befehlen, das Project des viel umstrittenen Kanals, auch ein Verkehrsmittel, und zwar von ganz eminenter Bedeutung ist, wie es der Herr Vorredner bereits ausgeführt und wie ich es noch mit einigen Zahlen belegen will.

Meine Herren! Es mag ja wie eine Uebertreibung klingen, wenn ich hier die Behauptung voraussetze: In einzelnen Verkehrsweisen, speciell im Transport von Eisenbahntransport, verhält sich der Wassertransport zum Eisenbahntransport, wie der letztere zum Fuhrwerkverkehr, d. h. ich meine damit natürlich nicht die Schnelligkeit der Beförderung, sondern soll dieses Verhältnis lediglich den Nutzen andeuten, welcher der Gesamtheit aus dem in Rede stehenden Verkehrsmittel erwächst. Ich werde diese Behauptung zu beweisen versuchen. Erfahrungsgemäß kostet die Beförderung auf Kanälen schon incl. der Kanalabgaben im Durchschnitt etwa ein Drittel bis die Hälfte der Eisenbahnfrachtkosten. Für den Mittelkanal ergibt sich dieses Verhältnis wie folgt:

	Güterklasse			
	I.	II.	III.	Kohlen
Für den Mittelkanal	1,7	1,45	1,2	1,0
Für Eisenbahnfracht	4,5	3,5	2,6	1,5
Also im Verhältnis wie circa	1:3	1:2,4	1:2,2	1:1,5

Welch eine enorme Summe an Nationalvermögen würde da nur durch Erparung an Frachten gewonnen werden. Genaue Ermittlungen, welche auf Grund der gegenwärtigen Ausführung aus dem vom Kanal durchschnittenen Gebiet angestellt sind, haben ergeben, daß die Einnahmen aus den Kanalgebühren rund 13 326 000 M. betragen würden. Es würde hierdurch das Anlagekapital von 261 Millionen Mark mit rund 5,1 Proc. verzinst werden. Die fortwährende Steigerung der Ausfuhr aus den in Rede stehenden Gebieten läßt aber alsbald eine sehr viel höhere Rentabilität erwarten. Man bedenke, daß z. B. der Schiffverkehr auf dem Rhein vom Jahre 1875 bis 1895 auf das dreieinhalbfache gewachsen ist und zwar von 882 Millionen Tonnenkilometer im Jahre 1875 auf 1587 Millionen Tonnenkilometer im Jahre 1885 und auf 3030 Millionen Tonnenkilometer im Jahre 1895. Sehen wir nun aber von der Rentabilität des Kanals, von seiner Eigenhaft als Einnahmequelle für den Staat gänzlich ab und ziehen nur die Gewinnung vom Nationalvermögen in Betracht. Es ist von den Kanalgegnern angeführt worden, daß die Eisenbahnen durch die Erbauung des Kanals etwa 53 Millionen Mark weniger an Einnahmen hätten. Nun, durch nichts konnte die Nützlichkeit des Kanals besser bewiesen werden, als durch diese Behauptung: Wenn die Eisenbahnen wirklich 53 Millionen Mark an Einnahmen verlieren würden, so ist dadurch doch von selbst erwiesen, daß an Frachtkosten der beförderten Güter mehr als 53 Millionen Mark zu Gunsten des Nationalvermögens erspart werden müßten; denn wie ich vorhin nachgewiesen, befördert die Kanalschiffahrt die Güter weniger als halb so teuer, wie die Eisenbahn. Was wären nun aber in Wirklichkeit die 53 Millionen Verlust für die Eisenbahnen, wenn sie wirklich einträten? Nun, meine Herren, ich glaube diese Mindereinnahmen bedeuten überhaupt keinen Verlust; denn fast alle die Güter, die in den Kanalgebieten zur Verladung kommen, sind solche, die unter Tarifklasse III oder die Ausnahme-Tarife fallen, d. h. sie werden zu einem so geringen Frachtpreise befördert, daß wenn hierbei überhaupt noch ein Gewinn bleibt, dieser nur ganz minimal sein kann. Es wird keinem Eisenbahnbesitzer gelingen, durch die schwierigsten Rechnungen nachzuweisen, daß bei Beförderung dieser in Frage kommenden Güter dem Staate ein bedeutender Nutzen bleibt. Die weitere Folge aber, wenn wir die in dem Kanalgebiet belegenden bereits überlasteten Eisenbahnen von dem billigen Wassergüterverkehr, der nichts einbringt, entlasten, ist die, daß wir die Bahnen für den übrigen, sich gleichfalls rapide entwickelnden Verkehr frei bekommen und so in absehbarer Zeit nicht in die Lage versetzt werden, die Eisenbahnstrecken jener industriellen Gebiete weiter ausbauen zu müssen, wodurch wahrscheinlich im Laufe der Jahre mehr Millionen erspart werden, als der ganze Kanalaufbau verschlingt. Nun giebt es aber auch viele Kanalgegner, welche es zugeben, daß der Kanal wohl Nutzen bringen könnte, aber dieser Nutzen nur den westlichen Landes- theilen mit ihrer Großindustrie zu gute käme. Es gehören dazu keine großen volkswirtschaftlichen, sondern nur einige kaufmännische Kenntnisse, um einzusehen, daß eine derartige Behauptung ein Zugelächel ist. Der Preis einer Waare, die beliebig vermehrt werden kann, wie Bergwerks- und Hüttenproducte, wird bestimmt aus dem Erstellungs- resp. Marktpreis an der Erzeugungsstelle plus Transportkosten zu dem Verbrauchs- ort. Diesen Satz müßte eigentlich jeder Mensch wissen. Der Centner Kohle ist hier bei uns genau um die Fracht von Schlessen hierher theurer, wie er in Schlessen selbst ist. Der Centner Thomasmehl ist hier genau um die Fracht theurer, wie er an seiner Erzeugungs- stelle im Rhein- und Ruhrgebiet ist. Der Bauer, der hier in Westpreußen seine Pflugschar kauft, muß sie um die Fracht theurer bezahlen, wie der Bauer in Rheinland und Westfalen. Werden diese Frachten aber billiger, so ist es ganz naturgemäß, daß auch die betreffenden Waaren an den Verbrauchsstellen billiger werden müssen. Daß diese elementaren, wirtschaftlichen Grundzüge durchaus richtig sind, wird auch durch die Stellungnahme einzelner schlesischer Industrieller gegen den Kanal erwiesen. Mit Recht fürchten schlesische Montanwerke und Kohlenzechen die Concurrenz der gleichartigen rheinisch-westfälischen Betriebe. Zweifellos wird durch den Kanal die Grenze des Absatzgebietes dieser concurrenzfähigen Provinzen näher nach Schlessen gerückt. Was will das aber für den Nationalwohlstand sagen. Die Absatzgebiete der schlesischen Werke werden sich nur verschieben. Die Werke werden nach unseren besten Exportländern, nach dem westlichen Ausland und auch nach Desterreich immer noch leistungsfähiger bleiben, wie die rheinisch-westfälischen Werke. Aber auch selbst wenn wirklich momentan ein kleiner Nachtheil für die schlesischen Werke eintreten sollte, so kann der nur vorübergehend sein und muß in kurzer Zeit sich ausgleichen. Die Förderung von Kohlen und die Erzeugung von Montan- producten nimmt von Jahr zu Jahr in so erheblichem Maße zu, daß ein Rückgang dieser schlesischen Indu- strien schlimmsten Falls in einem weniger raschen Vor- wärtsschreiten sich ausdrücken könnte. Was aber in Deutschland gebraucht wird, muß erzeugt werden und das was Schlessen weniger producirt, muß naturgemäß im rheinisch-westfälischen Gebiet mehr hergestellt werden. Aber die armen Schlessen, könnte man da sagen, nun, das ist wirklich nicht so tragisch zu nehmen. Es ist nicht schlimmer, wie mit den Eingangs erwähnten Positionen mit den Rheidern und Schiffscapitänen der Segelschiffe. Denn erstens vollzieht sich ein solcher Prozeß nicht plötzlich und dann macht es auch für den Nationalwohlstand keinen Unterschied aus, ob das werdende Großkapital der Hütten-Industrie und Kohlen- zechen sein Arbeitsfeld in Schlessen oder im Ruhr- gebiet sucht.

Es kann dem Volke gleichgültig sein, ob die Kapitalisten sich Königs- und Caurahütter oder Bohmer Actien kaufen. Jedenfalls darf man aus solchen Rück- sichten nicht ein so großes gemeinnütziges Project zurückdrängen, dessen Ausführung dem gesammten Volke zum Vortheil gereicht und dem ganzen Vater- land eine große wirtschaftliche Kraft gewährt. Eben- so wenig sollte man bei diesem Unternehmen etwa auf die Rheiderei in Hamburg und Altona Rücksicht nehmen, die vielleicht fürchten, daß der Zuder aus der Provinz Sachsen und Hannover nicht mehr über diese Häfen, sondern über Rotterdam ausgeführt werden könnte. Immer dort, wo es billiger ist, das muß Grundfaß bleiben und wo diese Grundfaße zurück- gedrängt werden, heißt dies gewisse Erwerbsfände auf Kosten anderer privilegiren. Wenn nun aber die Interessenten, wie die oben erwähnten, sich gegen die

Kanalvorlage aussprechen, so kann man das begründlich finden, weil ihre Interessen unmittelbar davon betroffen werden. Unbegründlich bleibt es hingegen, wie die weitaus größte Zahl der ostdeutschen Landwirthe sich gegen die Kanalvorlage erklären konnten.

Wie der Herr Vorredner zutreffend ausführte, würden gerade die Landwirthe des Ostens mit den größten Nutzen von der Herstellung des Rhein-Elbe- Kanals haben. Namentlich wenn erst ein Anschluß an den Rhein-Elbe- und Pflauer Kanal, der Tellow-Kanal und der Großschiffahrtsweg Berlin-Stettin in östlicher Cinenführung mit Abzweigung zur Warthe gebaut und die nach den östlichen Provinzen führenden Wasser- straßen, die Warthe, die Nebe, der Bromberger Kanal und die Brahe, einen entsprechenden Ausbau er- fahren haben werden. Wie der Herr Referent sehr richtig ausführte, würden alsdann die Landwirthe des Ostens ihre überschüssigen Producte auf den Kanälen leicht nach dem consumirten Westen schaffen können, während sie die für ihren Betrieb nothwendigen Materialien, namentlich künstliche Düngemittel, eben- falls auf dem billigen Wasserwege beziehen könnten. Nach diesen Erörterungen kommen wir nun zu der Frage: Welche von den angeleglich geschädigten Inter- essengruppen hat nun ein Recht auf die vorgenannten Compensationen? Es wird, nächstens betrachtet, wenig dabei herauskommen. Lassen wir nun aber auch ein solches Compensationsrecht in einzelnen Fällen gelten, z. B. für die Provinz Schlessen die Regulirung der Oder, und sehen uns dagegen an, was sonst noch an Compensationen gefordert wurde. Nun, bescheiden war das Meiste nicht.

Ging doch ein Abgeordneter in einer Conferenz, welche in der Kanalfrage am 19. Juni in Berlin stattfand, so- weit, daß er erklärte, nur für den Kanal stimmen zu können, wenn auch die Eisenbahnen des Ostens zu denselben Tarifen wie die Kanalschiffer ihre Frachten befördern würden. Diese Forderung, welche von einem Herrn aussing, der früher sogar einmal vortragender Rath im Handelsministerium war und jetzt Ritterguts- besitzer ist, muß man zum Mindesten als naiv be- zeichnen. Wozu wollen wir denn überhaupt noch Kanäle bauen, wenn die Frachtkosten auf die Kanalfracht herab- gesetzt werden sollen? Das hieße erstens das Geld für die Kanäle fortwerfen, die dann doch niemand benutzen würde, und zweitens den Staat um die Hälfte seiner Eisenbahneinnahmen bringen. Aus solchen und ähn- lichen Forderungen ist nur zu klar ersichtlich, daß alle jene Gründe, welche gegen den Kanal vorgebracht wurden, nur Scheingründe waren.

Bezeichnend für die Mittel, welche die Kanalgegner zur Erreichung ihres Zweckes in ihren Wortgefechten im Abgeordnetenhaus angewandt haben, ist die Aeuße- rung eines ihrer hervorragendsten Führer. Nach dem mir vorliegenden stenographischen Bericht thut dieser Herr in der Kanaldebatte den Ausspruch: „Die Zu- kunft unserer Beförderungsmittel gehört der Electricität und der Luftschiffahrt, die Kanäle sind ein übermünder Standpunkt.“ Ja, meine Herren, so komisch dieser Ausspruch auch klingen mag und einem ein Lächeln abringen muß, so ist er doch sehr ernst, wenn man weiter liest, daß eine große Zahl Abgeordneter diesen hecken Ausspruch mit einem lebhaften Bravo begrüßte. Ja, ernst ist die Sache insofern, als es möglich ist, mit solchen lächerlichen Utopien in den Reihen unserer Volksvertreter noch Anhänger zu werben, die eine so große volkswirtschaftliche Auf- gabe zunächst zu nichte gemacht haben. Es geht aber aus all diesen und unzähligen anderen Agitationsmitteln und Scheingründen, die von den Kanalgegnern vorgebracht wurden, nur zu deutlich hervor, daß diese Gegner die Vorlage nicht als eine allgemeine wirtschaftliche Frage behandeln, sondern sie zu einer politischen gestaltet haben. Mit kurzen Worten, die Kanalvorlage ist zu einer politischen Kampfbahn ausgebeutet worden, zur Stärkung der politischen Macht einzelner Parteien, das ist meine und ich glaube die Ueberzeugung aller frei denkenden Männer, welcher politischen Partei sie auch angehören mögen. Ich schließe meine Ausführungen mit der Ueberzeugung, daß das Verhalten der Kanalgegner bei den nächsten Landtagsmahlen seinen Ausdruck in der Weise finden wird, daß vielen der Herren Abgeordneten, die sich von der eigenthümlichen Strömung haben mitreißen lassen, Gelegenheiten gegeben wird, zu Hause intensiver darüber nachdenken zu können. Wenn diese Herren dann wieder einmal Abgeordnete werden, so werden sie vielleicht derartige wichtige volkswirtschaftliche Fragen von kleinlichen Parteinteressen trennen und sie erster be- handeln. Also, meine Herren, den Kanal bekommen wir doch. (Lebhafte Beifall.)

Bei der Discussion nahm zunächst das Wort Herr Rittergutsbesitzer Plehn-Gruppe zu folgen- den Ausführungen:

Ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um auszu- sprechen, daß nicht alle liberalen Männer unbedingte Anhänger der Kanalvorlage sind. Es ist leider Sitte oder vielmehr Unsitte geworden, wirt- schaftliche Fragen von politischen Parteistandpunkten aus zu beurtheilen. Diese Unsitte datirt seit 1879, als die Schachelpolitik aufkam. Man sollte sich davon frei machen und wirtschaftliche Fragen objectiv nur vom wirtschaftlichen Standpunkte aus betrachten. Solch eine falsche Beurteilung kam in dem bekannten Wort zum Ausdruck: „Ohne Kanal keine Röhne.“ Wohin sollte sich ein Standpunkt führen? Die Kanal- frage ist eine eminent wirtschaftliche Frage und ein liberaler Mann wird sie nur vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte aus beurtheilen. Der Mittelkanal stellt die Verbindung her zwischen Rhein und Weichsel. Dieser Gedanke ist sehr bestechend und die Kanalvorlage hat auch auf mich einen sympathischen Eindruck gemacht. Im Gegensatz zu vielen meiner Berufsgenossen, wer- wie ich, für Ramin aus Sachsen ebenso viel Fracht be- zahlt hat, als der Ramin kostet, weiß eine billige Wasserfracht zu schätzen. Auch manche Erzeugnisse des Ostens würden wir billiger und deshalb für uns vor- theilhafter nach dem Westen schaffen können. Bedenken habe ich jedoch wegen der Rentabilität. Die beiden Referenten hatten die Rentabilität des Kanals für ge- sichert. Aber ich kenne auch gewichtige Stimmen, welche die Rentabilität sehr bezweifeln. Wenn die Rentabilität nicht eintritt, so sollen die Kosten zum Theil auf die Gemeinden jener Gegend und im übrigen auf den Staat vertheilt werden. Diejenigen Bevölkerungsgruppen, welche keine Vor- theile von dem Kanal haben, sollen dann zu den Kosten beitragen. Bevor ich für den Kanal stimmen kann, muß man mir also nachweisen, daß der Kanal sich rentiren wird, und die eventuellen Kosten dürfen nicht auf diejenigen gewälzt werden, die keinen Vortheil von dem Kanal haben.

Herr Rittergutsbesitzer Plehn-Josephsdorf führte aus, daß es zweifelhaft sei, ob die in Aussicht ge- nommene Höhe der Kanalgebühren werde aufrecht zu erhalten sein. Die Ausfälle an Einnahmen bei der Eisenbahn würden auch viel größer sein als berechnet worden ist. Man solle ferner die Finanzen nicht so in Anspruch nehmen, wo der Feind vor der Thüre sehe. (Lebhafte Widerspruch auf allen Seiten.) Sie wissen garricht, was die Engländer noch thun. Sie können uns die Häfen durch hohe Zölle sperren.

Herr Abgeordneter Ehlers erwiderte: Die beiden Herren Vorredner haben für sich das Recht in Anspruch genommen, von ihrem liberalen Standpunkte aus, aus wirtschaftlichen Erwägungen heraus, gegen den Kanal zu stimmen. Dagegen ist nichts zu sagen. Ich komme von meinem liberalen Standpunkte aus dazu, für den Kanal zu stimmen und meine, daß die Vor- lage längst angenommen worden wäre, wenn man sie nicht zur Parteifrage gemacht hätte. Sollte der Kanal wirklich sich nicht rentiren, so würde der Staat schlimmsten Falls sechs Millionen Mark Zuschuß jährlich zahlen müssen. Wenn der Staat das nicht mehr könnte, dann sollte er sich begraben lassen. Der Herr Finanzminister ist ein sehr vorsichtiger Mann und nach dieser Richtung hin können wir ihm vertrauen. Ich habe Anlaß genommen, mit ihm privatim über

den Kanal zu sprechen, weil es hieß, er sei innerlich ein Gegner desselben. Ich kann Ihnen versichern, er ist unbedingt für den Kanal und er hält ihn auch für rentabel. Er meinte, man könne ihm doch vertrauen. Er würde sich doch seine Finanzen nicht zerüthen lassen. Wes- halb ist der Kanal gefallen? Nicht wegen voraussichtlich fehlender Rentabilität, sondern im Gegentheil deshalb, weil er zu rentabel sein und dem Westen zu große Vortheile bringen würde. Man hat gefagt, dem Westen geht es so gut, daß man nichts mehr für ihn thun brauche. Der Kanal kommt allerdings dem Westen in erster Reihe zu gute, aber auch dem ganzen Lande. Wenn der alte Fritz in die Verhandlungen über die Kanalvorlage gekommen wäre, dann wäre er ordentlich damit beschäftigt gewesen. (Lebhafte Bravo!) Das ist doch nicht der richtige Weg, etwas für unsere Ostern zu thun, indem man verhindert, das zunächst etwas für den Westen geschieht. Nach meiner Ueber- zeugung handelte es sich bei den Kanalgegnern, beson- ders bei den Compensationsforderungen nur um eine Politik des Neides. Für uns Danziger wird der Kanal, besonders wenn er noch weiter ausgebaut wird, manche Nachtheile bringen, aber eine so krämer- hafte Politik haben die Danziger nie getrieben, aus solchen Gründen dagegen zu stimmen. Es wäre auch uns sehr angenehm gewesen, wenn 1879 die Wahlung nicht eingetreten wäre, wirtschaftliche Fragen vom politischen Standpunkte aus anzusehen. Bei dem Kanal haben die conservativen Abgeordneten keine Bedenken bezüglich der Rentabilität gehabt, es handelte sich bei ihnen nur um eine politische Kampfbahn. Wir be- handeln Wirtschaftsfragen nicht von solchen Gesicht- punkten aus. Kommt jemand aus wirtschafts- politischen Gründen zu der Ueberzeugung, gegen den Kanal stimmen zu müssen, so ist dies das Recht auch jedes liberalen Mannes.

Herr Abg. Richter führte darauf aus: Ich freue mich auch über die Ausführungen des Herrn Plehn- Gruppe. Ich hoffe, daß er dazu beitragen wird, daß politische und wirtschaftliche Fragen nicht vermengt werden. Herr Ehlers hat schon gesagt, daß wir drei Danziger Abgeordnete für den Kanal eingetreten sind, obwohl wir wissen, daß derselbe, besonders wenn er weiter geführt wird, dem Seeweg nach Danzig Concurrenz machen wird. Dieser Standpunkt darf auch nicht verlassen werden. Was würden wir sagen, wenn die Rheinländer für den Ostern keine Kleinbahnen be- willigen wollten? Ist die Politik der Kanalgegner eine kluge zu Gunsten des Ostens? Die Secundärbahn- vorlage ist nicht gekommen und ich meine, dies ist eine Folge des Falles der Kanalvorlage. Die Ablehnung des Kanals ist ein Vorbild für die Ablehnung der Handelsverträge. Herr Plehn- Gruppe sollte Herrn v. Miquel, der ein paar neue Eisenbahn- Secretäre streicht, doch nicht unterstehen. Herr v. Miquel wird gewiß nicht zu seinen Ungunsten rednen. Ich meine, daß wir recht thun, die Kanalvorlage an- zunehmen. Sie ist abgelehnt worden, weil wir keine politische Macht haben. Durch Schweigen aber erlangt man keine Macht. Das Gegenteil sehen wir am Bund der Landwirthe. Halten auch Sie Versamm- lungen ab im Lande, dann wird die Kanalvorlage an- genommen werden.

Herr Dr. Wittenberg, welcher aus Interesse an der Kanalvorlage aus Berlin gekommen war und sich ein- gehend mit dieser Frage beschäftigt hat, hält den Bau von Kanälen für nothwendig, um unserer industriellen Entwicklung zu folgen und andererseits den ganzen Wohlstand des Landes weiter zu heben. Er habe sich persönlich überzeugt, wie segensreich der Dortmund- Emskanal sich schon jetzt erweist. Neues Leben und neuer Wohlstand sei in die Gegend eingezogen. So- wohl die Landwirthschaft wie die Industrie hätten von den Kanälen Vortheile und dürften und könnten nicht Gegner derselben sein. Er habe eine Statistik auf- gestellt, welche nachweise, daß die Eisenbahnen besser rentiren, wenn sie durch Kanäle entlastet würden. Die Concurrenz der Kanäle vermindere also die Rein- erträge der Eisenbahnen nicht, sondern vermehre sie noch.

Herr Heiting führte aus, daß das Interesse der Nation (des Staates) gebieten würde, den Kanal nicht zu bauen, weil der Kanal von Privatden, dagegen die Eisenbahn von dem Staate verwaltet wird. Ein Nach- weis, ob der Kanal rentiren werde oder nicht, lasse sich jetzt noch nicht erbringen. Die Bevölkerung vermehre sich jährlich um 800 000 Seelen und deshalb sei der Bau von Kanälen mit gebieterischer Nothwendig- keit zu fordern.

Herr Oberlehrer Rielke: Der Kanal sei auf 303 Millionen Mark veranschlagt, wovon 42 Millionen Bremen übernehmen mag. Ein praktisches und ideales Moment sei, daß wir durch den Kanal dem Vater Rhein eine einheimische Wundung schaffen.

Herr Stadtrath Ritter-Thorn: Es ist natürlich nicht möglich, genau die Rentabilität zu berechnen. Aber beruhigend kann es doch wirken, daß die Provinz Westfalen einen großen Theil der Kosten zahlt und trotzdem noch darum bittet, auf eigene Kosten einen gleichlaufenden Cipp-Kanal bauen zu dürfen. Ein Beweis dafür, daß die Rentabilität beider Kanäle gesichert erscheint. Der Kanal würde unsere Industrie auch dem Auslande gegenüber concurrenzfähiger machen. Die Kaufleute verstehen im allgemeinen doch zu calculiren und Bremen übernimmt einen großen Theil der Kosten. Das Risiko von sechs Millionen ist nicht groß.

Darauf erhielt Herr Director Benkhi das Schlusswort: Von den beiden Herren Plehn ist alles vorgebracht worden, was gegen den Kanal gefagt werden kann. Ueber die Rentabi- lität habe ich gesprochen. Die Gutachten, welche die Rentabilität bejahen, geben von sachverständigen her- vorragenden Männern aus, die vernünftigen Gutachten dagegen von Männern, welche die Electricität und die Luftschiffahrt für das alleinige Verkehrsmittel der Zukunft halten. Herr Plehn-Josephsdorf meint, daß die Eisenbahnen 120 Millionen Mark verlieren würden. Dem können dann aber 90 Millionen Mark Mehr- einnahmen des Kanals gegenüber. Der Kanal würde sich dann mit mehr als 10 Procent rentiren.

Darauf wurde folgende Resolution mit allen gegen zwei Stimmen (Herr Plehn-Gruppe stimmte auch dafür) angenommen:

Die Versammlung spricht ihr Bedauern über die Ablehnung der Kanalvorlage aus und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß eine den Ausbau der Kanäle bezweckende neue Vorlage Annahme finden werde.

Es folgte nun zunächst die Verhandlung über die Volkschule in den östlichen Provinzen.

Referent Abg. Richter-Danzig: Der Vicepräsident des Staatsministeriums Herr v. Miquel hat in der letzten Session des Abgeordnetenhauses in einer Rede über die Bestrebungen der Regierung in Bezug auf den Osten erklärt, es sei die Absicht der Staatsregierung, „Cultur nach dem Osten zu tragen“. Das beste und wirksamste Mittel, deutsche Cultur nach dem Osten zu tragen, ist die Volksschule. Sie nach Kräften zu fördern und für die Bevölkerung nutzbar zu machen, muß die gemeinsame Aufgabe aller Patrioten sein. Zu bedauern ist, daß diese wichtige Culturtaufgabe in der Bevölkerung der östlichen Provinzen noch lange nicht genug gewürdigt wird. Es fehlt auch vielfach die Kenntniß der thatsächlichen Verhältnisse. Die Resultate der von fünf zu fünf Jahren gemachten statistischen Erhebungen über den Stand der Volksschulen in Preußen werden in zu geringem Maße veröffentlicht. Die letzten Erhebungen datiren vom Jahre 1896. Sie geben ein Bild von der anerkanntswürdigen Thätigkeit des Staates auf dem Gebiete der Schule. Aber zu ver- dienlich ist die veröffentlichten Zusammenfassungen auch sind, sie geben in Bezug auf unsere Ostmarken noch nicht Einzelheiten genug. Es würde, schon um das Interesse der Bevölkerung mehr anzuregen, eine genauere Darlegung der noch nicht normalen Verhältnisse in einzelnen Orten und Bezirken zu veröffentlichten sein. Aus den letzten Erhebungen über die Volksschule geht

hervor, daß für dieselbe von Staat und Local Veränden in dem vergangenen Jahrzehnt erheblich Verwendungen gemacht sind. Die Ausgaben betragen 1886 118/2, 1896 186 Millionen Mark, während die Zahl der Kinder von 4/10 auf 5/10 gestiegen ist. Aber diese erhöhten Verwendungen haben nicht ausgereicht, um zu normalen Verhältnissen zu kommen. In Westpreußen sind, obwohl die Ausgaben für die Schulen in den letzten 10 Jahren um 60 Procent erhöht sind, von 4362 Schulklassen immer noch 633 Schul- klassen ohne befähigte Lehrkräfte. Von je 100 Schülern wurden im Jahre 1896 unter nicht normalen Verhältnissen unterrichtet: im Reg.-Bez. Danzig über 30, im Regierungsbezirk Marienwerber nahezu 30, und zwar hat sich seit der vorletzten Auf- nahme von 1891 die Ziffer nicht gebessert, sondern namentlich im Reg.-Bez. Marienwerber um 2 Procent ungünstiger gestaltet. Nach der amtlichen Statistik — sie ergibt leider nur diese wenigen Einzelheiten — besteht in Caspe, Danziger Höhe, noch eine zweiklassige Volksschule mit 290 Schülern, in Altschauen, Kreis Berent, eine einklassige mit 161 Schülern, in Ballew, Kreis Culm, mit 155, in Eiben, Dt. Krone, eine mit 159 Schülern. Nach privaten veröffentlichten Nachrichten kommen z. B. im Carthäuser Kreise in Sementau 120 Kinder, in Charlotten 130, in Pomieschin und Mirchau je 110 Kinder, in Pomieschiner Hütte und Stanischoje je 130 Kinder auf einen Lehrer. Daß bei einer solchen Ueberfüllung der Schule auch der beste Lehrer bei aller Anstrengung seine Aufgabe nicht erfüllen kann, liegt auf der Hand. Hier muß unter allen Umständen mit Staatshilfe eine Aenderung her- beigeführt werden. Die Zahl der in den Westpreußen polnisch sprechenden Kinder hat sich in Westpreußen seit 1886 um ein Procent vermehrt. Wie aber will man unter den geschädigten Verhältnissen von den Lehrern in so überfüllten Klassen einen normalen Un- terricht und eine wirksame Erziehung der Kinder ver- langen. Minister Boffe hat mit vollem Recht vor kurzem beim Empfang einer Deputation hervorgehoben, daß nur Wenige eine Ahnung von den enormen Schwierig- keiten haben, mit welchen die Lehrer in den Provinzen mit gemischt-sprachiger Bevölkerung zu kämpfen hätten. Die Mittel, um solche Uebelstände zu beseitigen, muß der Staat aufbringen, wo es sich um so große culturale und nationale Aufgaben handelt. Auch in Bezug auf Schulbauten muß der Staat bei uns noch mehr helfen. Bei 4362 Unterrichtsklassen fehlen in Westpreußen noch 654 Klassenräume. Leider wurde die Cöpler'sche Vorlage, welche 20 Millionen forderte, um in 1476 Fällen die dringendsten baulichen Uebelstände zur Beseitigung von Schäden für die Gesund- heit der Lehrer und Kinder zu beseitigen, von den Conservativen nicht angenommen und nur nach und nach kleinere Beträge bewilligt. Eine weitere sehr wesentliche Frage insbesondere für uns Westpreußen ist die der Simultanschule. Dieselbe wird von sehr einflussreichen Seiten leider bekämpft. Der Artikel 24 der Verfassung — nach Minister Cohn- berg eine lex imperfecta — wird von den Cultus- ministern seit Falk, der ein Freund der Simultan- schule war und sie wesentlich gefördert hat, im Sinne der streng confessionellen Auslegung. Gneist hat in verschiedenen Schriften das Unzutreffende dieser Aus- legung auch nach der Entstehungsgeschichte des Art. 24 in seiner klaren Art dargelegt. Seit Falks Rücktritt kam die Wendung, sie wurde besonders klar bei den Verhandlungen über die Petition des Magistrats von Elbing vor 20 Jahren, als der Minister die 1876 gegebene Genehmigung für eine simultane Mädchenschule rückgängig machte. Der An- trag Gneist, diese Elbinger Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, wurde mit 245 gegen 145 Stimmen abgelehnt. Der frühere Minister Falk war mit uns als Abgeordneter in der Minorität. Seitdem haben die Cultusminister sich auf den Standpunkt der confessionellen Volksschule gestellt. Der Reichliche Schulgesetzentwurf hat bekanntlich der streng confessionellen Schule gesetzliche Sanction ver- schaffen wollen; das Gesetz ist gescheitert. Thatsächlich aber hat der Nachfolger des Grafen Zedlitz, Dr. Hoffe, im übrigen für die Lehrer und für die Schule ein warmes Interesse hatte, die confessionelle Schule ge- fördert. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 19. April erklärte er, daß er ein Freund der Con- fessionalität der Volksschule sei und daß er kein Be- denken haben würde, „dieselbe gesetzlich festzulegen, wenn darin eine Garantie zu finden wäre gegen die unsicheren Chancen, die in einem möglichen Wechsel der verschiedenen Unterrichtsminister liegen können“. Trotz dieser Stellung der Minister hat sich in West- preußen durch die Macht der thatsächlichen Ver- hältnisse die Simultanschule nicht nur erhalten, sondern von 210 auf 332 Schulen in den zehn Jahren 1888/96 vermehrt. Von 262 374 west- preußischen Schülern werden 83 674 in Simultan- schulen unterrichtet. Die Vortheile der Simultan- schule sind sehr erhebliche. Sie erleichtern den Schulveränden die Schullasten, welche sie gleichmäßig vertheilen. Die amtliche Statistik führt für Westpreußen 27 Schulen an, welche für 20 Kinder und weniger eingerichtet sind (13 im Regierungsbezirk Danzig und 14 im Regierungsbezirk Marienwerber). Die Simultanschule macht auch eine zweckmäßige Organisation und Eintheilung möglich und vor allem ist sie das wirksamste und natürlichste Mittel, die einzelnen Theile der Bevölkerung einander zu nähern. In den Motiven zu dem Zedlitz'schen Schulgesetz wird dies bestritten. Nun, Graf Zedlitz ist jetzt Oberpräsident von Nassau und er hat Gelegenheit gehabt, dort die Simultanschule kennen zu lernen. Sie ist seit den ersten Decennien des Jahrhunderts eine ge- setzliche Einrichtung und die Bevölkerung hält an derselben, abgesehen vom Centrum, entschieden fest. Man sagt ja auch, Graf Zedlitz denke nicht mehr ganz so wie früher, — jedenfalls soll er nicht die Absicht haben, auf eine Aenderung der gesetzlichen Bestimmung über die Simultanschule hinzuwirken. Durchaus zutreffend führt Gneist in seiner Broschüre über die staatsrechtlichen Fragen der Volksschule aus, daß religiöse Gegensätze nur von unten heraus verdrängt werden, und daß die persönliche Freundschaft am sichersten auf den Schul- bänken gegründet wird. Der große Gedanke des großen Friedrich, wie er im Landrecht Ausdruck ge- funden, wird sich auch wieder Bahn brechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Referent trat schließlich für Sachaufklärung ein. Auch Geistlichen könne die Sachaufklärung übertragen werden, nur müßten sie die Sachprüfung befehlen haben. Leider habe die Sachaufklärung unter Minister Boffe Rück- schritt gemacht. Auch ein besonderes Unterrichts- Ministerium sei eine alte Forderung des Liberalismus. Das Unterrichts- Ministerium dürfe nicht mit den geistlichen Angelegenheiten belastet werden. Für den „Generalisimeister“, entsprechend dem Generalpostmeister, sei schon der Leiter zu früh verorbene nationalliberale Abgeordnete Schmelzer, ebenso Abg. Birchow, entlassen und nach- drücklich eingetreten. Leider bis jetzt ohne Erfolg. Jedenfalls müßten wir alle der Volksschule eine viel größere Aufmerksamkeit zuwenden. Die Volksschule müsse eine Volkssache werden. Hier seien die Fundamente für die geistige, sittliche und nationale Ent- wicklung des Vaterlandes zu legen. Dies sei auch eine der Lebensfragen für unsere Ostmark. (Lebhafte Beifall.)

Ohne Discussion wurde darauf folgende Re- solution — bei der sich die allgemeine Zustimmung zu allen Einzelheiten unverkennbar ergab — einstimmig angenommen:

Für die culturale und nationale Entwicklung der Provinz Westpreußen ist eine erhöhte Pflege der Volksschule nothwendig. Es ist baldigst Sorge zu tragen 1) für die Beschaffung der noch fehlenden Lehr- kräfte und Schulklassen, 2) für die Befestigung und Erweiterung des Systems der polnischen Volksschule und 3) für sachmännische Aufsicht über die Volksschule

mit einem besonderen Unterrichtsministerium an der Spitze.

Bei der nun folgenden Verhandlung über Mittelstandspolitik, hielt Abgeordneter Ehlers den einleitenden Vortrag.

Herr Ehlers führte ungefähr Folgendes aus: Ich hätte wohl den Wunsch ausgesprochen, daß mein Thema zum Schluß verhandelt werden sollte, weil die Zeit sehr vorgeschritten ist. Mir ist aber mitgeteilt worden, daß die „Arenzzeitung“ sich dahin geäußert habe, sie wisse wohl, was Richter sagen werde, aber nicht was Ehlers über Mittelstandspolitik vorbringen werde. Es könnte nun scheinen, als ob ich mich brühen wolle, und wir uns scheuten, unsere Meinung über diesen Punkt auszusprechen, wenn wir das Thema zurückstellen. Deshalb habe ich gebeten, es jetzt zu verhandeln. Ich wäre sehr dankbar, wenn mir jemand ershöpft sagen wollte, was er unter Mittelstand versteht und was man darunter verstehen muß. Dies Schlagwort spielt in neuerer Zeit eine sehr große Rolle. Es wird viel benutzt bei Dingen, welche mit dem Mittelstand eigentlich sehr wenig zu thun haben. Man müßte zurückgehen bis auf die Zeit, wo Adel und Geistlichkeit das öffentliche Leben beherrschten, der Bürgerstand ermächtigt und Antheil am öffentlichen Leben nahm. Man könnte also sagen, bei der Mittelstandspolitik handelt es sich um die Interessen des Bürgertums, im Gegensatz zum Adel und der Geistlichkeit einerseits und den Arbeitern andererseits. Ich glaube, daß es ein hülfes Unternehmen ist, die Menschen in verschiedene Stände einteilen zu wollen. Nach meiner Ansicht fällt der Arbeiter, Handwerker, Bürger, Bauer, Adel unter eine Rubrik, diejenige des Staatsbürgers. Es ist nicht gut, wenn man in der Politik die verschiedenen Klassen theilen will. Der Bund der Landwirthe hat als seine wesentliche Aufgabe hervorgehoben die Pflege des Mittelstandes. Man beruft sich dort häufig auf das Interesse des Mittelstandes. Nun könnte man wohl sagen, die Staatsbürger theilen sich in reiche, mittlere und arme Leute. Man könnte auch sagen, daß die Interessen der reichen Leute und anderertheits der armen Leute, der Arbeiter, besonders durch die Socialdemokratie, zu sehr gefördert würden zum Schaden des Mittelstandes. Man wird nicht behaupten können, daß die Politik des Bundes der Landwirthe besonders dem Mittelstande zu gute käme. Die Erhöhung der Getreidepreise und der Anstieg der Preise werden wohl wenig dem Mittelstand zu gute kommen. Wenn Herr v. Konig möglichst hohe Preise für sein Getreide haben will, so kann man das verstehen. Gerechtigkeit aber bleibt es, wie davon der Handwerker, Beamte und kleine Bauer, der Getreide zu kaufen muß, einen Vortheil haben soll. Ein zweites Mittel zur Hebung des Mittelstandes soll die Einführung der Doppelwährung sein. Wenn das Silber zu einem gleichwerthigen Zahlungsmittel nach dem früheren Werthverhältnis von 1 zu 15 erhoben werden soll, so würden die Preise für eine ganze Reihe von Artikeln außerordentlich in die Höhe gehen. Diese Preissteigerung würde eine Steigerung der Preise aller Waaren nach sich ziehen und schließlich auch die Herstellungskosten erhöhen. Es nützt nichts, wenn man für eine lange Elle eine kurze nimmt. Die Zahl der Ellen nimmt zwar zu, aber das Tuch wird dadurch nicht länger. Eine Geldverschlechterung würde dem Mittelstande nichts nützen. Man glaubt dadurch den Banken Schaden zu können, aber die Banken würden sich bei dem Wechselgeschäft ganz gut sehen, nicht aber der Arbeiter und der Mittelstand. Ferner soll die Beitragsleistung zur Invaliditäts- und Altersversicherung geändert werden. Die Einzelbeiträge sollen aufgehoben und auf alle Einkommen über 600 Mk. ein Zuschlag gelegt werden. Das scheint ziemlich einfach. Aber der Handwerker, der nur mit einem Lehrling arbeitet, der Beamte, der kein Dienstmädchen hat, müßte dann einen Beitrag zahlen, wogegen er jetzt von Beiträgen befreit ist. Auch hier ist kein Vortheil für den Mittelstand. Ferner die Nothilfe zum Communalmittelstand. Die Wähler mit einem kleineren oder mittleren Einkommen sollten eine kleine Verflärkung ihres Wahlrechts erhalten. Der Mittelstand sollte hier mehr Einfluß auf die städtische Verwaltung gewinnen. Die Conservativen haben aber gegen diesen Entwurf gestimmt. Ferner die Aresttagswahlen. Die Aresttage werden von den Rittergutsbesitzern beherrscht. Der Mittelstand in den Städten und auf dem Lande wird zurückgedrängt. Die Conservativen sind aber gegen eine Reform des Wahlrechtes zu den Aresttagen. Ferner werden die Vertreter des Zwischenhandels von den Conservativen bei jeder Gelegenheit zurückgedrängt. Der Zwischenhandel gehört doch auch zum Mittelstand und hat seine Berechtigung, so lange er sich halten kann. Man weiß die kleinen Kaufleute auf die Besteuerung der Waarenhäuser hin. Diese Frage ist aber eine äußerst schwierige, das können Sie mir als Kammerer glauben. Ich möchte jedem bringen rathen, darüber nachzudenken, auf welche Weise diese Besteuerung eingehend werden kann. Die Besteuerung der Waarenhäuser würde vielleicht dazu führen, daß die Steuern derselben verloren gehen, die besteuert worden sind. Man wird nun fragen, was wollen die Liberalen für den Mittelstand thun? Wir Liberalen wollen nach unseren ganzen Grundansichten keine Vortheile für einzelne Klassen der Bevölkerung. Wir wollen jedoch keinen in den Schatten stellen, niemand hindern, seine Fähigkeiten für sich und das Vaterland nutzbar zu machen. In Bezug auf Interessenpolitik können wir nicht concurren. Wir werden immer zu haben sein, wenn es gilt, zu verhindern, daß einzelne Klassen zurückgestellt werden. Auch der Landwirthschaft wollen wir gerne helfen, nur müssen die Mittel die richtigen sein und andere Erwerbszweige nicht schädigen. Wir werden es dann mit derselben Freudigkeit thun, wie es ein Mitglied des Bundes der Landwirthe thun kann. Unsere Mittelstandspolitik besteht darin, daß wir verlangen, daß im Staate die Arbeit eines jeden gleich geschätzt werde nach ihrer inneren Tüchtigkeit. In meinen Augen ist ein ordentlicher Schuhmacher, der Schuhe macht, die nicht drücken, viel nützlicher, als ein Minister, der schlechte Gesetze macht. (Heiterkeit, Bravo.) Wenn diese Mittelstandspolitik der „Arenzzeitung“ nicht genügen sollte, kann ich das nicht ändern. (Cebhaller Beifall.)

Der Correspondent Herr Rechtsanwalt Dr. Stein-Thorn verzielt auf das Wort, da er mit den Ausführungen des Herrn Ehlers ganz einverstanden war.

Herr Henning stimmte in der Discussion den Ausführungen des Herrn Ehlers sonst ebenfalls zu, nur nicht in Bezug auf die Vertheilung der Casten zur Altersversicherung. Alle Staatsbürger hätten ein gleiches Interesse an einer solchen Unternehmung und an dem wirtschaftlichen Wohlergehen des ganzen Staates, deshalb sei es auch berechtigt, daß alle an den Casten der Altersversicherung Theil nehmen. Der Bankier, welcher bisher nur für ein Dienstmädchen Markten geblieben hat, wird dann erheblich mehr zahlen müssen.

Herr Abg. Richter: Die Hälfte der Handwerker hat jetzt keine Beiträge zu zahlen. Sie müßten nach dem Vorschlage des Bundes der Landwirthe Beiträge entrichten. Es wurde auch auf die Bankiers hingewiesen. Die paar Bankiers machen den Aohl aber nicht fett. Auf die lumpigen paar Millionäre

kommt es nicht an. (Heiterkeit und Beifall.) Es heißt ja, mich auch, von den Millionären zu sprechen, aber wenn ich die Sache genauer bedenke, dann sehe ich, daß dabei nichts herauskommt. Es ist schade, daß wir darüber nicht eingehender verhandeln können. Vielleicht thun wir es, wenn wir wieder zusammen kommen.

Der Herr Vorsitzende stellt unter Heiterkeit der Versammlung fest, daß Herr Richter mit der Bezeichnung „lumpig“ selbstverständlich nur die geringe Zahl der Millionäre gemeint hat.

Herr Abg. Ehlers: Nach dem Grundsätze des Herrn Henning würde dem nichts entgegen stehen, auch die Arbeitslöhne auf alle Schultern zu vertheilen. Dies würde zum Socialismus führen. Der Schuhmacher bezahlt seinen Antheil an den Herstellungskosten in dem Leberpreise und ich bezahle meinen Antheil in dem Preise der fertigen Waare. Aber die Arbeitslöhne direct zu übernehmen, wäre nicht richtig. Die paar Millionäre zahlen ja recht hohe Steuern, aber die Gesamtsumme ist doch nicht hoch, weil ihrer eben viel zu wenige sind.

Herr Henning will die Consequenz bezüglich der Arbeitslöhne nicht zugeben.

Der Vorsitzende hebt noch hervor, daß der Arbeiter nach der vorgeschlagenen Methode zum Almosenempfänger gemacht würde, während er jetzt selber Beiträge entrichtet. Er stellt alsdann die Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten fest, womit auch dieser Verhandlungsgegenstand erledigt war.

Als letzter Gegenstand der Tagesordnung kam die sogen. Zuchtstaus-Vorlage an die Reihe. Als Referenten waren die Herren A. Kammerer sen. aus Danzig und Abg. Grafmann-Thorn benannt. Ersterer war jedoch durch einen Krankheitsfall in seiner Familie in Danzig zurückgehalten und hatte sein Richteramt entschuldigt. Es sprach als Referent also nur

Reichstags-Abg., Landgerichts-Director Grafmann-Thorn: Meine Herren! Die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1869 hat bekanntlich die Freiheit der gewerblichen Vereinigungen proclamiert, sie hat aber auch die Vorfrage getroffen, daß diese Freiheit der Vereinigungen nicht in einen Vereinigungszwang umgewandelt werde. § 12 der Gewerbeordnung bestimmt: „Alle Verbote und Strafbestimmungen gegen Gewerbetreibende, gewerbliche Schiffe, Gefellen oder Fabrikarbeiter wegen Verabredungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, insbesondere mittels Einstellung der Arbeit oder Entlassung der Arbeiter werden aufgehoben.“

Er bestimmt aber ferner in Absatz 2: „Jedem Theilnehmer steht der Rücktritt von solchen Vereinigungen und Verabredungen frei und es findet aus letzterem weder Abgabe noch Einrede statt.“ Es soll also niemand nöthig haben, aus Furcht vor civilrechtlichen Nachtheilen sich an Coalitionen zu betheiligen. Es genügt aber die Gewerbeordnung in ihrem § 153 auch noch einen besonderen strafrechtlichen Schutz gegen Coalitionenzwang. § 153 der Gewerbeordnung lautet: „Wer Andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurtheilung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) Theil zu nehmen oder ihnen Folge zu leisten, oder Andere durch gleiche Mittel hindert oder zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt.“

An dem § 152 der Gewerbeordnung will nun der Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses, der ja Gegenstand unserer Besprechung sein soll, nichts ändern; wohl aber will er die Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung ergänzen und erweitern.

Der Herr Staatssecretär des Reichsjustizamtes, Dr. Rieberding, hat am 20. Juni cr. bei der Begründung der Vorlage im Reichstage gesagt: „Ich erkenne ohne weiteres an, daß die Vorlage ganz überwiegend die Arbeiterwelt trifft; sie ist formell gerichtet sowohl gegen Arbeitgeber wie Arbeitnehmer — in gleicher Weise gerichtet gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber ich gebe ohne weiteres zu, daß sie die Arbeitnehmer vorwiegend betrifft, und daß es richtig ist, wenn das hohe Haus auch gerade von dem Standpunkte aus, ob die Vorlage der Arbeiterwelt gegenüber gerecht ist, zur Prüfung des Inhaltes sich anschickt.“

Meine Herren! Der Reichstag hat sich auf diesen Standpunkt gestellt und ist von diesem Standpunkte aus in seiner überwiegenden Majorität dazu gekommen, die Vorlage abzulehnen. Auch ich verhalte mich ablehnend gegen die Vorlage, da ich meine, daß die neuen Strafbestimmungen überflüssig und nutzlos sind, und da ich der Ansicht bin, daß durch die Vorlage das Coalitionenrecht der Arbeiter beschränkt werden würde.

Die Vorlage will einen verstärkten Schutz gegen den Mißbrauch des gewerblichen Coalitionenrechts gewähren.

Das Coalitionenrecht kann ja wie jedes Recht mißbraucht werden, ist vielfach mißbraucht worden, und es ist namentlich ein solcher Mißbrauch häufiger zu Tage getreten, seitdem sich das gewerbliche Leben in Deutschland so gehoben hat. Seit dieser Zeit ist eben von dem Coalitionenrecht häufiger Gebrauch gemacht worden; daß dann auch häufiger die Coalitionenfreiheit mißbraucht worden ist, ist doch nicht weiter überraschend.

Ein solcher Mißbrauch der Coalitionenfreiheit ist aber auch nicht straflos geblieben; er hat vielmehr seine Sühne gefunden nach den Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des § 153 der Gewerbeordnung.

Meine Herren! Ich will nicht weiter eingehen auf die Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die bei den in den Arbeitskämpfen vorkommenden Ausschreitungen Anwendung finden können und auch in recht ausgiebiger Weise Anwendung gefunden haben; und möchte mich nur auf die Strafbestimmungen des § 153 der Gewerbeordnung beschränken. Die Bedeutung dieser Strafbestimmungen ist vielfach unterschätzt worden. Ich bin der Ansicht, daß diese Bestimmungen einen weitgehenden Schutz gegen Coalitionenzwang gewähren, und bin auch ferner der Ansicht, daß sie — in Verbindung mit den Bestimmungen des Strafgesetzbuches — einen genügenden Schutz gegen Coalitionenzwang gewähren. § 153 der Gewerbeordnung geht — so muß man doch wohl annehmen — davon aus, daß nicht jeder Coalitionenzwang unerlaubt und strafbar ist, sondern nur derjenige, der mit Mitteln ausgeübt wird, die im Strafgesetzbuche oder im § 153 der Gewerbeordnung als unzulässig bezeichnet werden. Als solche unzulässige Mittel des Coalitionenzwanges bezeichnet nun § 153 der Gewerbeordnung: körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurtheilung.

Es sind das alles Mittel — ich bitte das wohl zu beachten — welche die übrigen Gesellschaftsregeln straflos anwenden können, um den Willen eines anderen zu beeinflussen, und die lediglich als Mittel des gewerblichen Coalitionenzwanges strafbar sind. „Körperlicher Zwang“ ist dem Strafgesetzbuche fremd. Die nicht zulässige „Drohung“ erscheint im Strafgesetzbuche niemals an sich als strafbare Handlung. Eine so geringe „Ehrverletzung“, die noch keine Beleidigung im Sinne des

Strafgesetzbuches ist, ist sonst nicht strafbar und „Verurtheilung“ kommt im Strafgesetzbuche nicht vor. Unser Entwurf bezeichnet nun als unzulässige Mittel des Coalitionenzwanges auch nur: körperlichen Zwang, Drohung, Ehrverletzung und Verurtheilung; er bestimmt aber dann im § 4:

„Dem körperlichen Zwange im Sinne der §§ 1—3 wird die Verhinderung oder Vorenthaltung von Arbeitsgeräth, Arbeitsmaterial, Arbeitserzeugnissen oder Kleidungsstücken gleichgeachtet.“

Der Drohung im Sinne der §§ 1—3 wird die planmäßige Ueberwachung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Arbeitsstätten, Wegen, Straßen, Plätzen, Bahnhöfen, Wassertrassen, Hafen- oder sonstigen Verkehrsanlagen gleichgeachtet.“

Diese Bestimmungen sind für mich unannehmbar. Die dem körperlichen Zwange gleichgeachteten Handlungen mögen häufig einen körperlichen Zwang darstellen, stets wird es aber nicht der Fall sein. Das Streikpostenstehen kann eine Drohung enthalten, braucht es aber nicht zu thun und es ist deshalb meines Erachtens nicht gerechtfertigt, jedes Streikpostenstehen für strafbar zu erklären. Letzteres thut aber die Vorlage; dies ergibt der Wortlaut des § 4, es ergeben dies auch die Motive, die ganz allgemein das Streikpostenstehen als unzulässiges Kampfmittel bezeichnen. Sollte übrigens die Auslegung des Staatssecretärs Dr. Rieberding maßgebend sein, so würde m. E. die Bestimmung des Entwurfs über das Streikpostenstehen völlig überflüssig sein. Nach dieser Auslegung soll Streikpostenstehen erst dann strafbar werden, wenn es in den Bereich eines unberechtigten Zwanges übergrift. Wenn man aber dem Richter zutraut, daß er Begriffe wie „körperlicher Zwang, Drohung, Ehrverletzung, Verurtheilung“ richtig auslegt, so wird man ihm auch wohl zutrauen können, daß er das Richtige findet, wenn es sich um die Frage handelt, ob im Streikpostenstehen im einzelnen Falle eine „Drohung“ zu finden ist.

Der § 4 des Entwurfs, dessen beide ersten Abtheile für mich unannehmbar Bestimmungen enthalten, giebt übrigens im dritten Absatz eine lobenswerthe Verbesserung des bisherigen Rechtszustandes, nach welchem es zweifelhaft ist, ob nur das „Drohen“ mit einer unberechtigten Handlung strafbar ist. Nur das „Drohen“ mit einer unberechtigten Handlung soll strafbar sein. Daraus ergibt sich z. B., daß es nach dem Entwurfe nicht strafbar sein würde, wenn organisierte Arbeiter dem Arbeitgeber Streik oder Sperrandrohen, falls er nicht einen ihnen mißliebigen Arbeiter, der sich ihrer Organisation nicht anschließen will, entläßt.

Wenn ich mich nun auch sonst durchweg gegen den Entwurf ablehnend verhalte, indem ich davon ausgehe, daß die bisherigen Strafbestimmungen gegen den Coalitionenzwang in keiner Beziehung einer Ergänzung bedürfen, so würde ich mich doch mit dem § 1 des Entwurfs im allgemeinen einverstanden erklären können. Dies jedoch auch nur dann, wenn § 152 der Gewerbeordnung dahin abgeändert würde, daß auch Verabredungen und Vereinigungen, die eine Einwirkung auf Arbeits- und Lohnverhältnisse bezwecken, als zulässig anerkannt werden.

Der § 1 des Entwurfs verbietet wie § 153 der Gewerbeordnung, daß jemand gezwungen wird, einer Coalition beizutreten, und fügt nur hinzu, es soll auch niemand gezwungen werden, einer Coalition fernzubleiben. Das bisherige Strafmaß von 3 Monaten Gefängniß würde ich nicht erhöhen, da die schwereren Ausdehnungen ja doch stets unter einen Paragraphen des Strafgesetzbuches fallen. Ich würde dem Richter die Möglichkeit geben, bei dem Vorliegen von mildernden Umständen auf Geldstrafe zu erkennen; würde auch festsetzen, daß der Versuch milder zu bestrafen, wie das vollendete Vergehen. Die sämtlichen übrigen Paragraphen würde ich ablehnen.

Der § 2 soll solche Handlungen treffen, welche, ohne daß es sich um die zu erzwingende Theilnahme an einer Coalition handelt, gegen die Freiheit der Arbeitgeber oder der Arbeitnehmer gerichtet sind.

Es liegt aber keine Coalition vor, so liegt auch natürlich ein Coalitionenzwang nicht vor und es sind deshalb diese Strafbestimmungen, welche sich doch nur gegen den Coalitionenzwang richten sollen, hier nicht am Platze. Wer es sich um Geschäfte macht, Handlungen der in den §§ 1 und 2 bezeichneten Art zu begehen, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft, heißt es im § 3. Ich halte das für eine überflüssige Strafbestimmung, bin auch der Ansicht, daß der Begriff „wer es sich um Geschäfte macht“ viel zu dehnbar ist. § 5 hat zunächst mit Coalitionenzwang zu thun. Ich vermag auch nicht einzusehen, weshalb die hier bezeichneten Handlungen aus dem Bereiche der Antragsdelikte herausgehoben werden. § 6 hat gleichfalls nichts mit Coalitionenzwang zu thun; „Drohung“ und „Verurtheilung“ sind auch bisher nur strafbar, wenn sie Mittel des Coalitionenzwanges sind. Neue Delicts-Begriffe aufzustellen, liegt keine Veranlassung vor. Ebenso liegt m. E. keine Veranlassung vor zu der Strafbestimmung des § 7. Die Strafbestimmungen des Strafgesetzbuches reichen vollständig aus. Dasselbe ist m. E. der Fall mit der Strafbestimmung des § 8.

Ich bin also der Ansicht, daß die neuen Strafbestimmungen des Entwurfs überflüssig sind, da es eines verstärkten Schutzes gegen den Mißbrauch des Coalitionenrechts nicht bedarf. Ueberflüssige Strafbestimmungen sind aber direct schädlich, da sie lediglich geeignet sind, Erbitterung hervorzurufen.

Mit neuen Strafbestimmungen in den wirtschaftlichen Kampf einzugreifen, halte ich für falsch. Was wir brauchen, sind nicht neue Strafen, ist vielmehr eine gute Socialpolitik. Sie allein kann m. E. bewirken, daß zunächst im wirtschaftlichen Kampfe gegenseitige Schonung geübt wird, und daß immer mehr wieder der Gedanke sich Bahn bricht, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer in letzter Linie auch heute noch gemeinsame Interessen haben und daß sie, um diese pflegen zu können, Friede unter sich haben müssen. (Cebh. Beifall.)

Als unmittelbar nach dem Vortrage des Herrn Referenten von anderer Seite eine Resolution beantragt wurde, welche die bestehenden Strafbestimmungen für ausreichend erklärt, nahm Herr Geh. Commerzienrath Sibfone das Wort und erklärte, daß er mit der Resolution nicht einverstanden sei. Ich war eigentlich mit dem Gesetze ganz einverstanden. Ich habe es durchgemacht, daß Arbeiter verhindert wurden, zu arbeiten. Ich lege mehr Werth auf die persönliche Freiheit als auf die politische. Man hat mir gesagt, es wäre nichts Erschreckendes, wenn Arbeiter an Arbeiten verhindert würden. Ich finde das sehr erschrecklich, die Arbeiter sind auf ihre Arbeitskraft angewiesen. Mir ist gesagt worden, daß in Fabriken, in denen Socialdemokraten arbeiten, die anderen Arbeiter gezwungen würden, Beiträge für die Socialdemokratie zu zahlen. Für die Coalitionenfreiheit bin ich unbedingt, aber ich wäre auch für eine Erhöhung der Strafen für Anwendung von körperlichem Zwang. Die ersten beiden Paragraphen des Gesetzes würde ich ganz gern annehmen.

Herr Abg. Ehlers empfiehlt von einer Beschlußfassung abzusehen, weil die Zeit zu beschränkt sei zu einer Discussion. Auch Herr Sibfone habe anerkannt, daß die Coalitionenfreiheit nicht beschränkt werden darf. Diese Freiheit muß auch benutzt werden

können. Ob der Gesetzentwurf geeignet ist, dem Mißbrauch entgegen zu treten, ohne die Coalitionenfreiheit zu beeinträchtigen, lassen wir dahin gestellt. Die Resolution würde auch nicht einen so großen Einfluß auf die Abstimmung im Reichstage ausüben, als daß man sie nicht entbehren könnte.

Der Herr Vorsitzende bedauerte, daß es so scheinen könnte, als ob eine gewisse Disharmonie am Schlusse in die Verhandlung gekommen sei. Er wollte das Thema wegen der vorgerückten Zeit schon abließen, jedoch sei es zu wichtig. Zu einer Discussion sei es aber zu spät. — Herr Abg. Richter: Es steht doch fest, daß alle Redner eingetreten sind für Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit und gleiches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Herr Vorsitzende möge dies feststellen. Die Frage, ob dieser Gesetzentwurf die Coalitionenfreiheit antastet (für mich steht dies fest), wollen wir zunächst außer Betracht lassen. Wenn wir Herrn Sibfone nachweisen, und das können wir, daß die Coalitionenfreiheit beeinträchtigt wird, so wird auch er gegen das Gesetz stimmen. (Herr Sibfone giebt sich hiermit zufrieden.)

Der Herr Vorsitzende stellt darauf fest, daß die Verammlung einstimmig für unbedingte Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit ist und schließt die gut verlaufenen Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Ich spreche den Dank der Versammlung aus den Herren Referenten und auch Opponenten, die anregend wirkten. Ich habe dagegen protestirt, daß man sagt, wir wollten nur Unzufriedenheit erregen. Wir wollen nur die Punkte feststellen, in denen wir einig sind. Es ist uns auch heute gelungen, Einigkeit in den wichtigsten Fragen zu erzielen und die Berechtigung solcher Verammlungen zu erreichen. Es sind Wünsche laut geworden, solche Zusammenkünfte öfter zu veranstalten. Wir sind zusammengekommen in dem Bewußtsein der Pflicht selber mitzuwirken. Wir sind nicht gewohnt, immer noch besonders zu betonen, daß wir königstreu und verfassungstreu sind, aber es scheint mir doch angebracht, diesem öffentlichen Ausdruck zu geben. Die Versammlung stimmte kräftig in das Kaiserhoch ein.

Herr Abg. Ehlers dankte noch den Dank an diejenigen Theilnehmer ab, welche ruhig zugehört und doch nicht gesprochen haben, sowie an den Vorsitzenden und das Bureau.

Nach der Versammlung, die sich bis gegen 5 1/2 Uhr ausgedehnt hatte, nahmen etwa 100 Theilnehmer an den in einem Nebensaal gedeckten Tafeln zu einem gemeinsamen Mahle Platz, welches, trefflich zubereitet und zudem mit manchem humorvollen Wort gewürzt, einen alleseitig befriedigenden, anregenden Verlauf nahm. Den ersten Toast brachte Herr Rechtsanwalt Dbuch-Graudenz aus. Daraus ausgehend, wie durchaus angebracht, es politisch sei, daß die Liberalen aus den verschiedenen Gegenden der Provinz öfter zusammenkommen, um ihre Ideen mit einander auszutauschen, und wie angenehm und förderlich es sei, sich auch persönlich näher zu treten, dankte er den Gästen, die trotz der noch immer bestehenden Ungunst der Eisenbahnverbindungen in Westpreußen aus allen Theilen der Provinz nach Graudenz gekommen seien, und brachte ihnen ein Hoch aus.

Herr Stadterordneter-Vorsitzer Mehrlein-Graudenz ließ die bei der Tafel anwesenden Landtags- und Reichstagsabgeordneten leben, was Herr Rittergutsbesitzer Sieg in seiner Eigenschaft als Vertreter von Graudenz, der Stadt der aufstrebenden Industrie und Intelligenz, wie er sie rühmte, mit Dankworten, die in einem Hoch auf die Stadt Graudenz ausklangen, beantwortete. Hierauf gedachte Herr Kaufmann Friedrich Rhyer in humorvollen, die Stimmung fröhlich steigenden Wendungen der Frauen, die es in ihrer Eifersucht und Güte den Männern gern verziehen, sich heute an dem sonnigen Herbsttage von der Haussonne zu entfernen, um einer guten Sache zu dienen.

Nachdem der Toast mit einem dreifachen Hoch auf die Damen ausgeklangen, forderte Herr Fabrikbesitzer Victorius-Graudenz dazu auf, den Referenten, die die Hauptarbeit des Tages getragen, ein Glas zu weihen. Herr Abg. Richter legte dann eine Erörterung der Frage an, wo die nächste gemeinschaftliche Verammlung der Liberalen der Provinz stattfinden sollte. Er schaute vor dieser Anregung nicht zurück, obgleich man ihn von gewissen Seiten aus in den Verdacht zu bringen versucht hatte, als ginge er dabei von der Absicht aus, für eine spezielle Richtung des Liberalismus Projecten zu machen. Sein Wirken in Thorn bei der vorigen Landtagswahl dürfte diesen Verdacht widerlegen. Jedenfalls seien die Liberalen in Thorn unbedingtheiligt an diese Idee der Vereinigung der Liberalen in periodischen provinziellen Verammlungen. Alle Liberalen unbedingtheiligt ihrer einzelnen Richtungen müßten nur ein Ziel haben, nämlich dem Liberalismus wieder den ihm gebührenden größesten Einfluß zu verschaffen in der Provinz und er würde sich schämen, wenn man ihm mit Recht nachsagen könnte, bei der Verfolgung dieses Zieles nur die Interessen einer liberalen Gruppe im Auge zu haben. Wer solle also auf Graudenz folgen? Nachdem unter den verschiedenen hierauf erfolgenden Zurufen auch der Name Danzig genannt worden war, meinte Herr Rechtsanwalt Dbuch, da diese Provinzialversammlungen zugleich einen propagandistischen Zweck verfolgten, Danzig aber eines Succurses in dieser Hinsicht nicht bedürfte, so halte er die Wahl eines anderen Ortes, wie Dirschau, Warleburg oder Könitz, für angebrachter. Ein Beschluß hierüber wird erst später gefaßt werden. Die freudige Bereitwilligkeit aber und der feste Entschluß, solche gemeinsamen liberalen Verammlungen für die Provinz zu wiederholen, leuchtete auf das deutlichste aus dem freudigen, lauten Echo hervor, welches des Abg. Ehlers Danzig Abschiedswort in der ganzen Versammlung fand: „Auf Wiedersehen, irgendwo!“

Nach 8 Uhr verließen dann die auswärtigen Theilnehmer die Stadt, wohl alle von dem Bewußtsein getragen, eine lobnende Fahrt gelhan und mitgewirkt zu haben an einem schönen, dem provinziellen Liberalismus und seiner zukünftigen Entwicklung förderlichen Werke.

Der Herr Vorsitzende bedauerte, daß es so scheinen könnte, als ob eine gewisse Disharmonie am Schlusse in die Verhandlung gekommen sei. Er wollte das Thema wegen der vorgerückten Zeit schon abließen, jedoch sei es zu wichtig. Zu einer Discussion sei es aber zu spät. — Herr Abg. Richter: Es steht doch fest, daß alle Redner eingetreten sind für Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit und gleiches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Herr Vorsitzende möge dies feststellen. Die Frage, ob dieser Gesetzentwurf die Coalitionenfreiheit antastet (für mich steht dies fest), wollen wir zunächst außer Betracht lassen. Wenn wir Herrn Sibfone nachweisen, und das können wir, daß die Coalitionenfreiheit beeinträchtigt wird, so wird auch er gegen das Gesetz stimmen. (Herr Sibfone giebt sich hiermit zufrieden.)

Der Herr Vorsitzende stellt darauf fest, daß die Verammlung einstimmig für unbedingte Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit ist und schließt die gut verlaufenen Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Ich spreche den Dank der Versammlung aus den Herren Referenten und auch Opponenten, die anregend wirkten. Ich habe dagegen protestirt, daß man sagt, wir wollten nur Unzufriedenheit erregen. Wir wollen nur die Punkte feststellen, in denen wir einig sind. Es ist uns auch heute gelungen, Einigkeit in den wichtigsten Fragen zu erzielen und die Berechtigung solcher Verammlungen zu erreichen. Es sind Wünsche laut geworden, solche Zusammenkünfte öfter zu veranstalten. Wir sind zusammengekommen in dem Bewußtsein der Pflicht selber mitzuwirken. Wir sind nicht gewohnt, immer noch besonders zu betonen, daß wir königstreu und verfassungstreu sind, aber es scheint mir doch angebracht, diesem öffentlichen Ausdruck zu geben. Die Versammlung stimmte kräftig in das Kaiserhoch ein.

Herr Abg. Ehlers dankte noch den Dank an diejenigen Theilnehmer ab, welche ruhig zugehört und doch nicht gesprochen haben, sowie an den Vorsitzenden und das Bureau.

Nach der Versammlung, die sich bis gegen 5 1/2 Uhr ausgedehnt hatte, nahmen etwa 100 Theilnehmer an den in einem Nebensaal gedeckten Tafeln zu einem gemeinsamen Mahle Platz, welches, trefflich zubereitet und zudem mit manchem humorvollen Wort gewürzt, einen alleseitig befriedigenden, anregenden Verlauf nahm. Den ersten Toast brachte Herr Rechtsanwalt Dbuch-Graudenz aus. Daraus ausgehend, wie durchaus angebracht, es politisch sei, daß die Liberalen aus den verschiedenen Gegenden der Provinz öfter zusammenkommen, um ihre Ideen mit einander auszutauschen, und wie angenehm und förderlich es sei, sich auch persönlich näher zu treten, dankte er den Gästen, die trotz der noch immer bestehenden Ungunst der Eisenbahnverbindungen in Westpreußen aus allen Theilen der Provinz nach Graudenz gekommen seien, und brachte ihnen ein Hoch aus.

Herr Stadterordneter-Vorsitzer Mehrlein-Graudenz ließ die bei der Tafel anwesenden Landtags- und Reichstagsabgeordneten leben, was Herr Rittergutsbesitzer Sieg in seiner Eigenschaft als Vertreter von Graudenz, der Stadt der aufstrebenden Industrie und Intelligenz, wie er sie rühmte, mit Dankworten, die in einem Hoch auf die Stadt Graudenz ausklangen, beantwortete. Hierauf gedachte Herr Kaufmann Friedrich Rhyer in humorvollen, die Stimmung fröhlich steigenden Wendungen der Frauen, die es in ihrer Eifersucht und Güte den Männern gern verziehen, sich heute an dem sonnigen Herbsttage von der Haussonne zu entfernen, um einer guten Sache zu dienen.

Nachdem der Toast mit einem dreifachen Hoch auf die Damen ausgeklangen, forderte Herr Fabrikbesitzer Victorius-Graudenz dazu auf, den Referenten, die die Hauptarbeit des Tages getragen, ein Glas zu weihen. Herr Abg. Richter legte dann eine Erörterung der Frage an, wo die nächste gemeinschaftliche Verammlung der Liberalen der Provinz stattfinden sollte. Er schaute vor dieser Anregung nicht zurück, obgleich man ihn von gewissen Seiten aus in den Verdacht zu bringen versucht hatte, als ginge er dabei von der Absicht aus, für eine spezielle Richtung des Liberalismus Projecten zu machen. Sein Wirken in Thorn bei der vorigen Landtagswahl dürfte diesen Verdacht widerlegen. Jedenfalls seien die Liberalen in Thorn unbedingtheiligt an diese Idee der Vereinigung der Liberalen in periodischen provinziellen Verammlungen. Alle Liberalen unbedingtheiligt ihrer einzelnen Richtungen müßten nur ein Ziel haben, nämlich dem Liberalismus wieder den ihm gebührenden größesten Einfluß zu verschaffen in der Provinz und er würde sich schämen, wenn man ihm mit Recht nachsagen könnte, bei der Verfolgung dieses Zieles nur die Interessen einer liberalen Gruppe im Auge zu haben. Wer solle also auf Graudenz folgen? Nachdem unter den verschiedenen hierauf erfolgenden Zurufen auch der Name Danzig genannt worden war, meinte Herr Rechtsanwalt Dbuch, da diese Provinzialversammlungen zugleich einen propagandistischen Zweck verfolgten, Danzig aber eines Succurses in dieser Hinsicht nicht bedürfte, so halte er die Wahl eines anderen Ortes, wie Dirschau, Warleburg oder Könitz, für angebrachter. Ein Beschluß hierüber wird erst später gefaßt werden. Die freudige Bereitwilligkeit aber und der feste Entschluß, solche gemeinsamen liberalen Verammlungen für die Provinz zu wiederholen, leuchtete auf das deutlichste aus dem freudigen, lauten Echo hervor, welches des Abg. Ehlers Danzig Abschiedswort in der ganzen Versammlung fand: „Auf Wiedersehen, irgendwo!“

Nach 8 Uhr verließen dann die auswärtigen Theilnehmer die Stadt, wohl alle von dem Bewußtsein getragen, eine lobnende Fahrt gelhan und mitgewirkt zu haben an einem schönen, dem provinziellen Liberalismus und seiner zukünftigen Entwicklung förderlichen Werke.

Der Herr Vorsitzende bedauerte, daß es so scheinen könnte, als ob eine gewisse Disharmonie am Schlusse in die Verhandlung gekommen sei. Er wollte das Thema wegen der vorgerückten Zeit schon abließen, jedoch sei es zu wichtig. Zu einer Discussion sei es aber zu spät. — Herr Abg. Richter: Es steht doch fest, daß alle Redner eingetreten sind für Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit und gleiches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Herr Vorsitzende möge dies feststellen. Die Frage, ob dieser Gesetzentwurf die Coalitionenfreiheit antastet (für mich steht dies fest), wollen wir zunächst außer Betracht lassen. Wenn wir Herrn Sibfone nachweisen, und das können wir, daß die Coalitionenfreiheit beeinträchtigt wird, so wird auch er gegen das Gesetz stimmen. (Herr Sibfone giebt sich hiermit zufrieden.)

Der Herr Vorsitzende stellt darauf fest, daß die Verammlung einstimmig für unbedingte Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit ist und schließt die gut verlaufenen Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Ich spreche den Dank der Versammlung aus den Herren Referenten und auch Opponenten, die anregend wirkten. Ich habe dagegen protestirt, daß man sagt, wir wollten nur Unzufriedenheit erregen. Wir wollen nur die Punkte feststellen, in denen wir einig sind. Es ist uns auch heute gelungen, Einigkeit in den wichtigsten Fragen zu erzielen und die Berechtigung solcher Verammlungen zu erreichen. Es sind Wünsche laut geworden, solche Zusammenkünfte öfter zu veranstalten. Wir sind zusammengekommen in dem Bewußtsein der Pflicht selber mitzuwirken. Wir sind nicht gewohnt, immer noch besonders zu betonen, daß wir königstreu und verfassungstreu sind, aber es scheint mir doch angebracht, diesem öffentlichen Ausdruck zu geben. Die Versammlung stimmte kräftig in das Kaiserhoch ein.

Herr Abg. Ehlers dankte noch den Dank an diejenigen Theilnehmer ab, welche ruhig zugehört und doch nicht gesprochen haben, sowie an den Vorsitzenden und das Bureau.

Nach der Versammlung, die sich bis gegen 5 1/2 Uhr ausgedehnt hatte, nahmen etwa 100 Theilnehmer an den in einem Nebensaal gedeckten Tafeln zu einem gemeinsamen Mahle Platz, welches, trefflich zubereitet und zudem mit manchem humorvollen Wort gewürzt, einen alleseitig befriedigenden, anregenden Verlauf nahm. Den ersten Toast brachte Herr Rechtsanwalt Dbuch-Graudenz aus. Daraus ausgehend, wie durchaus angebracht, es politisch sei, daß die Liberalen aus den verschiedenen Gegenden der Provinz öfter zusammenkommen, um ihre Ideen mit einander auszutauschen, und wie angenehm und förderlich es sei, sich auch persönlich näher zu treten, dankte er den Gästen, die trotz der noch immer bestehenden Ungunst der Eisenbahnverbindungen in Westpreußen aus allen Theilen der Provinz nach Graudenz gekommen seien, und brachte ihnen ein Hoch aus.

Herr Stadterordneter-Vorsitzer Mehrlein-Graudenz ließ die bei der Tafel anwesenden Landtags- und Reichstagsabgeordneten leben, was Herr Rittergutsbesitzer Sieg in seiner Eigenschaft als Vertreter von Graudenz, der Stadt der aufstrebenden Industrie und Intelligenz, wie er sie rühmte, mit Dankworten, die in einem Hoch auf die Stadt Graudenz ausklangen, beantwortete. Hierauf gedachte Herr Kaufmann Friedrich Rhyer in humorvollen, die Stimmung fröhlich steigenden Wendungen der Frauen, die es in ihrer Eifersucht und Güte den Männern gern verziehen, sich heute an dem sonnigen Herbsttage von der Haussonne zu entfernen, um einer guten Sache zu dienen.

Nachdem der Toast mit einem dreifachen Hoch auf die Damen ausgeklangen, forderte Herr Fabrikbesitzer Victorius-Graudenz dazu auf, den Referenten, die die Hauptarbeit des Tages getragen, ein Glas zu weihen. Herr Abg. Richter legte dann eine Erörterung der Frage an, wo die nächste gemeinschaftliche Verammlung der Liberalen der Provinz stattfinden sollte. Er schaute vor dieser Anregung nicht zurück, obgleich man ihn von gewissen Seiten aus in den Verdacht zu bringen versucht hatte, als ginge er dabei von der Absicht aus, für eine spezielle Richtung des Liberalismus Projecten zu machen. Sein Wirken in Thorn bei der vorigen Landtagswahl dürfte diesen Verdacht widerlegen. Jedenfalls seien die Liberalen in Thorn unbedingtheiligt an diese Idee der Vereinigung der Liberalen in periodischen provinziellen Verammlungen. Alle Liberalen unbedingtheiligt ihrer einzelnen Richtungen müßten nur ein Ziel haben, nämlich dem Liberalismus wieder den ihm gebührenden größesten Einfluß zu verschaffen in der Provinz und er würde sich schämen, wenn man ihm mit Recht nachsagen könnte, bei der Verfolgung dieses Zieles nur die Interessen einer liberalen Gruppe im Auge zu haben. Wer solle also auf Graudenz folgen? Nachdem unter den verschiedenen hierauf erfolgenden Zurufen auch der Name Danzig genannt worden war, meinte Herr Rechtsanwalt Dbuch, da diese Provinzialversammlungen zugleich einen propagandistischen Zweck verfolgten, Danzig aber eines Succurses in dieser Hinsicht nicht bedürfte, so halte er die Wahl eines anderen Ortes, wie Dirschau, Warleburg oder Könitz, für angebrachter. Ein Beschluß hierüber wird erst später gefaßt werden. Die freudige Bereitwilligkeit aber und der feste Entschluß, solche gemeinsamen liberalen Verammlungen für die Provinz zu wiederholen, leuchtete auf das deutlichste aus dem freudigen, lauten Echo hervor, welches des Abg. Ehlers Danzig Abschiedswort in der ganzen Versammlung fand: „Auf Wiedersehen, irgendwo!“

Nach 8 Uhr verließen dann die auswärtigen Theilnehmer die Stadt, wohl alle von dem Bewußtsein getragen, eine lobnende Fahrt gelhan und mitgewirkt zu haben an einem schönen, dem provinziellen Liberalismus und seiner zukünftigen Entwicklung förderlichen Werke.

Der Herr Vorsitzende bedauerte, daß es so scheinen könnte, als ob eine gewisse Disharmonie am Schlusse in die Verhandlung gekommen sei. Er wollte das Thema wegen der vorgerückten Zeit schon abließen, jedoch sei es zu wichtig. Zu einer Discussion sei es aber zu spät. — Herr Abg. Richter: Es steht doch fest, daß alle Redner eingetreten sind für Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit und gleiches Recht für Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Der Herr Vorsitzende möge dies feststellen. Die Frage, ob dieser Gesetzentwurf die Coalitionenfreiheit antastet (für mich steht dies fest), wollen wir zunächst außer Betracht lassen. Wenn wir Herrn Sibfone nachweisen, und das können wir, daß die Coalitionenfreiheit beeinträchtigt wird, so wird auch er gegen das Gesetz stimmen. (Herr Sibfone giebt sich hiermit zufrieden.)

Der Herr Vorsitzende stellt darauf fest, daß die Verammlung einstimmig für unbedingte Aufrechterhaltung der Coalitionenfreiheit ist und schließt die gut verlaufenen Verhandlungen mit folgender Ansprache:

Ich spreche den Dank der Versammlung aus den Herren Referenten und auch Opponenten, die anregend wirkten. Ich habe dagegen protestirt, daß man sagt, wir wollten nur Unzufriedenheit erregen. Wir wollen nur die Punkte feststellen, in denen wir einig sind. Es ist uns auch heute gelungen, Einigkeit in den wichtigsten Fragen zu erzielen und die Berechtigung solcher Verammlungen zu erreichen. Es sind Wünsche laut geworden, solche Zusammenkünfte öfter zu veranstalten. Wir sind zusammengekommen in dem Bewußtsein der Pflicht selber mitzuwirken. Wir sind nicht gewohnt, immer noch besonders zu betonen, daß wir königstreu und verfassungstreu sind, aber es scheint mir doch angebracht, diesem öffentlichen Ausdruck zu geben. Die Versammlung stimmte kräftig in das Kaiserhoch ein.

Herr Abg. Ehlers dankte noch den Dank an diejenigen Theilnehmer ab, welche ruhig zugehört und doch nicht gesprochen haben, sowie an den Vorsitzenden und das Bureau.

Nach der Versammlung, die sich bis gegen 5 1/2 Uhr ausgedehnt hatte, nahmen etwa 100 Theilnehmer an den in einem Nebensaal gedeckten Tafeln zu einem gemeinsamen Mahle Platz, welches, trefflich zubereitet und zudem mit manchem humorvollen Wort gewürzt, einen alleseitig befriedigenden, anregenden Verlauf nahm. Den ersten Toast brachte Herr Rechtsanwalt Dbuch-Graudenz aus. Daraus ausgehend, wie durchaus angebracht, es politisch sei, daß die Liberalen aus den verschiedenen Gegenden der Provinz öfter zusammenkommen, um ihre Ideen mit einander auszutauschen, und wie angenehm und förderlich es sei, sich auch persönlich näher zu treten, dankte er den Gästen, die trotz der noch immer bestehenden Ungunst der Eisenbahnverbindungen in Westpreußen aus allen Theilen der Provinz nach Graudenz gekommen seien, und brachte ihnen ein Hoch aus.

Herr Stadterordneter-Vorsitzer Mehrlein-Graudenz ließ die bei der Tafel anwesenden Landtags- und Reichstagsabgeordneten leben, was Herr Rittergutsbesitzer Sieg in seiner Eigenschaft als Vertreter von Graudenz, der Stadt der aufstrebenden Industrie und Intelligenz, wie er sie rühmte, mit Dankworten, die in einem Hoch auf die Stadt Graudenz ausklangen, beantwortete. Hierauf gedachte Herr Kaufmann Friedrich Rhyer in humorvollen, die Stimmung fröhlich steigenden Wendungen der Frauen, die es in ihrer Eifersucht und Güte den Männern gern verziehen, sich heute an dem sonnigen Herbsttage von der Haussonne zu entfernen, um einer guten Sache zu dienen.

Nachdem der Toast mit einem dreifachen Hoch auf die Damen ausgeklangen, forderte Herr Fabrikbesitzer Victorius-Graudenz dazu auf, den Referenten, die die Hauptarbeit des Tages getragen, ein Glas zu weihen. Herr Abg. Richter legte dann eine Erörterung der Frage an, wo die nächste gemeinschaftliche Verammlung der Liberalen der Provinz stattfinden sollte. Er schaute vor dieser Anregung nicht zurück, obgleich man ihn von gewissen Seiten aus in den Verdacht zu bringen versucht hatte, als ginge er dabei von der Absicht aus, für eine spezielle Richtung des Liberalismus Projecten zu machen. Sein Wirken in Thorn bei der vorigen Landtagswahl dürfte diesen Verdacht widerlegen. Jedenfalls seien die Liberalen in Thorn unbedingtheiligt an diese Idee der Vereinigung der Liberalen in periodischen provinziellen Verammlungen. Alle Liberalen unbedingtheiligt ihrer einzelnen Richtungen müßten nur ein Ziel haben, nämlich dem Liberalismus wieder den ihm gebührenden größesten Einfluß zu verschaffen in der Provinz und er würde sich schämen, wenn man ihm mit Recht nachsagen könnte, bei der Verfolgung dieses Zieles nur die Interessen einer liberalen Gruppe im Auge zu haben. Wer solle also auf Graudenz folgen? Nachdem unter den verschiedenen hierauf erfolgenden Zurufen auch der Name Danzig genannt worden war, meinte Herr Rechtsanwalt Dbuch, da diese Provinzialversammlungen zugleich einen propagandistischen Zweck verfolgten, Danzig aber eines Succurses in dieser Hinsicht nicht bedürfte, so halte er die Wahl eines anderen Ortes, wie Dirschau, Warleburg oder Könitz, für angebrachter. Ein Beschluß hierüber wird erst später gefaßt werden. Die freudige Bereitwilligkeit aber und der feste Entschluß, solche gemeinsamen liberalen Verammlungen für die Provinz zu wiederholen, leuchtete auf das deutlichste aus dem freudigen

15. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

11002 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11003 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11004 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778

15. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

11005 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11006 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11007 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778

15. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

11008 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11009 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11010 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778

15. Ziehung d. 4. Klasse 201. Kgl. Preuss. Lotterie.

11011 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11012 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778
11013 165 429 (3000) 69 72 806 673 112307 461 694 778

billigste
täglich erhaltende Zeitung
Danzig.

Danziger Couriers

Hamburg-Amerika Linie
Direktor deutscher Post- und Schnellampferdienst
Hamburg-New York
Oceanfahrt circa 6 Tage

Zwangsvorsteigerung.
Das im Grundbuche von Danzig, Altstadt Rittergasse, Blatt 2,
auf den Namen des Adressaten Ludwig Ferd. Marrens, d. 3. C.

Schering's Malzertrakt
Näheres über die
Confiscation von
No. 2 des
Satyr
in Satyr No. 5.

Deutsche Feld- u. Industriebahnwerke
Danzig, Sandgrube 27, an der Promenade.
Eigene Fabrik von
Feldbahnmaterial
oder Art,
feste u. trans.
portable
Gleise.

Deutsche Benedictine-Liqueur-Fabrik
Friedrich & Comp.
Waldenburg, Schlesien,
empfehlen ihre anerkannt vorzüglichen,
wohlbekannten, vielfach prämierten
Likör-Specialitäten.

Golden
Crown Portwein
heroertrauendes Gemäch
Californiens; bouquetreicher,
naturreiner Traubenmost; als
Stärkungsmittel für Arthe,
ältere und schwächliche Per-
sonen besonders empfehlens-
werth. M. 2. - p. f. excl. St.
Heinrich Hecke, Danzig,
Neuhafenstr. 1. J. Ruppach,
Langfuhr, Cecilienstr. 3. Fr.
Dittmann, Joppot, Bismarck-
strasse 15. F. W. Sommer,
Joppot, Am Markt. (12536)

Zwangsvorsteigerung.
Im Wege der Zwangsversteigerung soll das im Grundbuche von
Schönau Band I, Blatt 3, auf den Namen des Rittergutsbesizers
Carl Hartwig eingetragene im Freie Schlochau belegene Grund-
stück Carlshof mit Bornher Döhrner
am 3. März 1900, Vormittags 9 1/2 Uhr,
vor dem unterzeichneten Gericht - an Gerichtsstelle - versteigert
werden.

Zur Herbstdüngung
Streu in Stallungen
(Binden des Ammoniahs)
offertieren wir billigt unseren ta. ff. gemahlten
Düngerungs.
Wapnoer Gypsbergwerke,
Bollmann & Co.,
Wapno, Provinz Posen. (1359)

Wie kann man husten
oder heiser sein und nicht sofort von
Fay's ächten Sodener Mineralpastillen
Gebrauch machen? Fay's ächte Sodener Mineral-
pastillen helfen immer, sie sind angenehm im
Geschmack, im Gebrauch billig und hinsichtlich der
Wirkung unübertrefflich. In allen Apotheken, Drogerien
und Mineralwasserhandlungen zu haben
zum Preise von 85 Pfg.
die Schachtel.